bremer kassIBER

stadtzeitung

für politik, alltag, revolution

nummer 34
februar 1998
5,-

EREIGNIS-KARTE

Studenten verteilen Flugblätter gegen Unterdrückung

Keine Auswirkungen

Lucky Streik - Lucky Standort

Schwerpunkt: Streik der Studierenden • AntiVisionen vs. Esoterik-Kongreß • Uni-Hirnforschung: Von Professoren, Affen und Erkenntnis • Genitale „Korrekturen" an intersexuellen Menschen • u.a.m.

Editorial

"*Wir treiben erheblichen Aufwand, um Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, jeden Monat kompetente Entscheidungshilfen zu geben*", schreibt der Chefredakteur, Werner W. Klingberg, von der Zeitschrift *plus*, bei der es sich wahrscheinlich um das B-Team von Stiftung Warentest handelt. Sein Ziel, "*daß sich jedes Heft für Sie bezahlt macht*", haben wir ebenfalls auf unsere Fahnen geschrieben. Wenn Sie auf leicht durchschaubare Werbetricks und -strategien hereinfallen, wie etwa: "*Spiegel-Leser wissen mehr*", "*Wer Weser-Kurier liest urteilt besser*" usw., dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse: Denn *kassiber*-LeserInnen wissen noch mehr und urteilen noch besser! Damit Sie sich darüber vergewissern können, daß Sie tatsächlich das, was Sie bei uns sparen, woanders ausgeben können, folgt ein essayistischer Themenüberblick.

Helmut Maucher, Präsident des Verwaltungsrats von Nestlé, hat es geschafft. Sein Neologismus "*Wohlstandsmüll*" belegt Platz eins der *Unwörter des Jahres*. Gemeint ist damit nicht etwa der neue Elfenbeinrückenkratzer von Mr. Burns [~buuh'örns], sondern Leute, die "*entweder keinen Antrieb haben, halb krank oder müde sind, [und] das System einfach ausnutzen*". *Mauchers* raffinierte Wortkreation, die die Jury als "*hoffentlich letzten Gipfel in der zynischen Bewertung von Menschen ausschließlich nach ihrem Marktwert*" bezeichnet, chrakterisiert merkwürdigerweise gerade in Verbindung mit dem 'wirklichen' *Wort des Jahres*, "*Reformstau*" (ermittelt von der Gesellschaft für deutsche Sprache), die geistige Verfasstheit der BundesbürgerInnen. Davor ist nicht einmal die deutsche Möchte-gern-Elite, die StudentInnen, gefeit. Mit einfallsreichen Ideen, wie Blut spenden, Schuhe putzen, in der Weser baden gehen usw., beeindruckten sie die kritische Öffentlichkeit und hofierten bei den Politikern. Am generellen Reformwillen „*finden sie gut*", wie Margaret Wirth in ihrem Artikel **Hochschulreform und Studentenstreik. Die Bildungspolitik entläßt ihre Kinder** feststellt, "*daß Studenten sich nicht - wie andere, in der letzten Zeit in die Schlagzeilen geratene Jugendliche - politikverdrossen dem 'Hedonismus hingeben', ausflippen, 'null Bock' haben oder sich der Jugendgewalt-Szene zuordnen*". Warum allerdings die BildungspolitikerInnen weder einen Grund sehen, "*die gültige bildungspolitische Linie infragezustellen*" noch sich von "*Parolen wie 'Bildungsklau' beeindrucken lassen*" und vor allem, warum am studentischen Urteil über die angebliche Misere leider gar nichts stimmt, wird dort überzeugend dargestellt. In einem weiteren Artikel zum Schwerpunkt Unistreik analysiert Georg Fülberth, **Eine Bewegung in der Falle ihrer neuen Freunde?**, mit einem historischen Ansatz, warum antagonistische Kooperationen möglich sind, "*bei denen selbst Protestbewegungen mehr im Interesse der tatsächlichen Machthaber funktionieren, als dies auf den ersten Blick erscheint*". Auch Brians Beitrag zum Unistreik, sozusagen aus der Mitte der StudentInnenbewegung bzw. von deren linken Rand (*Internationaler Block*), **Wir leben nur von unserem Wissen und Können**, der die Auseinandersetzung mit dem studentischen Protest vervollständigt, läßt an der Bewegung kein gutes Haar: "*Die Studibewegung ist ein Reflex der Gesellschaft, die sie hervorgebracht hat: Der Anschluß an den Standort hat den Ausschluß von Flüchtlingen/MigrantInnen und Frauen zur Voraussetzung. Dementsprechend ist auch die Form, in der sie für ihre Ansprüche kämpft, nach oben zu buckeln und nach unten zu treten.*"

Da paßt es wie die Faust aufs Auge, daß sich der AStA der Universität Bremen, sowieso schon mit straf- und verwaltungsrechtlichen Ermittlungsverfahren überhäuft, über ein neues Ermittlungsverfahren wegen "*Übler Nachrede*" erfreuen darf. Diese haben bereits am 14. Januar 1998 zu Hausdurchsuchungen incl. Beschlagnahme usw. geführt (s. dazu **Presseerklärung des AStA** in diesem *kassiber*). Sicherlich wird bei dieser "Bedrohungslage" unser Henning im Bundesrat der Grundgesetzänderung zustimmen oder konstruktive "Nachbesserungen" unterstützen, damit solch "kriminelles Potential" endlich besser in den Griff zu bekommen ist. Mehr Erfolge hat da bereits die Aktion *Saubere Stadt* vorzuweisen, die inzwischen mit Hilfe eines "*innovativen Konzeptes*" der *Deutschen Städte-Reklame GmbH* das "*wilde Plakatieren*" eingedämmt hat (s. *kassiber* 33). Doch "*auch das aktive Einschreiten der Polizei gegen Farbvandalismus ist unverzichtbar*", so Innensenator Borttscheller. Deshalb liegen jede Nacht fesche Beamte der *Ermittlungsgruppe Graffiti* auf der Lauer, um verstörte Kiddys zu erschrecken (s. dazu die spannenden Berichte über diese Aktionen im Weser-Kurier). Dieses aktive Einschreiten sei vor allem deshalb unverzichtbar, weil, wie eine 100seitige Studie des Bremer Ex-LKA-Chefs Schäfer beweise, die Schmierereien besonders bei älteren Menschen Bedohungsgefühle und Ängste auslösten (s. Weser-Kurier v. 15.1.98).

Weniger von Menschfreundlichkeit geleitet zeigt sich da die Innenbehörde, wenn Abschiebungen auf der Tagesordnung stehen. Obwohl das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Togo als „Terrorsystem gegen die Zivilbevölkerung" bezeichnet und diverse Menschenrechtsorganisationen die politische Lage weiterhin als „problematisch" einstufen, schiebt Bremen jetzt wieder dahin ab. Die deshalb durchaus berechtigte Kritik an den weiteren bevorstehenden Abschiebungen nach Togo, trotz einer Verständigung der Bundesinnenminister 1996 über ein einheitliches Abschieben, kontert der Bremer CDU-Fraktionschef Ronald-Mike Neumeyer mit einem an Zynismus wohl kaum zu übertreffenden Argument: „Ein direkter politischer Eingriff in die Justiz sollte sich bei jedem geschichtsbewußten Demokraten verbieten." [„Da bleibt dem Lama doch die Spucke weg!"] Wer hier auf "Unmenschlichkeit" verweist und "aktiv" einschreitet, wie beispielsweise das Antirassismus-Büro (ARAB), dem stehen eher Hausdurchsuchungen, als einfühlsame Moralisierungen bevor. Mehr zu diesen Themen im **Magazin/Was bisher geschah** und in den Artikeln **Hausdurchsuchungen im Antirassismus-Büro und Sielwallhaus** sowie **Solidaritätserklärung**.

Auch der Artikel **It's easier to make a hole than to build a pole. Genitale Korrekturen an intersexuellen Menschen** widmet sich sauberen Trennungen bzw. Unterscheidungen. So stellt die Bundesregierung in einer Antwort auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Christina Schenk und der Gruppe der PDS überzeugend fest: "*Soweit in den rechtlichen Regelungen*

des bundesdeutschen Rechts der Begriff des 'Geschlechts' gebraucht wird, ist dieser immer eindeutig den alternativen Kategorien 'männlich' und 'weiblich' zugeordnet. Da die rechtlichen Regelungen nicht aussagen, was unter diesen Begriffen zu verstehen ist, müssen diese Begriffe nicht juristisch, sondern medizinisch-naturwissenschaftlich bestimmt werden." Daß und warum sich diese medizinisch-naturwissenschaftlich Bestimmung als "*Willkür*" gestalten kann, beinhaltet der Artikel ebenso, wie unter welchen Folgen die "*Zugewiesenen*" leiden müssen, ob es einen Unterschied von "*Female Genital*" -und der "*Intersex Genital Mutilation*" gibt usw. Auffallenderweise will von diesem wenig bekannten Thema, das gerade in der Diskussion um sex und gender bzw. der Geschlechterkategorien eine besondere Brisanz erfahren könnte, niemand so richtig was wissen: Weder die neue Frauenbewegung, die Anfang der 70er einmal damit angetreten ist, die Geschlechterkategorien aufzulösen, noch menschrechtsorientierte KritikerInnen von "Genitalverstümmelungen in Afrika".

Hingegen sehr hohe Wellen schlägt immer wieder die Diskussion um die Berufung und Tätigkeit des Frankfurter Hirnforschers Andreas Kreiter an der Bremer Uni. Daß sich auch in diesem Kontext physiologisch-naturalistische Reduktionismen als völlig ungeeignet erweisen und auch eine Kritik, die sich wesentlich in moralischen Kategorien bewegt, zu einer sehr begrenzten Sichtweise führen muß, beweißt unsere Hochschulkorrespondentin Susanne Klikkerklacker im Artikel **Grober Unfug. Von Affen, Professoren und Erkenntnis**.

Bei soviel Verwirrung bietet es sich doch geradezu an, wie immer mehr Menschen im "*modernen religiösen Supermarkt*" (Wölflingseder) shoppen zu gehen. Warum es kein Zufall ist, daß der 4. Esoterik-Kongreß „*Visionen menschlicher Zukunft*" in Bremen von PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Presse unterstützt, vom Wirtschaftssenator finanziell gefördert und u.a. von Bürgermeister Scherf eingeleitet wurde und Sie lieber woanders einkaufen gehen sollten - beantworten Hazel Henderson und Hans Hansen in **AntiVisionen und linke Perspektiven**.

Noch eine weitere praktische Entscheidungshilfe zum Schluß: Daß eine Rekrutenvereidigung im Weserstadion vollkommen blödsinnig ist, versteht sich schon aus sportlichen Gründen: Wie soll es denn zwischen ein paar tausend Mann zu einem interessanten Fußballspiel kommen? Doch auch die anderen Vorschläge, deutsche Schlagkraft wieder salonfähig zu machen, sind nicht viel besser. Die Grünen haben da mal wieder den Elch abgeschossen: Geschichtsbewußt sollen die deutschen Rekruten „*an historischen Stätten wie dem U-Boot-Bunker Valentin vereidigt*" werden. Doch dazu mehr im nächsten *kassiber* (Nr. 35, Redaktionsschluß: 15. April 1998)

Die Redaktion, 22.1.1998

Inhalt

Magazin

Was bisher geschah 4

Termine 13

Leserbrief 14

Streiks an Universitäten

Eine Bewegung in der Falle ihrer neuen Freunde? 17

Wir leben nur von unserem Wissen und Können 18

Die Bildungspolitik entläßt ihre Kinder 21

Bremen

Grober Unfug: Von Professoren, Affen und Erkenntnis 27

Erklärung des Kurdisch-Deutschen Solidaritätsvereins zu der Durchsuchung am 10.12.97 und den darauffolgenden Presseberichten 29

Hausdurchsuchung im Antirassismus-Büro und Sielwallhaus am 3.12.97 30

AStA-Pressemitteilung zur Hausdurchsuchung am 16.1.98 30

Solidaritätserklärung für das Antirassismus-Büro 31

Umzu

Genitale Korrekturen an intersexuellen Menschen: „It's easier to make a hole than to build a pole" 32

Antwort der Bundesregierung: Genitalanpassungen in der Bundesrepublik Deutschland 36

Bremer Esoterik-Kongreß: weltoffen und visionär? AntiVisionen und linke Perspektiven .....

..... 39

Politische Gefangene/Prozesse

»Radikal«-Verfahren werden eingestellt 42

»PKK-Prozeß« in Celle beendet 43

Zum Urteil gegen die DDR-Richterin Jendretzky-Eisermann 43

Rezensionen

Almut Gross/Thomas Schultze: Die Autonomen sowie Geronimo: Glut und Asche 44

Stefan Wisniewski: Wir waren so unheimlich konsequent... 46

Broschüren AG »Ohrwürmer«: Das Ohr auf die Schiene der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD 46

Willy Hundertmark, Hendrik Bunke (Hg.): Erinnerungen an ein widerständiges Leben 47

MAGAZIN

was bisher geschah...

16. Oktober

Flüchtling aus Angst vor der Polizei in den Tod gesprungen
Ein junger Flüchtling aus Togo springt am Nachmittag angesichts der vor dem Haus in der Hemmstraße stehenden Polizei aus einem Fenster im dritten Stock. Etwa drei Wochen später, am 8. November, stirbt der Mann an seinen schweren Verletzungen. Zwar waren die Büttel nicht auf der Suche nach dem sich seit 1995 illegal in Bremen aufenthaltenden schwarzen Flüchtling, sondern wollten einen früher in dem Haus wohnenden Deutschen verhaften, doch reichte für den jungen Mann offensichtlich die Befürchtung, selbst von den deutschen PolizistInnen gemeint zu sein, um viele Meter in die Tiefe zu springen. Und darüber sollte kein Zweifel bestehen: Wären die PolizistInnen dem Flüchtling im Haus auch nur begegnet, hätten sie ihn kontrolliert, denn Borttschellers HäscherInnen ist jeder Schwarze verdächtig, und hätten ihn festgenommen - eventuelle Mißhandlungen, die bei der Bremer Polizei bekanntermaßen keine Seltenheit sind, eingeschlossen.

Sexistische Angriffe (I)
Eine Frau wird am Nachmittag auf dem Parkplatz des Bahnhofs Lesum von vier Männern überfallen. Einer der Täter zieht sie an den Haaren, ein zweiter dreht ihr den Arm auf den Rücken, während ein dritter Mann versucht, ihr die Bluse zu öffnen. Die 19jährige tritt diesem Täter vor das Schienenbein, woraufhin der vierte Mann ihr mit einem Butterfly-Messer Schnittwunden am Hals zufügt. Aufgrund der lauten Hilfeschreie der Frau flüchten die Täter.

17. Oktober

Faschistische Randale (I)
Zahlreiche Hooligans aus Hamburg und Bremen werden am Abend nach dem Bundesligaspiel SV Werder - Hamburger SV von der Polizei daran gehindert, in die Innenstadt zu marschieren, und weichen daraufhin in Richtung Funkschneise auf das ehemalige TÜV-Gelände aus, um sich dort zu prügeln. Leider verhindert die Polizei mit 45 Ingewahrsamnahmen die angeblich verabredete "Schlacht", die dazu hätte beitragen können, das Pack zumindest vorübergehend zu dezimieren.

26. Oktober

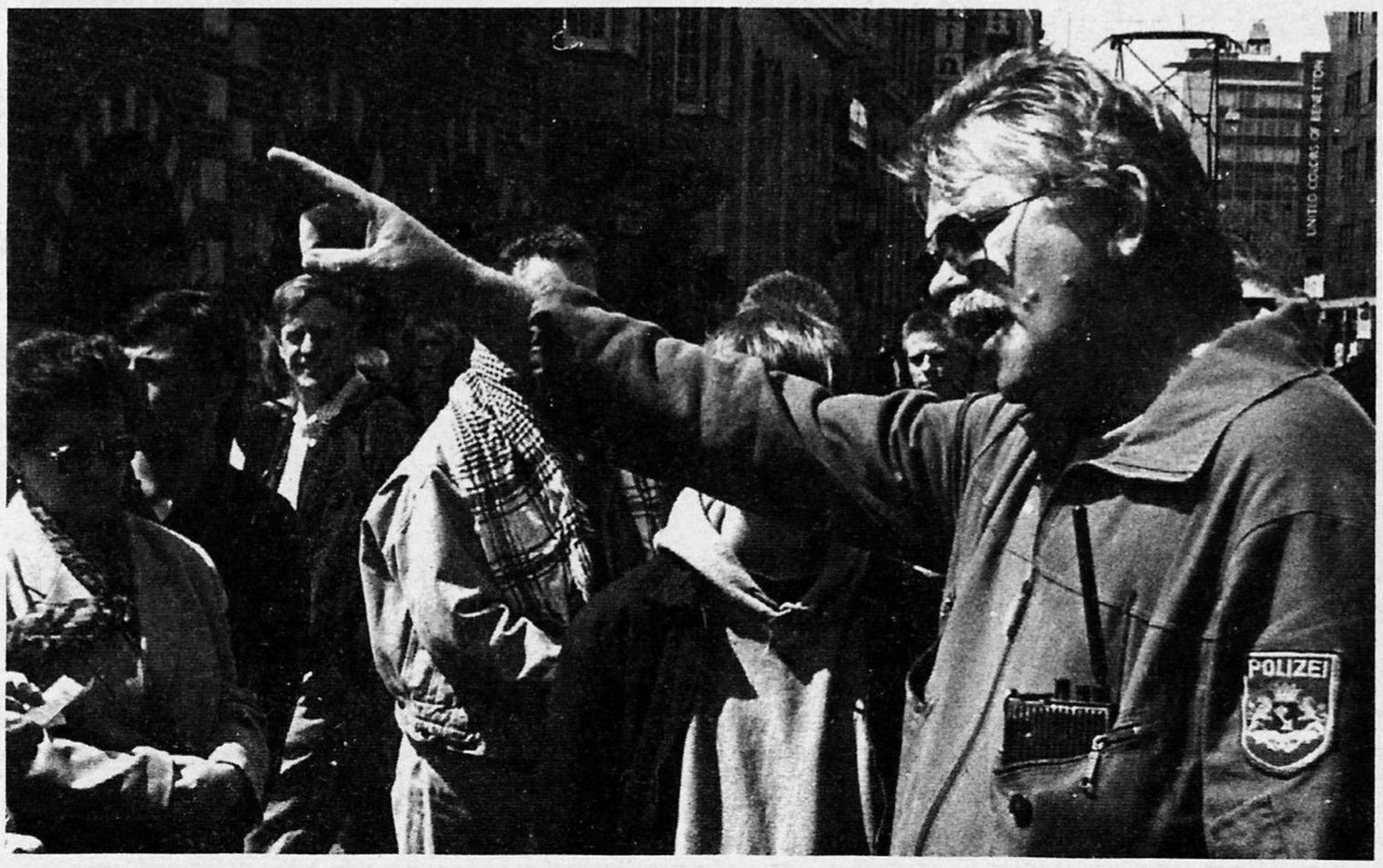
Sexistische Angriffe (II)
Eine Frau, die gerade in einer Telefonzelle im Halmerweg ein Gespräch geführt und sich dann in ihren Wagen gesetzt hatte, wird gegen 0.30 Uhr von einem Mann überfallen. Noch bevor die 24jährige die Autotür schließen kann, versucht der Täter, sich in den Wagen zu drängen. Mit Fußtritten und lauten Hilfeschreien gelingt es der Frau, den Mann in die Flucht zu schlagen.

30. Oktober

Polizistin verwarnt
Eine Polizistin aus Osterholz-Scharmbeck, die während einer nächtlichen Fahrzeugkontrolle im vergangenen Oktober auf eine Frau geschossen und diese lebensgefährlich verletzt hatte, wird vom Gericht verwarnt und zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 120 Mark auf Bewährung sowie zur Zahlung von 5.000 Mark Schmerzensgeld an das Opfer verurteilt. Schuld sei in Wirklichkeit die Waffe und nicht die Polizistin gewesen, darin waren sich der Staatsanwalt - er hatte Freispruch gefordert - und das Gericht einig. Denn die Pistole, mit der Niedersachsens PolizistInnen ausgerüstet sind, gehe sehr leicht los, zudem werde damit nur einmal pro Jahr trainiert.
Nicht nachgegangen wurde der Frage, inwieweit die Tatsache, daß es sich bei den InsassInnen des nach einer Verfolgungsjagd hinter der Autobahnauffahrt Bremen-Vahr gestoppten Autos um zwei türkische Jugendliche und ihre 18jährige Begleiterin handelte, den Finger am Abzug vielleicht ein wenig gelockert hat.

3. November

Bremer Rüstungsindustrie
Der Hamburger Historiker Hans Walden belegt in seinem heute erscheinenden Buch "Wie geschmiert. Rüstungsproduktion und Waffenhandel im Hamburger Raum (Komzi-Verlag) u.a. auch die von der Bundesregierung immer noch bestrittene Lieferung von Kriegswaffen an Taiwan. Zuletzt im Februar hatte die Bundesregierung auf eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen behauptet, über die Lieferung von Torpedos oder Torpedoteilen dorthin keine Erkenntnisse zu haben.
Eine zentrale Rolle in diesem Deal spielte das Bremer Rüstungsbetrieb STN Atlas Elektronik. Nach Angaben Waldens, der seit 1991 u.a. in offiziellen englischen und US-amerikanischen Militärquellen recherchierte, hatte Taiwan 1988 bei der Firma AEG-Marinetechnik in Wedel bei Hamburg 200 Torpedos bestellt. Dieses Unternehmen ging 1989 an die Bremer Vulkan Verbund AG, hieß fortan DMT Marinetechnik und wickelte 1991 den Auftrag ab. Mit Schlüsselkomponenten aus der BRD wurden die Torpedos dann in Lizenz in Indonesien gebaut, von wo aus die kompletten Waffen



Die neuen „Kontaktbereichsbeamten" suchen das klärende Gespräch mit der Bremer Bevölkerung.

dann nach Taiwan gingen. Die DMT Marinetechnik ging später in der damals ebenfalls zum Bremer Vulkan Verbund gehörenden STN Atlas Elektronik auf.

Sozialhilfeautomat

Im Sozialamt Mitte-West in der Hans-Böckler-Straße wird ein sog. Kassenautomat in Betrieb genommen, aus dem künftig SozialhilfeempfängerInnen ohne eigenes Girokonto ihre Zahlungen beziehen sollen. Dies betrifft rund 1.000 von etwa 15.000 Männern und Frauen im Bereich des Sozialamts Mitte-West. Die Einrichtung dieser "Zahlstelle" geht auf eine Initiative des Vorstandes der Sparkasse in Bremen, bei - aufgrund eines Abkommens mit der Stadt - der bisher die Auszahlungen erfolgten, im Jahre 1995 zurück. Dort wollte man, allen voran das damalige Vorstandsmitglied Friedrich Rebers (inzwischen AfB-Chef), Obdachlose, Flüchtlinge u.ä., eine lästige Klientel, die es voraussichtlich eh nie zu eigenem Einkommen bringen wird, loswerden.
Die betroffenen SozialhilfeempfängerInnen erhalten jetzt von ihren SachbearbeiterInnen im Sozialamt eine fälschungssichere Hochsicherheits-Chipkarte, auf der der fällige Betrag gespeichert wird. Die Karte wird in den Automaten eingeschoben - und von diesem einbehalten -, die Auszahlung erfolgt 35 Sekunden später. Und damit keine/r versucht, aus dem tonnenschweren Gerät mehr herauszuholen als ihr bzw. ihm zusteht, wurden Erschütterungssensoren angebracht, zudem wird das Ganze per Video überwacht.

4.november

StudentInnenstreik (I)

Die Vollversammlung der StudentInnen an der Universität beschließt einen auf drei Tage befristeten Streik gegen die Einführung der von der Wissenschaftsbehörde ab dem Wintersemester 1998/99 geplanten Einschreibegebühren in Höhe von 100 Mark pro Semester. Diese seien der "Einstieg in die Studiengebühren". Während der seit Wochenanfang stattfindenden Aktionswoche finden zahlreiche selbstorganisierte Veranstaltungen, Diskussionen etc. statt.
Am 5. November schließen sich auch die Vollversammlungen der Studierenden der Hochschulen Bremen und Bremerhaven der Uni-Resolution gegen die Studiengebühren, nicht aber dem Streik an.

Anti-Castor-Aktionen

Rund 200 mehr oder weniger entschlossene Bremer AktivistInnen am Mahnhof Mahndorf genügen, den Castor nicht fahren zu lassen - so zumindest die Geschichtsschreibung des Bremer Anti-Atom-Forums. Genaugenommen ist der Bahn-Transport mit zwei Behältern abgebrannter Brennelemente aus dem schleswig-holsteinischen Kernkraftwerk Krümmel zwar nur nicht über Bremen, sondern über Hannover Richtung Frankreich gefahren, doch das ist zweifelsohne auf die Kampfkraft der hiesigen Anti-AKW-Bewegung zurückzuführen. Einige ihrer VertreterInnen hatten bereits seit Ende Oktober mit einer Mahnwache in Mahndorf gegen den Castor-Transport protestiert.

5.november

"Dialog statt Verbot"

Rund 150 Männer und Frauen demonstrieren mittags während einer Kundgebung auf dem Marktplatz für die Aufhebung des "PKK-Verbots" und fordern stattdessen eine politische Lösung. Die Bremer Kundgebung ist die vierte in einer Reihe von über 20, die bis Ende November im gesamten Bundesgebiet stattfinden und zu denen die UnterzeichnerInnen des Aufrufs "Dialog statt Verbot", z.B. der Aachener Friedenspreis, die Redaktion der Sozialistischen Zeitung (SoZ), die Rote Hilfe, die SDAJ, der Bundesvorsitzende der DKP und 14 Bundestagsabgeordnete der PDS, aufgerufen hatten. Auf dem hiesigen Marktplatz sprechen u.a. der Bremer Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz und die SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Barbara Wulff.
Das sog. PKK-Verbot vom 26.11.93 zog eine harte Kriminalisierungswelle nach sich. Rund 300 KurdInnen sitzen derweil in deutschen Knästen Haftstrafen ab bzw. warten auf ihre Prozesse. Tausende von Verfahren wegen des Zeigens "verbotener Symbole", wegen der Teilnahme an "verbotenen Demonstrationen" oder wegen "verbotener Parolen" wurden eingeleitet. Unzählige Existenzen wurden zerschlagen, Familien auseinandergerissen, bisher nie straffällig gewordene Menschen zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. Und nicht zuletzt wurde der Protest gegen die Verbote verboten - gleich, ob er von KurdInnen oder Deutschen angemeldet wurde.
Seit 1993 habe sich, heißt es im Aufruf, "vieles geändert, sowohl in Kurdistan und in der Türkei als auch in Deutschland. Die Bemühungen der kurdischen Organisationen und deren Verhaltensweisen in Europa werden von vielen Menschen, gesellschaftlichen Kräften und Organisationen in Deutschland wahrgenommen, begrüßt und unterstützt." Während die ERNK, die Nationale Befreiungsfront Kurdistans, europaweit immer mehr Zuspruch und diplomatische Akzeptanz erfahre und in vielen europäischen Hauptstädten (u.a. Rom, Wien, Kopenhagen) offizielle Büros unterhal-

„Dialog statt Verbot"-Kundgebung am 5.November auf dem Marktplatz.

te, sei die PKK nur in der Türkei und der BRD "verboten".
Daß die Bremer Kundgebung nicht verboten wurde, wertet eine der VeranstalterInnen, die ehemalige Dozentin an der Bremer Musikschule Heike Hildebrand, indes als ein "Zeichen von Tauwetter und Liberalität im Umgang mit der PKK".

Aktion gegen Tierversuche an der Uni

Einige GegnerInnen der geplanten Versuche des im Sommer an die Bremer Uni berufenen Frankfurter Hirnforschers Andreas Kreiter (s. kassiber 33, S. 4ff) begeben sich am Nachmittag im Gebäude NW 2 auf die Suche nach demselben, finden ihn aber nicht, hinterlassen dabei aber an den Wänden einige Parolen und werden dann, da sich Professoren durch das Eindringen der AktivistInnen bedroht gefühlt hätten, von der Polizei etwa eine Viertelstunde lang zur Personalienfeststellung festgehalten.

6.11.97, 11 Uhr

Faschistische Propaganda im Offenen Kanal

Das Verfahren wegen "Volksverhetzung" gegen einen 39jähriger Mann aus Worpswede, Verantwortlicher der Sendung Hot Spot - alle 14 Tage montags im Hörfunk des Offenen Kanals (OK) Bremen -, sowie einen 46jährigen Psychotherapeuten und zum "Experten" ernannter oftmaliger Diskussionspartner in o.g. Sendung zu allerlei Themen, wird gegen jeweils 500 Mark Geldstrafe eingestellt. Die beiden gehören zu der im OK eher seltenen Spezies jener RadiomacherInnen, die nicht einfach nur blöd oder peinlich sind oder/und von der Karriere bei Radio Bremen 4 bzw., schlimmer noch, beim taz-Bremen-Ableger Radio 107.1 träumen, sondern ein echtes Anliegen haben. So palierte man in der Vergangenheit u.a. über die Themen Atomkraft, Ernährung, alternative Medizin und dann am 9. Dezember 1996 zum Thema "Wer will den 3. Weltkrieg". Wir ahnen es schon es ist der Jude, was zu beweisen man sich noch einen 60jährigen ehemaligen Lehrer aus Schleswig-Holstein einlud, der 1976 - ja, auch einige Rechte traf es - per "Radikalenerlaß" aus dem öffentlichen Dienst entlassen wurde. Im Hot Spot fabulierte er dann über die Schuld der Juden nicht nur am ersten und am zweiten, sondern - das Thema der Sendung! - auch noch an einem dritten Weltkrieg.
Während nun der 39jährige die Verantwortung trug und sein Kumpel vorm offenen Mikro einige Aussagen machte, die "äußerst unglücklich formuliert" gewesen seien, also wohl das zum besten gab, was manch ganz normaler Deutscher zum Thema beizutragen hat, was aber eben auch für diese beiden (fast) folgenlos bleibt, wird das Verfahren gegen den 60jährigen vertagt. Der hatte nämlich erst im Prozeß zum Beweis seiner Aussagen einen Aktenordner mit 29 Seiten Schriftsatz und 40 Anlagen übergeben.

Demonstration gegen Einschreibegebühren

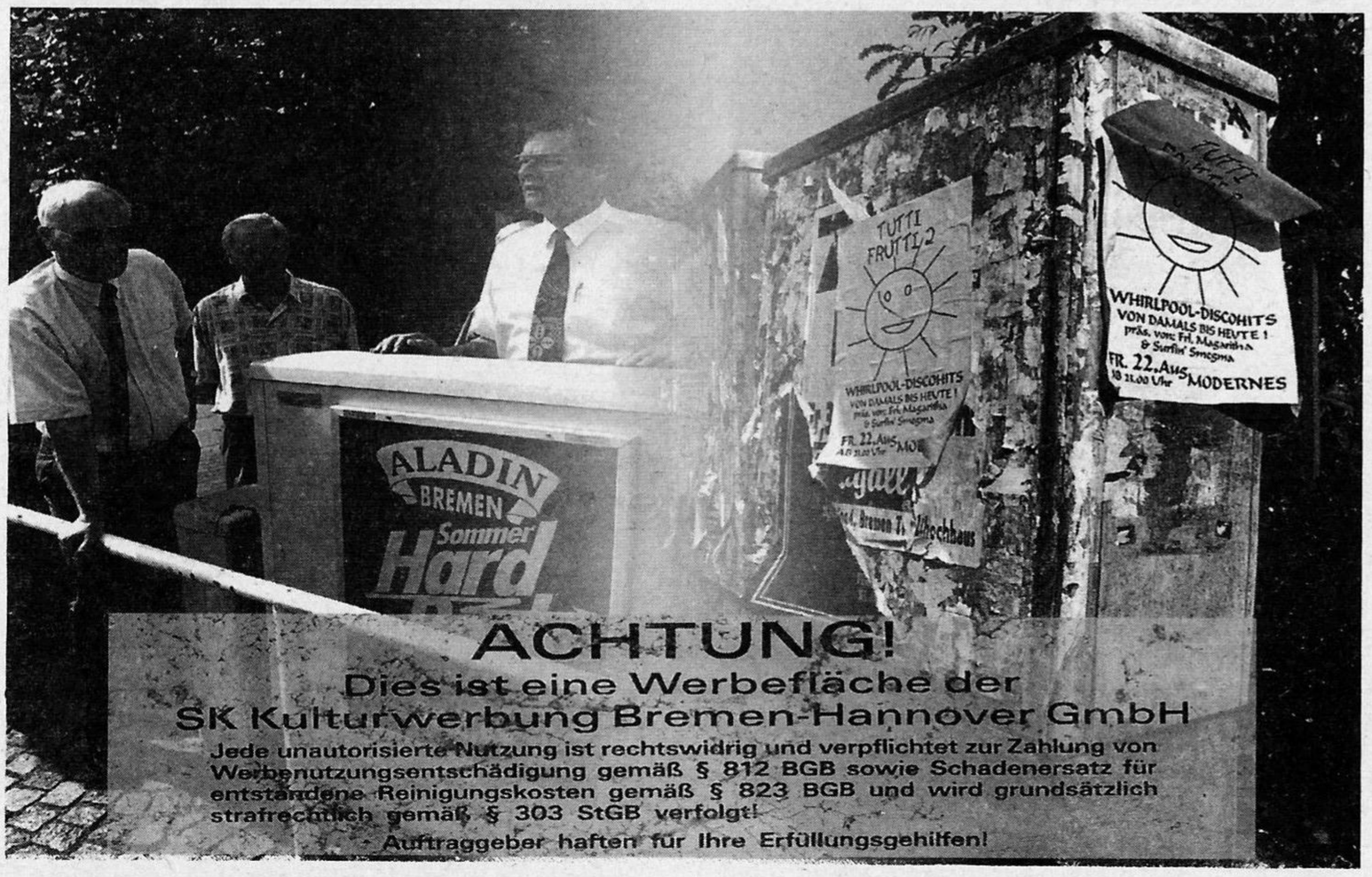
Während sich am Vormittag auf dem Marktplatz rund 2.000 StudentInnen und SchülerInnen nach einigen Kilometern Demonstration zur Kundgebung, die den Abschluß der Aktionswoche bildet, sammeln, beschließt nach der CDU- nun auch die SPD-Bürgerschaftsfraktion, den Einschreibegebühren für StudentInnen nicht zuzustimmen. Stattdessen müßten die im Wissenschaftshaushalt fehlenden 6,75 Millionen Mark durch Einsparungen in allen Ressorts aufgebracht werden. Die ASten der Universität und der Hochschule werten "das Umschwenken der SPD als einen großen Erfolg unserer Aktionswoche".

MAGAZIN

9.11.97, 11 Uhr

Gedenkveranstaltungen an Reichspogromnacht

An den 59. Jahrestag der Reichspogromnacht erinnern drei Veranstaltungen. Vor dem ehemaligen jüdischen Altersheim und danach langjährigem Polizeirevier in der Gröpelinger Heerstraße/Ecke Morgenlandstraße findet am Vormittag eine Kundgebung statt, zu der die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) sowie Gröpelinger SPD eingeladen hatten.
Die alljährliche Gedenkveranstaltung der in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Fraktionen beginnt tags darauf um 12 Uhr beim Mahnmal am Landherrenamt. Anwesend sind einige VertreterInnen der Parteien sowie zahlreiche SchülerInnen der unweit gelegenen katholischen St.-Johann-Schule. Theaterintendant Klaus Pierwoß zitiert aus dem Dialog zweier Auschwitz-Überlebender, Senator und Major a.D. Hartmut Perschau (CDU) spricht einige offizielle Worte, den Abschluß bildet ein Gebet des Rabbiners Benjamin Barslai. Im Mittelpunkt der zentralen Gedenkfeier am Nachmittag im Rathaus steht der Beitrag Gideon Greifs (Yad Vashem/Jerusalem).
Am 9./10. November 1938 wurden in Bremen Heinrich Rosenblum, Adolf und Martha Goldberg, Selma Zwienicki und Leopold Sinason ermordet, zwei weitere Menschen wurden in den Tod getrieben. Bei vielen Geschäften jüdischer InhaberInnen, insbesondere in der Obern-, Söge-, Hutfilter- und Faulenstraße, und Privatwohnungen wurden die Fensterscheiben, teilweise auch die Laden- bzw. Wohnungseinrichtungen zertrümmert. Das jüdische Altersheim (s.o.) wurde überfallen, die Einrichtung zerschlagen, die alten Leute wurden mißhan-



Ordentliche Plakate zur Mehrwertschaffung und weiteren Privatisierung des öffentlichen Raums. Stadtamt und Deutsche Städte Reklame zeigen sich zufrieden; währenddessen werden systematisch alle Plakatierstellen gesäubert. Auch hier gilt: „Auftraggeber haften für ihre Erfüllungsgehilfen"

delt und vor das Haus getrieben. Jüdische Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren wurden durch die Stadt nach Oslebshausen getrieben, von wo aus sie ins KZ Sachsenhausen gebracht wurden. Die in der Gartenstraße 6 (heute: Kolpingstraße 4-6) gelegene Synagoge wurde niedergebrannt, ebenso wie das daneben gelegene Verwaltungsgebäude der jüdischen Gemeinde; das jüdische Gebetshaus in Sebaldsbrück wurde verwüstet; die Kapelle auf dem jüdischen Friedhof zerstört, Gräber wurden beschädigt.

Faschistische und rassistische Straftaten

5.173 „rechtsextreme", d.h. faschistische, rassistische bzw. antisemitische, Straftaten - und damit 14 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum - wurden von Januar bis September 1997 durch das Bundeskriminalamt (BKA) registriert, berichtet Bild am 11.11.97. Derzeit seien 47.000 Rechtsradikale in „Zusammenschlüssen" aktiv, 2.000 mehr als 1996. Damit habe das BKA, das jegliche Stellungnahme zu diesem Bericht ablehnt, erstmals seit 1993 wieder eine Zunahme der Mitgliederzahl verzeichnet.
Gestiegen sei auch die Zahl der Konzerte mit rechtsradikalen Musikgruppen, und zwar auf 79 bis Ende September; das seien mehr als doppelt so viele Konzerte gewesen wie im gesamten Jahr 1995.

11. November

Kampagne gegen Landminen
120 Millionen Landminen, die in 60 Ländern liegen, fordern alle 20 Minuten ein Opfer. Frauen und Männer aus Bremer Friedensgruppen unterstützten die weltweite Kampagne gegen Landminen und verwandeln am Vormittag den Marktplatz mit rund 100 Attrappen in ein "Minenfeld". Für jede Spende von PassantInnen wird eine der "Minen" geräumt, das Geld geht an einen Fonds von medico international, mit dem Minenopfer unterstützt werden.

12. November

Prozeß gegen türkische Linksradikale
Die 3. Strafkammer des Landgerichts verurteilt eine türkische Frau sowie einen türkischen Mann zur Zahlung von Geldstrafen auf zwei Jahre Bewährung. Die beiden hatten am 12. Juli 1996 an der Besetzung der Büroräume des Arbeits- und Sozialattachés des hiesigen türkischen Generalkonsulats an der Schlachte teilgenommen (s. kassiber 29, S. 7), um so einen damals schon seit 56 Tagen laufenden Hungerstreik von politischen Gefangenen in der Türkei zu unterstützen, bei dem 12 der Gefangenen starben. Vier der BesetzerInnen, darunter auch der Angeklagte, sprangen damals, als die vermummten SEK-Beamten das Haus stürmten, aus dem Fenster im zweiten Stock, sie wurden wie die anderen sechs festgenommen. Das Gericht - vor dem SEK müsse niemand Angst haben - wertete dies allerdings als rein demonstrativen Akt und begründete damit ein höheres Strafmaß.
Bereits am 24. Juli 1995 hatten 15 mutmaßliche Dev-Sol-AktivistInnen die Büroräume des RTL-Studios in der Benquestraße besetzt und Fernsehberichte über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei sowie die Freilassung dort inhaftierter GenossInnen gefordert (s. kassiber 27, S. 8). Von den wegen der beiden Besetzungen insgesamt angeklagten 22 türkischen Männer und Frauen wurden bis zu diesem Verfahren 14 verwarnt bzw. zu einer Geldstrafe verurteilt; ein Mann, der an beiden Besetzungen teilgenommen hatte, zu sieben Monaten Haft auf Bewährung.

Sexueller Mißbrauch
Ein zehnjähriges Mädchen wird am Nachmittag in der Nähe des Sodenmattsees sexuell mißbraucht. Der Täter sprach das Mädchen in Höhe des Kloßkampswegs an, nahm sie an die Hand und forderte sie zum Mitkommen auf, um sie dann in ein Gebüsch zu ziehen. Dort entkleidet der Mann die Zehnjährige teilweise und nimmt sexuelle Handlungen an ihr vor; danach flüchtet er.

13. November

ProfessorInnen gegen Tierversuche
An der Universität wird ein Memorandum aus Anlaß der dort geplanten Versuche mit Makakenaffen veröffentlicht, das von mehr als 30 ProfessorInnen erstunterzeichnet wurde. Zugleich beginnt eine Unterschriftensammlung unter den HochschulerInnen. Die Denkschrift ist sowohl inhaltlich als auch aufgrund der Tatsache bemerkenswert, daß eine große Zahl von ProfessorInnen aus verschiedenen Fachgebieten (auch aus den Naturwissenschaften) eines dem Vernehmen der letzten Monate nach für die Universität prestigeträchtigsten Unternehmen - und damit einen der ihren - ablehnen: "Die Unterzeichnenden bekennen sich zum Prinzip einer minimal invasiven Naturwissenschaft, nach dem der Mensch der Natur nicht mehr als Beherrscher und Vergewaltiger Erkenntnisse um jeden Preis abringt, sondern als ihr Teil eine zunehmend sensibler beobachtende und gestaltende Rolle einnimmt. Eine Kognitionsforschung, die auf Experimenten am Gehirn lebender Primaten angewiesen ist, widerspricht diesem Prinzip. Wir lehnen diese Experimente darüber hinaus aus ethischen Gründen ab."

14. November

Brandanschlag auf deutsch-armenischen Kulturverein
Auf den deutsch-armenischen Kulturverein in der Kirchhuchtinger Landstraße wird in der Nacht ein Brandschlag verübt. Unbekannte verschütten in mehreren Räumen Benzin, die Flammen ersticken aber aufgrund von Sauerstoffmangel.

15. November

Faschistische Randale (II)
Auf Veranstaltungen der Bremer CDU, zumal wenn es sich um Parties handel, kocht des öfteren die Volksseele so sehr, daß es für Nicht-Deutsche, aber auch z.B. Junkies ratsam erscheint, einen großen Bogen darum zu machen. So auch bei einem Fest des Kreisverbandes Bremen-Stadt der Jungen Union (JU) im Oberneuländer "Sasu". Jugendliche, die, so der nicht anwesende JU-Landesvorsitzender und Bürgerschaftsabgeordneter Jens Eckhoff eine Woche danach, "nicht von uns waren", sondern (?) aus den - CDU/JU-Hochburgen - Oberneuland und Horn kämen, beklebten Tanzende mit DVU-Aufklebern. Die Party endet später mit einem Streit.
Was sich nun genau zugetragen hat, ob nun JU-Kreischef Michael Glintenkamp wirklich zu besoffen war, um

einschreiten - oder mitmachen - zu können, soll jetzt eine neutrale Untersuchung klären.
Interessieren würde uns auch, was der eigentlich Anlaß zum Streit war: Ging es vielleicht um den passenden after hour event?

20.Oktober

Kein Abschiebestopp für AlgerierInnen
Die Bürgerschaft lehnt mit den Stimmen der Großen Koalition (SPD/CDU) und der AFB den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen für einen Abschiebestopp nach Algerien ab.

21.Oktober

Bürgerschaft lehnt Bürgerantrag ab
Die Bürgerschaft lehnt in namentlicher Abstimmung den Bürgerantrag "Keine Primatenforschung an der Universität Bremen", den 30.000 BremerInnen unterzeichnet hatten, ab. Von den 88 anwesenden Abgeordneten sind 20 dafür, 63 dagegen, fünf enthalten sich der Stimme.

22.Oktober

Sexistische Angriffe (III)
Eine Frau wird gegen 4 Uhr an der Schlachte von einem Mann vergewaltigt. Die 25jährige hatte den Täter zuvor in der Discothek "Memory" kennengelernt und ging dann mit ihm in Richtung Weser. Dort drückt der Täter die Frau plötzlich auf eine Bank und vergewaltigt sie.

25.Oktober

Tumulte in Gerichtsverhandlung
In dem seit Anfang November im Männerknast Oslebshausen laufenden "Mammutprozeß" gegen 16 KurdInnen aus dem Libanon kommt es am Vormittag in einer Verhandlungspause zu Tumulten. Einer der Angeklagten hatte wegen eines Asthma-Anfalls in ein Krankenhaus eingeliefert werden müssen, woraufhin die Sitzung unterbrochen wurde. Die übrigen Angeklagten und ihre Rechtsanwälte wurden in einen Nebenraum der Mehrzweckhalle geleitet, wo die Situation schnell eskaliert: Stühle werden zertrümmert, Fensterscheiben eingeschlagen. Im gesamten Knast wird Alarm ausgelöst, alle Gefangenen werden weggeschlossen. Derweil stürmen SEK-Beamte - in Zivil und mit übergezogenen schwarzen Sturmhauben bzw. hier wohl treffender: "Haßmasken" - den Raum und beenden den Tumult. Einer der Angeklagten wird durch Glassplitter am Hinterkopf verletzt, die Wunde muß im Krankenhaus genäht werden. Nach Darstellung von Polizei und Justiz ist er absichtlich in eine Scheibe gelaufen.
Einer der SEK-Beamten muß sich danach krank schreiben lassen, weil er von Verteidiger Horst Wesemann einen Faustschlag ins Gesicht erhält. Nach polizeilicher Darstellung hatte der Beamte den Anwalt per "Armdrehgriff" am Verlassen des Raumes gehindert und ihn zurückgestoßen. Daraufhin hätte sich der umgedreht und zugeschlagen. Demgegenüber will sich Horst Wesemann nur gegen einen "vermummte(n) Mann in Jeans", der hereingestürmt sei und versucht habe, ihn zu schlagen, in einem Gerangel "gewehrt" haben. Doch der Polizist sei "noch nicht mal umgefallen". Schon sehr schön, Horst, doch beim nächsten Mal entweder besser zielen oder stärker zuschlagen. Sollte es Dir aber inzwischen an Kondition mangeln, könntest Du Dich ja z.B. mal wieder auf ein paar Demos sehen lassen - natürlich nur zum Mitlaufen ...

26.Oktober

OVG: AStA hat kein "allgemeinpolitisches Mandat"
Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Bremen verbietet auf Antrag eines rechten Studenten dem Allgemeinen Studenten-Ausschuß (AStA) der Universität Bremen und seinen Arbeitskreisen unter Androhung eines Ordnungsgeldes zwischen fünf und 500.000 Mark, "politische Erklärungen, Forderungen und Stellungnahmen zu verlautbaren, die nicht spezifisch und unmittelbar auf die Aufgaben der Hochschule oder auf die Interessen der Studenten bezogen sind" sowie "politische Bestrebungen, die (diese) Begrenzungen ... nicht einhalten, durch Zahlungen einschließlich Kostenerstattung und Ankauf von Erzeugnissen oder durch Zuwendungen geldwerter Leistungen, insbesondere Dienst- oder Sachleistungen an Personen ... oder Organisationen zu unterstützen".
Das Verbot gilt "insbesondere für Verlautbarungen und Aktivitäten zur Energiepolitik einschließlich der 'Castor'-Thematik; zur Politik der Inneren Sicherheit einschließlich der Thematik 'Terrorismus' und 'RAF'; zur allgemeinen Arbeitsmarktpolitik einschließlich Lohnfortzahlung und Schwarzarbeit; zur allgemeinen Verkehrspolitik, z.B. zum Bau von Fernstraßen; zur Ausländerpolitik, soweit es nicht unmittelbar um Belange der Hochschulen oder von Hochschulangehörigen geht; zur Politik gegenüber der Türkei, zur Kurdenfrage, zur PKK und zu Newroz-Feiern".
Ende September hatte das Verwaltungsgericht Bremen in der Entscheidung über den Eilantrag des Studenten, der dem AStA die allgemeinpolitische Betätigung untersagen lassen wollte, zwar festgestellt, "daß die verfaßte Studentenschaft der Universität Bremen in der Vergangenheit mehrfach gegen das Verbot der Wahrnehmung eines allgemeinpolitischen Mandats verstoßen hat", doch keine Wiederholungsgefahr gesehen. Auch vertrat das Verwaltungsgericht die Ansicht, "daß der Übergang zwischen hochschulpolitischen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen fließend" sei und dem AStA "bei der Behandlung hochschulpolitischer Themen auch ein Brückenschlag zu allgemeinpolitischen Angelegenheiten" erlaut sei (s. kassiber 33, S. 37).

27.Oktober

Polizei-Sponsoring
Im Kunden-Center des Bremer Mercedes-Benz-Werks im Holter Feld und nicht etwa in einer Behördeneinrichtung übergibt Innensenator Borttscheller 15 Mercedes-Funkwagen für die Polizeireviere und einen weiteren für die Verkehrsbereitschaft. Die Fahrzeuge mit einem Gesamtwert von 730.000 Mark wurden im Rahmen einer Sonderinvestition von 2,05 Millionen Mark angeschafft. Kürzlich wurden bereits 14 Zivilfahrzeuge für das SEK und die Kriminalpolizei angeschafft, weitere 24 Zivilfahrzeuge werden in den nächsten Wochen ausgeliefert.

1.Dezember

Aktion Saubere Stadt: Bettler und Obdachlose raus!
Nach Angaben der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Jens Börnsen und Hermann Kleen hat der Bremer CDU-Landesvorsitzende und Staatsse-

Der Traum von einer Sache

Politische Musik vom Protestsong zum Punk
von Ernst Busch zu den Goldenen Zitronen
vom Bauernkrieg bis heute

Drei Cassetten und ein Buch (im Schuber) kosten:
für Erwerbslose DM 45,–
für Verdienende DM 60,–

Alle Überschüsse werden direkt zur Unterstützung von Flüchtlingen verwandt.

Bestellung über:
IG Geschichte
c/o Infoladen UJZ Korn
Kornstr. 28 – 30
D - 30167 Hannover

Bezahlung nur gegen Vorkasse!

kretär (Bonn) Bernd Neumann am vorhergehenden Wochenende mal wieder faschistoide Parolen geschwungen bzw., wie Börnsen und Kleen es ausdrücken, den sozialen Konsens in der Hansestadt aufgekündigt. Neumann hatte zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt gefordert, "der Polizei eine rechtliche Handhabe zu geben, Bettler und Obdachlose aus der Stadt zu verjagen".

Schlaglichter

Hausdurchsuchung bei ARAB und Sielwallhaus

In den Morgenstunden findet die schon traditionelle alljährliche Durchsuchung des Antirassismus-Büros (ARAB) und des Sielwallhauses statt. Polit-Staatsanwalt Uwe Picard begibt sich mit 15 PolizistInnen auf die Suche nach Beweismitteln in einem seit Anfang September laufenden Ermittlungsverfahren gegen "Verantwortliche" des ARAB; zahlreiche Unterlagen und eine PC-Festplatte werden beschlagnahmt. Ermittelt wird laut Durchsuchungsbeschluß vom 10. November wegen "Beleidigung, Verleumdung u.a.". Gemeint sind Flugblätter und Plakate, mit denen das ARAB und zahlreiche andere Gruppen zu Aktionstagen und einer Demonstration gegen rassistische Polizeigewalt im Zeitraum Anfang bis Mitte September aufgerufen hatten. In denen seien "beleidigende und verleumderische Ausdrücke enthalten, wie z.B. Polizeiterror, rassistische Kriminalitätsdebatte, es werden darin Straftaten gebilligt, u.v.a." (s. auch die Presseerklärung des ARAB und die Solidaritätserklärung für das ARAB in diesem kassiber).
Kriminalisiert werden soll auch die Arbeit der Jugendinitiative Sielwallhaus und der sich dort treffenden Gruppen. Mit der Begründung, daß das ARAB "keine festen Strukturen" aufweise und sich in den Räumen der Jugendinitiave Sielwallhaus e.V. befinde, erstreckt sich die Durchsuchungsanordnung des Amtsgerichts "sowohl auf die Räume, die dem ARAB erkennbar zur Verfügung stehen, als auch auf solche Räume, zu denen die Mitglieder des ARAB Zugang haben, auch wenn sie weder Mieter noch sonst Nutzungsberechtigte sind". Das ist eine bewußte Lüge, wissen doch Picard und Staatsschutz - und haben das in ihren Unterlagen festgehalten - nach wiederholten Hausdurchsuchungen, daß die AktivistInnen des ARAB lediglich zu den von ihnen angemieteten und abgeschlossenen Räumen Zugang haben, genauso wie andere Gruppen auch nur für die von ihnen genutzten Bereiche. Daß es sich hier (auch) um eine konzertierte Aktion verschiedener Behörden gegen das Sielwallhaus handelt, darauf weist er auch die Tatsache hin, daß sich unter den ungebetenen BesucherInnen ein Beamter des Gewerbeamts befindet, der das Haus nach einem eigenen Kriterienkatalog durchsucht. Und auch sogleich, angesichts zahlreicher im Keller befindlicher, von Vereins-Parties übriggebliebener Getränkekästen, eine widerrechtliche kommerzielle Nutzung behauptet und mit einem Verfahren droht ...

Nach der Durchsuchung von ARAB und Sielwallhaus formiert sich ein Solidaritätsbündnis gegen die Kriminalisierung antirassistischer Arbeit.

SchülerInnen-Widerstand gegen Abschiebung

Nach zahlreichen Aktionen, Demonstrationen und vielerlei anderen Aktivitäten gegen die geplante Abschiebung ihres Mitschülers Ibrahim Ali Yaya, erreichen die SchülerInnen des SZ Kornstraße im Gespräche mit VertreterInnen der Innenbehörde einen Aufschub bis Ende Januar. Außerdem räumt die Innenbehörde dem Flüchtling aus Togo jetzt doch die Möglichkeit eines Asylfolgeantrags ein.
Der 16jährige war vor eineinhalb Jahren gemeinsam mit seinem Bruder nach Deutschland geflohen. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lehnte den Asylantrag Ibrahim Ali Yayas ab, doch der für den Minderjährigen eingesetzte Amtsvormund legte gegen diesen Bescheid keine Berufung ein, woraufhin das Verwaltungsgericht Bremen keine Klage zuließ.
Nach Informationen von Menschenrechtsorganisationen müssen in Togo selbst Jugendliche mit politischer Verfolgung, Folter und Tod rechnen. Auch war es dem im Auftrag der Behörden tätig gewordene Internationale Sozialdienst nicht möglich gewesen, noch lebende Verwandte des 16jährigen zu finden.
Auch sieben andere Jugendliche aus Togo, darunter der Bruder Ibrahim Ali Yayas, sind in Bremen von der Abschiebung bedroht. Sie haben zwar gegen die Ablehnung ihrer Asylfolgeanträge Rechtsmittel eingelegt, doch wurde im Oktober ein Schreiben der Ausländerbehörde bekannt, daß "die Ausreiseverpflichtung auch im Falle einer Klageerhebung" durchgesetzt werden soll.

Gewerkschaft

Demonstration der Postgewerkschaft

Mehrere hundert Beschäftigte der Deutschen Post AG protestieren auf dem Bahnhofsvorplatz gegen die für sie negativen Auswirkungen der Privatisierung. Die Bundesregierung, die mit aller Kraft den "Sozialstaat plattmache" wird auf der von der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) organisierten Demonstration aufgefordert, im Post-

gesetz einen "Finanzierungsschutz" für die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Postversorgung zu verankern. Andernfalls seien durch konkurrierende Kleinbetriebe mit 610-Mark-Jobs und Scheinselbständige allein rund 3.000 Arbeitsplätze bei der Deutschen Post AG gefährdet.

8 dezember

StudentInnenstreik (II)
Wie bereits an einigen Dutzend Hochschulen im gesamten Bundesgebiet wird jetzt auch an der Bremer Universität gestreikt. Die mit rund 2.000 StudentInnen erstaunlich gut besuchte Vollversammlung beschließt den Streik: für mehr Geld, gegen die geplante Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, das "Maulkorb"-Urteil des Oberverwaltungsgerichts, das dem AStA allgemeinpolitische Äußerungen untersagt hatte, gegen die Diskriminierung nicht-deutscher StudentInnen und die sog. Ausländergesetze, gegen Kreiters Tierversuche, gegen Castor-Transporte und anderes mehr. Am gleichen Tag votiert die Vollversammlung der Hochschule dafür, den dort bereits laufenden Streik fortzusetzen. In den nächsten Tagen und Wochen werden zahlreiche Veranstaltungen an den Hochschulen, Aktionen außerhalb und Demonstrationen - teilweise gemeinsam mit SchülerInnen - stattfinden. (Despektierliches zum Thema findet sich in unserem Schwerpunkt zum StudentInnenstreik.)

11 dezember

Razzia bei KurdInnen
Was sich durch eine seit dem Herbst andauernde Borttschellersche Kampagne schon abzeichnete, passiert in den frühen Morgenstunden: Polizei und Staatsanwaltschaft durchsuchen den Kurdisch-deutschen Solidaritätsverein in der Faulenstraße und die Wohnungen von fünf kurdischen Männern. Anlaß seien Erkenntnisse über "Spendengelderpressungen" für die PKK gewesen, die durch Aussagen in Bremen lebender KurdInnen in den letzten Monaten gestützt worden seien. Außerdem wären die angeblichen Erpressungsopfer aufgefordert worden, in den Kurdisch-deutschen Solidaritätsverein zu kommen.
Im Verein seien Werbematerialien für die PKK und ihren Chef Abdullah Öcalan beschlagnahmt worden, in den Wohnungen eine Schußwaffe samt Munition sowie Unterlagen, die auf erpreßte Geldzahlungen hindeuteten. Vier Männer werden festgenommen, ein weiterer befindet sich auf der Flucht, stellt sich aber später.
Am 16. Januar werden die Betroffenen aus der Untersuchungshaft entlassen. Nach Ansicht des Landgerichts gibt es für die Haftgründe Flucht- und Verdunkelungsgefahr keine ausreichenden Anhaltspunkte.
Beirat gegen Castor-Transporte
Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion beschließt der Beirat Hemelingen einen sog. Bürgerantrag gegen Castor-Transporte. Der große Stadtteil im Osten Bremen, durch den mehrere Strecken der Bahn führen, die für solche Transporte abgebrannter Brennelemente in Frage kommen, sei dadurch überproportional gefährdet.

16 dezember

910 bosnische FlüchtIinge "ausgereist"
Nach Angaben von Innensenator Borttscheller haben bis September 910 der rund 3.200 in Bremen und Bremerhaven lebenden bosnischen Flüchtlinge Deutschland verlassen. Vier Menschen, die sich der "Ausreise" widersetzt hätten, seien abgeschoben worden.

19 dezember

Abschiebungen nach Arbeitsamts-Razzien
Mitte Dezember wurden bei zwei Razzien des Arbeitsamtes vier polnische Männer, die weder eine Arbeits- noch eine Aufenthaltserlaubnis besaßen, von der Polizei festgenommen. Zwei der Männer wurde auf der Baustelle in einem ehemaligen Bäckereigebäude in der Bürgermeister-Smidt-Straße/Ecke Breitenweg, die beiden anderen in einer ehemaligen Kaffee-Rösterei in Hemelingen festgenommen; alle vier sollen abgeschoben werden. Gegen die Unternehmen werden Verfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt und wegen illegaler Beschäftigung eingeleitet.

22 dezember

Aktion gegen Atomtransporte
Greenpeace-AktivistInnen entern gegen 2.30 Uhr den RoRo-Frachter "Arneb", hindern ihn so am Anlegen an der Bremerhavener Kolumbuskaje und schweißen sich mit Bügelschlössern an dessen Heckklappe fest. Die Aktion richtet sich gegen den geplanten Weitertransport von 59 Kilogramm Plutonium aus dem früheren Brennelementewerk in Hanau in "die nukleare Müllkippe Europas", die schottische Wiederaufbereitungsanlage Dounreay. Kritisiert wird damit auch der Bremer Senat, der Bremerhaven zum "Umschlagplatz Nummer 1 für hochradioaktive Stoffe in Deutschland" gemacht habe. Seit 1991 hätten über 600 Atomtransporte über die bremischen Häfen stattgefunden
Weil Häfensenator Beckmeyer das macht, was sozialdemokratische Bremer Politik seit langer Zeit auszeichnet, nämlich mit allem und jedem Handel zu treiben, so lange dies ordentlich bezahlt wird, und parallel dazu mit den GegnerInnen der HandelspartnerInnen bzw. dieser Politik substanzlose Gespräche zu führen, ja ihnen sogar manchmal einen Menschenrechts- o.ä. Preis zukommen zu lassen, muß er verbale Prügel von Innensenator Borttscheller einstecken. Beckmeyer habe nämlich stundenlange Verhandlungen mit Greenpeace-Leuten geführt - das Gespräch am Vormittag dauerte etwas über 60 Minuten -, statt die Lage von den derweil untätig ausharren müssenden 40 PolizistInnen, darunter eine zehnköpfige SEK-Gruppe, "schnell und gründlich bereinigen" zu lassen. In den guten alten Zeiten hieß das noch "keine Gefangenen", was sich wohl auch die Besatzung der "Arneb" dachte und die Heckklappe trotz der daran verschweißten Männer und Frauen herunterlassen wollte - woran sie allerdings von der Wasserschutzpolizei gehindert wurde.
Nach 15 Stunden beendet die Polizei die Aktion, die AktivistInnen werden vorläufig festgenommen.

23 dezember

Hungerstreik im Knast
Zehn kurdische Gefangene treten im Bremer Männerknast Oslebshausen in den Hungerstreik, um gegen ihre rassistische Sonderbehandlung zu protestieren. Gegen alle Hungerstreikenden, die jeweils zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, liegen Ausweisungsverfügungen vor, bei einigen von ihnen wurde die Abschiebung bereits letztinstanzlich angeordnet. Damit steht ihnen die Abschiebung direkt aus dem Knast bevor. "Vollzugslockerungen", wie Hafturlaub und Freigänge, werden nicht gewährt. Knast-Chefin Ines Kalisch - "Ich lasse mich nicht erpressen" - ist genauso wenig zu Zugeständnissen bereit wie Justizstaatsrat Ulrich Mäurer (SPD): "Das Gesetz sagt eindeutig: vom Urlaub ausgeschlossen sind Gefangene, gegen die eine vollziehbare Ausweisungsverfügung besteht." Außerdem bestände Fluchtgefahr, denn es handele sich bei den zehn Männern nicht nur "größtenteils um Straftäter mit erheblicher krimineller Energie" - Drogenhändler, PKK-Funktionäre und dergleichen mehr, fast schlimmer noch, sie drohten ihre gerechten Abschiebung zu entgehen und unterzutauchen. Einige von ihnen seien bereits einmal unter anderem Namen in die BRD gekommen, dann abgeschoben worden und anschließend wieder illegal eingereist.
Am 8. Januar wird der Hungerstreik beendet.

30. dezember

Sexistische Angriffe (IV)
Eine Frau wird gegen 0.40 Uhr in der Bamberger Straße von einem Mann überfallen. Der Täter packt die 35jährige am Hals und versucht, sie in einen Durchgang zum Jan-Reiners-Weg zu ziehen. Weil die Frau laut um Hilfe ruft, flüchtet der Mann.

31. dezember

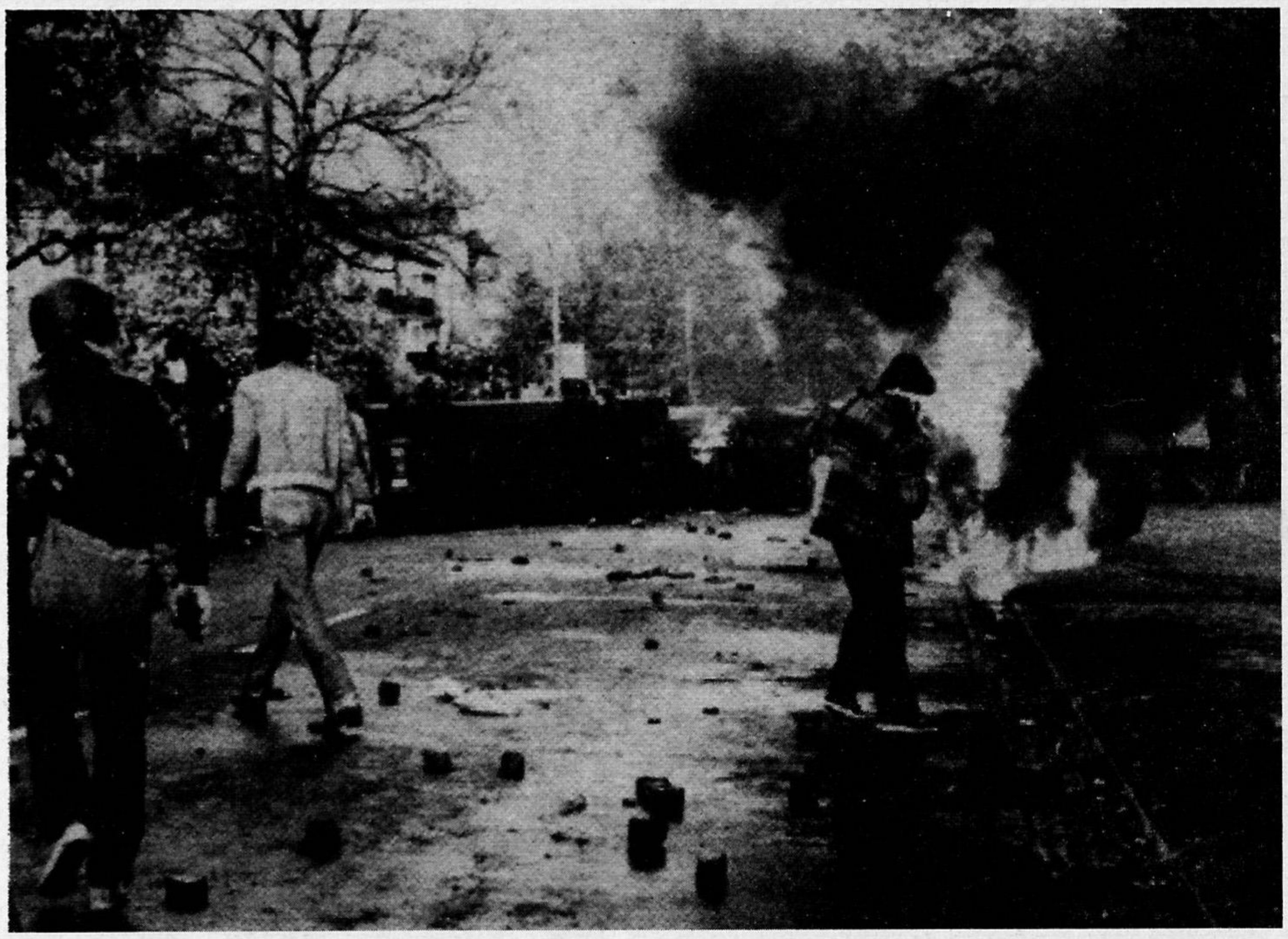
Same procedure than last year?
Rund 500 Männer und Frauen feiern auf der Sielwallkreuzung, mindest 250 von ihnen sind PolizistInnen. Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei, SEK, zivile Greiftrupps und dergleichen mehr demonstrieren seit 18 Uhr massive Präsenz. Das tut der Stimmung aber keinen Abbruch.
Dennoch bleibt zu hoffen, daß einigen Leuten die nächtlichen quasi Verbrüderungs- und Verschwesterungsszenen mit den Bütteln am nächsten Morgen zumindest peinlich waren: Hohe Promillegrade taugen als Entschuldigung höchsten gegenüber der bürgerlichen Justiz - und meine Oma hat immer gesagt, daß kleine Kinder und Betrunkene immer die Wahrheit sagen...
Da es diesmal keine in der Nähe liegende Party zu überfallen gab und es auch noch etwa 20 Grad wärmer als vor einem Jahr ist, beschränkt sich die Polizei darauf, zu vorgerückter Stunde, einige Betrunkene zu verprügeln und sie in Gewahrsam zu nehmen.

5. januar

Faschistischer Aufruf
Wie erst jetzt bekanntgegeben wird, hat die Polizei vor Weihnachten die Wohnungen einiger der 66 UnterzeichnerInnen des faschistischen Pamphlets "Völkermord am deutschen Volk" durchsucht. Verfasser und Herausgeber der 22seitigen Broschüre, die eine Auflage von 110.000 (!) Exemplaren haben soll, seien unbekannt; ihre Verteilung und Verschickung werde von Dresden aus organisiert. Die UnterzeichnerInnen, die mit Ortsangabe unter dem Aufruf aufgeführt sind, gehören verschiedenen faschistischen Parteien und Organisationen an und sollen durchschnittlich jeweils 1.000 Mark für die Druck- und andere Kosten gespendet haben. Das Geld ging auf das Konto des Rechtsanwalts und Notars Günter Lamotte im hessischen Friedberg.
Grundlage der Durchsuchungen, die von der Staatsanwaltschaft in Dresden koordiniert wurden, waren Ermittlungsverfahren u.a. in Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen, wegen "Volksverhetzung" sowie, zumindest in Sachsen, wegen "verfassungsfeindlicher Verunglimpfung von Staatsorganen". Das sei aber zugleich auch der Grund, weshalb die dortigen Ermittlungen nicht weiter gehen (dürften). Denn bevor die Dresdner Staatsanwaltschaft deswegen eigenständig strafrechtlich verfolgen dürfe, sei eine Ermächtigung des Bundesjustizministeriums erforderlich, die zwar seit einiger Zeit beantragt sei, aber noch nicht vorliege. Das Ministerium hat nach eigenen Angaben vom 8. Januar das Ersuchen am 9. Dezember zuständigkeitshalber an das Bundeskanzleramt weitergeleitet, wo es seitdem liegenblieb, weil Bundeskanzler Kohl erst eine Beurteilung des Aufrufs durch das Bundesinnenministerium abwarten wolle.
13 UnterzeichnerInnen des "Aufrufs an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung" kommen aus Bremen und Niedersachsen. In Bremen haben Hausdurchsuchungen bei Liselotte Päsler und Hildegard Newzella (DVU) stattgefunden, im Umland u.a. beim Ehrenvorsitzenden des Kreisheimatbundes im Landkreis Diepholz und des Syker Verkehrs-, Verschönerungs- und Bürgervereins sowie ehemaligen Wehrmachts-Majors, Edzard Folkerts, in Syke; beim ehemaligen Kreisvorsitzenden der NPD, Hugo Schag, in Delmenhorst und beim früheren Kreisvorsitzenden der Republikaner, dem Chirurgen Rigolf Hennig, in Verden.

8. januar

Abschiebung nach Togo
Die Bremer Innenbehörde schiebt erstmals nach einigen Jahren wieder einen Flüchtling nach Togo ab. In den letzten Jahren waren Flüchtlinge, auch wenn eine Ausweisung gegen sie vorlag, nicht in das diktatorisch regierte afrikanische Land abgeschoben worden, weil selbst die Gerichte die dortigen Verhältnisse als "Abschiebehindernisse" anerkannt hatten. Das hat sich inzwischen geändert, weil das Auswärtige Amt - die Bundesregierung hatte 1993 alle "Entwicklungshilfe" unter Verweis auf die Menschenrechtslage eingestellt - die politische Lage inzwischen als unproblematisch einstuft. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen hat sich



Bremen bei der letzten Rekrutenvereidigung am 6.5.1980. Kommt die nächste im Juni? (s. nächste Seite)

allerdings nichts geändert. Bremen vollziehe, so der Sprecher von Innensenator Borttscheller Stefan Luft, mit der Abschiebung nunmehr die gewandelte Rechtssprechung der Gerichte. Etwa 50 weitere Flüchtlinge aus Togo müssen nun mit ihrer Abschiebung rechnen.
Gegen die Abschiebung hatten am Morgen knapp 100 Männer und Frauen in der Abflughalle des Flughafens demonstriert.

Rühe: 1998 Bundeswehr-"Gelöbnis" in Bremen

Mit "sehr vielen öffentlichen Gelöbnissen" soll 1998 nach Angaben von Verteidigungsminister Rühe (CDU) Stimmung für die Bundeswehr, die derzeit gewisse Imageprobleme hat, gemacht werden. Auf der CSU-Tagung in Wildbad Kreuth kündigt Rühe an, die Kriegsdienstleistenden auch in Städten, in denen es ein gehöriges Protestpotential gebe, schwören zu lassen. So sollen am 13. August öffentliche Gelöbnisse vor dem Roten Rathaus in Berlin, auf dem Hamburger Rathausplatz sowie Bremen - hier verfügt Rühe offenbar über keine Ortskenntnisse - stattfinden.
In Berlin möchte die Große-Koalitions-Partnerin SPD die Bundeswehr jedoch stattdessen lieber am 20. Juli, dem Tag des konservativen, reaktionären, monarchistischen, rassistischen und antisemitischen Widerstands gegen Hitler, auf dem Platz der Luftbrücke sehen. Auch der rotgrüne Hamburger Senat lehnt Rühes Ansinnen ab - und möchte das Gelöbnis lieber auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme stattfinden lassen.
In Bremen gibt es die ersten öffentlichen Reaktionen erst später, am 21. Januar. Die CDU ist, klar, dafür, Bündnis 90/Die Grünen auch. Während die CDU das Weserstadion am 9. Juni vorschlägt, halten es die Grünen, die auch noch viel mit der demokratischen Bundeswehr vorhaben, für eine gute Idee, das Gelöbnis auf dem Gelände des U-Boot-Bunkers Valentin in Farge zu feiern. Zu den Bauarbeiten an dem faschistischen Großprojekt, das heute in Teilen ein Materialdepot der Bundesmarine beherbergt, wurden in den 40er Jahren Tausende von ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen, Gefangenen aus den Außenlagern des KZ Neuengamme und anderen Lagern gezwungen wobei mindestens 4.000 von ihnen ermordet wurden (s. kassiber 25 und 26). Zumindest die Bremer PolitikerInnen könnten für ihre weiteren Planungen vorgewarnt sein, führte ein hiesiges Rekrutengelöbnis am 6. Mai 1980 doch zur bis dahin wenn vielleicht nicht größten, so doch aber militantesten Straßenschlacht der westdeutschen Nachkriegsgeschichte - mit (fast) unentschiedenem Ausgang.

Privatuniversität nach Bremen-Nord?

Bringfriede Kahrs, sozialdemokratische Wissenschaftssenatorin, hat noch Visionen. Nachdem inzwischen scheinbar (fast) jeder Hans und jede Franziska studieren darf - derzeit sind es 25.570 an den fünf Bremer Hochschulen -, könnte die Errichtung einer Privatuniversität geeignet sein, die Spreu vom Weizen zu trennen. Einen "Baustein für eine Vision" bildeten, so Kahrs, ihre gerade abgeschlossenen "erfolgsversprechende[n] Beratungsgespräche" mit der Delegation einer "namhaften", wenngleich nicht namentlich benannten, privaten US-Universität. Diese Damen und Herren hätten auf Initiative Bremens das (frühestens im Jahre 2000) freiwerdende Gelände der Bundeswehrkaserne in Grohn besichtigt und seien davon "sehr schnell angetan" gewesen. Kahrs hoffe auf eine baldige positive Rückmeldung der US-AmerikanerInnen, die auch noch versuchen wollten, zwei weiteren US-Universitäten für das Projekt zu gewinnen. Beraten wurde über eine Universität höchstens Standards, die aus öffentlichen Geldern und - aus den USA - privaten Mitteln finanziert werden solle. Ein Drittel der StudentInnen kämen aus den USA, zwei Drittel wären EuropäerInnen, die Lehrsprache wäre Englisch. Gestartet würde mit 500 StundentInnen, die schärfsten Auswahlkriterien unterliegen würden, nach fünf Jahren wäre die Höchstzahl 2000 erreicht, die auch auf dem Campus wohnen würden und sowohl US-amerikanische als auch europäische Abschlüsse erwerben könnten. Geplant sei, unter Einbeziehung der Universität und evtl. der Hochschule Bremen ein "Center of Excellence" zu installieren. Und natürlich solle auch die hiesige Wirtschaft intensiv mit einbezogen werden.
Vorbild sei die US-Universität, mit der verhandelt werde. Die habe einen Nobelpreisträger hervorgebracht und nähme nur die Besten der Besten nach intensiven Einzelgesprächen auf: von 4.000 BewerberInnen jährlich gerade einmal 600. Gearbeitet würde interdisziplinär, das Fächerspektrum biete ideale Kooperationsmöglichkeiten - und auf eine/n ProfessorIn kämen gerade einmal neun StudentInnen.
Die Verhandlungen von Wissenschaftssenatorin Bringfriede Kahrs mit der Rice-University in Houston/Texas (USA) zwecks Gründung einer Privatuniversität in Bremen-Nord scheinen sich Mitte Dezember zu konkretisieren. Nach dem Präsidenten und dem Aufsichtsrat der US-Universität stimmt jetzt auch der Bremer Senat dem Projekt zu. Hatte Kahrs aber Ende November noch von einer Zielzahl von 2.000 StudentInnen gesprochen, ist jetzt von 1.200 die Rede, die nach fünf Jahren erreicht sein soll. Die Elite-Universität soll sich dann aus Studiengebühren und Privatkapital finanzieren.
Schon zuvor hatte Uni-Pressesprecher Uwe Gundrum verkündet, daß es sich bei den potentiellen KooperationspartnerInnen der Rice-University für das Projekt um die University of Indianapolis, die Havard-University in Massachusetts und das Massachusetts Institut of Technology (MIT) handelt; im Frühjahr wolle man mit den US-amerikanischen VerhandlungspartnerInnen das Projekt festlegen.

14. Januar

Lohnschreiberei

Dr. Herbert Schäfer, ehemaliger Chef des Bremer Landeskriminalamtes, legt eine im Auftrag der Innenbehörde verfaßte "Studie" zum Thema Graffiti vor, die keinen anderen Zweck hat als die aus den USA stammenden Thesen seiner Auftraggeber in puncto "Kriminalitätsangst" pseudo-wissenschaftlich zu unterstützen. Ideologische Grundlage der Lohnschreibe ist die reaktionäre "Broken-windows"-Theorie, die in zerbrochenen Fenster, Graffiti o.ä. die Ursache allen Übels sieht und die sich derzeit bei bundesdeutschen SicherheitsstrategInnen höchster Beliebtheit erfreut (s. kassiber 33). Die Graffiti würden besonders bei älteren Leuten Bedrohungsgefühle und Ängste auslösen usw. usf., oder um es mit Innensenator Borttscheller (im Vorwort des Papiers) zu sagen: "In der politischen Debatte und in den Medien ist der grassierende Farbvandalismus entweder vorwiegend unter dem Gesichtspunkt einer jugendspezifischen Kunstrichtung oder unter dem Aspekt der freien Entfaltung junger Menschen bagatellisiert worden." Tatsächlich aber schürten die Graffiti bei den meisten Menschen "ein Gefühl der Ohnmacht und Wehrlosigkeit".
Borttscheller wußte, was er von seinem Schäfer erwarten durfte, und kann denn auch bei Erscheinen der "Studie" erfreut resümieren: "Das aktive Einschreiten der Polizei gegen Farbvandalisten ist unverzichtbar. Aber: Dem Phänomen kann nur dann wirksam begegnet werden, wenn Staatsanwaltschaften, Gerichte, Schulen und Jugendarbeit ebenfalls ausreichendes Problembewußtsein zeigen und gemeinsam daran mitwirken, Kriminalität (wohlgemerkt: es geht in der Studie um Graffiti, Anm.) zu verhindern und zu reduzieren."

Willi Leow

11. Jan. bis 25. Februar

Peter Weiss Ausstellung. Medienzentrum Walle, Bremer Theater und Radio Bremen 2 Kulturell stellen Gemälde und Zeichnungen von Peter Weiss (Foto) aus. Kino 46, Waller Heerstraße 46.

15. Jan. bis 17. Februar

Mehr von starken und schwachen Frauen. Lebensläufe von Frauen aus Bremen (wie der nach Bremen verschleppten Zwangsarbeiterin Frieda Gottesmann), Stuhr und Weyhe (Louise Ebert, der ersten First Lady in der Weimarer Republik) in verschiedenen Jahrhunderten. Ausstellung von Gabriele Ullrich. Stadtbib. Neustadt, F.-Ebert-Str. 101/ 105, Mo 13-18, Di, Do 11-18, Fr 11-17, Sa 10-13 Uhr.

Do, 5. Februar

Jour Fixe. Die MASCH (Marxistische Abendschule) stellt sich vor und lädt alle Interessierten ein, sich an der Planung des Sommerprogramms zu beteiligen. Bandonion, Getrudenstraße 37, 20 Uhr.

Philosophisches Kolloquium. Juichi Matsuyama (Kyoto) über Schellings Naturphilosophie und die Naturwissenschaften seiner Zeit. [Veranstalter: Fachbereich Philosophie der Uni Bremen] GW 2, B 2180, 19.15 Uhr.

Kurdenkonflikt in der Türkei. Interessen und Ziele der Konfliktparteien: gibt es Ansatzpunkte für eine Annäherung? [Veranstalter: Akademisches Auslandsamt, Ev. Kirche, verein deutscher wirtschaftsarabisten; Referent: Gülistan Gürbey, Berlin] Haus Kirchlicher Dienste, Hollerallee 75, 19.00 Uhr.

Sa, 7. Februar

Agit-Pop-Disco. Tanzveranstaltung zur Finanzierung link(sradikal)er politischer Projekte (Vereinsveranstaltung). Haus der NFJD, Buchtstraße 14/15, 22 Uhr.

Mo, 9. Februar

Die Dreigroschenoper. Aufführung nach Bertolt Brecht und Kurt Weill im Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Do, 12. Februar

Sommer-Tour 1997. Videogucken und diskutieren mit dem AK Kraak, den Herausgebern des gleichnamigen und halbjährlich erscheinenden Videomagazins „für fernes und bewegtes sehen". Die Kraak-Gruppe begann 1990 die Berliner HausbesetzerInnen-Szene zu dokumentieren, neuerlich befaßt sie sich mit „waldpiratInnen in thüringen, grenzen überall, galaktischem tourismus am starnberger see" etc. [Veranstalter: BBA-Infoladen] Haus der NFJD, Buchtstraße 14/15, 19 Uhr.

Die inneren kurdischen Probleme und deren Lösung. [Veranstalter: Akademisches Auslandsamt, Ev. Kirche, verein deutscher wirtschaftsarabisten; Referent: Ali Ghazi, Meckenheim] Haus Kirchlicher Dienste, Hollerallee 75, 19.00 Uhr.

Sa, 14. Februar

Fidelio. Kresnik inszeniert Beethovens Oper im Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Di, 17. Februar

Spiel auf Zeit. Das Elend der Wiedergutmachung. Vortrag und Diskussion [Veranstalter: Deutsch-Israelische-Ges., „Erinnern für die Zukunft" u.a.; Referent: Volker Beck (MdB)] Angestelltenkammer, 20 Uhr.

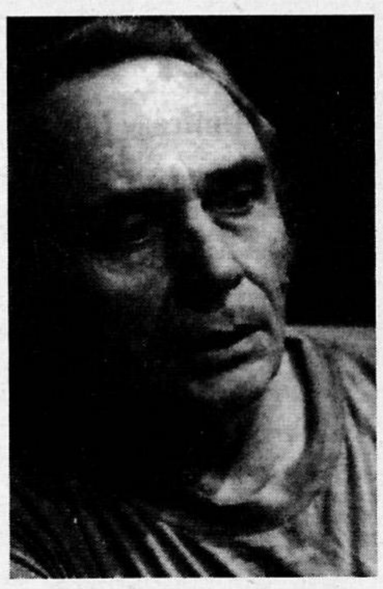
Von grünen Idyllen und braunen Fassaden. Bürgerlicher Naturschutz in Bremen [Veranstalter: Junges Forum Gesellschaftswissenschaften; Referentin: Anna-Katharina Wöbse] a) Sendung bei „Art & Weise" auf Radio Bremen 2, nach 14 Uhr. b) Vortrag (etwa 30 min) und Diskussion. Landeszentrale für politische Bildung, Osterdeich 6, 20 Uhr.

Mi, 18. Februar

Gewerkschaften im Wahljahr - Lohnzurückhaltung oder Klassenkampf? [Va.: MASCH; Referent: Dr. Manfred Sohn (Hannover)]. Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20 Uhr.

Do, 19. Februar

Wackersdorf I. Film (1987) mit anschließender Diskussion „WAArum - Bomben, Buisness, BRD". [Veranstalter: BBA-Infoladen] St.-Pauli-Str. 10/12, 19 Uhr.



Fidelio. Johann Kresnik (Foto) inszeniert Beethovens Oper im Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Sa, 21. Februar

KaFe DaDa: Kursiv. Veranstaltung der dada-Fraktion des BAT Ensembles. GaDeWe, Reuterstraße 9 -17, 20 Uhr.

Sa, 28. Februar

Konzert. A.S.E., Rubbish heap und path of lies. Jugendfreizeitheim, Friesenstr., 8 Mark Eintritt, 21.30 Uhr.

Di, 3. März

Wieso können wir die Welt erkennen? Die evolutionäre Erkenntnistheorie [Veranstalter: Bremer Philosophische Gesellschaft und Wittheit, Referent: Gerhard Vollmer, Garbsen] Stadtwaage, 20 Uhr.

Do, 5. März

Wackersdorf II. 3 Filme: „Geschichte und Bedeutung der nicht gebauten Wiederaufbereitungsanlage", „Zaunkämfe" und ein „weiterer (sic!) Überraschungsfilm". [Va.: BBA-Infoladen] St.-Pauli-Str. 10/12, 19 Uhr.

Sa, 7. März

Agit-Pop-Disco. Tanzveranstaltung zur Finanzierung link(sradikal)er politischer Projekte (Vereinsveranstaltung). Haus der NFJD, Buchtstraße 14/15, 22 Uhr.

Mo, 23. März

Die Dreigroschenoper. Aufführung nach Bertolt Brecht und Kurt Weill im Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Mi, 1. April

Fidelio. Kresnik inszeniert Beethovens Oper im Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Mo, 13. April

Die Dreigroschenoper. Aufführung nach Bertolt Brecht und Kurt Weill im Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Do. 16. April

Sie kam nicht mit leeren Händen daher... Neue Kontroversen über die deutsche Geschichtswissenschaft 1933 bis 1945. [Va.: Junges Forum Gesellschaftswissenschaften; Referent: Frank Kaldonek] Sendung bei „Art & Weise" auf Radio Bremen 2, nach 15 Uhr.

Sa, 18. April

KaFe DaDa: beige [besch]. Veranstaltung der dada-Fraktion des BAT Ensembles. GaDeWe, Reuterstraße 9 -17, 20 Uhr.

Mo, 20. April

Die Dreigroschenoper. Aufführung nach Bertolt Brecht und Kurt Weill im Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Ein Leserbrief

Hauptsache Abschiebung?

„... wie in Bremen schlägt der Fall Wellen in den hessischen Medien. Im mütterlich-feministisch geprägten Diskurs geht es allerdings hier wie da weniger um die rassistischen Abschiebungen an sich, sondern vielmehr um den 'Skandal' der Trennung während der Abschiebehaft." (Kassiber, Nr. 33, November 1997, „was bisher geschah": 15. Juli)

Ich versuche mal grob zusammenzufassen, was damit ausgesagt ist:

1. Die Trennung von Margret A. und ihrem Kind, dessen Zwangsunterbringung in einer „Pflegefamilie" bzw. Aufbewahrung in wechselnden Institutionen, sind nur in Anführungszeichen ein Skandal.

Selbstverständlich wären weder Abschiebungen noch Abschiebehaft weniger rassistisch, würden sie ohne solche Trennungen ablaufen. Trotzdem kritisiere ich (und Ihr auch) auch z.B. schlechte Knastbedingungen oder Folterungen während der Abschiebehaft. Was ist diese Trennung für ein zweijähriges Kind anderes als seelische Folter, nur eben nicht (nur) mit rassistischer, sondern mit patriarchaler, einfach menschenfeindlicher Grundlage?

2. Mütter und/oder Feministinnen sind dominant genug, um durch ihre Wortmeldung zugunsten von Gefühlsduselei den antirassistischen Diskurs in den Hintergrund zu drängen.

Leicht verkürzt gesagt wirft hier ein Mann Feministinnen vor, sie würden antirassistischen Kämpfern wie ihm in den Rücken fallen. Früher hieß das wohl, „die Betonung des Nebenwiderspruchs ist objektiv konterrevolutionär". Überinterpretiert??

Überhaupt ist die Wortschöpfung „mütterlich-feministisch geprägter Diskurs" eine interessante. Daraus lese ich

3. Parteinahme für das Recht von Margret A., mit ihrem Kind zusammen zu sein, und das Recht des Kindes, mit einer vertrauten Person zusammen zu sein (meistens, nicht unbedingt Mütter!), ist nicht einfach feministisch und menschen/kinderrechtlich, sondern nur „mütterlich-feministisch". Kritik an der Behandlung von Margret A. geht bei „Willi Leow" noch irgendwie als feministisch (also politisch) durch. Dagegen ist der Hinweis, daß ein zweijähriges Kind so eine Trennung und Zwangsbetreuung wohl nicht besonders gut findet gar nicht mehr politisch sondern nur „mütterlich". Unvorstellbar, daß ein Mann (und noch dazu ein linksradikaler) dagegen auch nur redet. Sich dagegen einzusetzen ist sozusagen emotionale Privatsache von Frauen. Kinder und (deren) Gefühle sind Sache des mütterlich feministischen Diskurses, „rassistische Abschiebungen an sich" Sache von „Willi Leow"

Ich habe (offenbar im Gegensatz zu Euch) nichts gegen Mütterlichkeit einzuwenden, und bin auch nicht der Meinung, daß „Kinder zur Mutter gehören", wie vielleicht Elisabeth Motschmann (und ihrem Handeln nach auch die meisten linken Männer). Viele Mütter und viele Kinder wollen das aber unter den gegebenen Umständen so und haben deshalb ein Recht drauf. Die Einforderung dieses Rechts richtet sich gegen die auch patriarchale Logik der Abschiebemaschine und sollte von Euch nicht als bürgerlich und unpolitisch denunziert werden, schon gar nicht mit sooo einem Spruch.

Aber daß Frauen für euch nicht ernst zu nehmen sind, wird ja auch ein paar Zeilen weiter unten deutlich, wo von der „Nazisse" Elisabeth Motschmann die Rede ist. Da „Nazi eine Kurzform ist, müßten eigentlich auch Nationalsozialistinnen gemeint sein: Die Nazi. Die meisten verstehen unter „Nazis" aber nur Männer, genau wie bei „Studi, AWi, usw., dann müßte aber doch wenigstens von „die Nazi-in" die Rede sein. „Nazisse" bewegt sich auf dem gleichen Niveau wie „Politesse" statt Polizistin und nimmt die Frauen auch als Gegnerinnen nicht ernst, stuft sie unter den männlichen Gegnern ein. Mit anderen Worten: „Willi Leow" bedient sich eines Sexismus, um politische Gegnerinnen zu diskreditieren. Die rechten und bürgerlichen Frauen greift er nicht nur als Rechte, sondern auch (und sogar vor allem, denn sie sind ja keine richtigen „Nazis", nur „Nazissen") als Frauen an.

Abgesehen von diesem offenen Sexismus, ist Elisabeth Motschmann in meiner Wahrnehmung keine Nazi, sondern katholisch-erzkonservativ, was nicht unbedingt viel besser, aber was anderes ist. Wer zwischen bürgerlichen Rechten und FaschistInnen nicht unterscheiden kann oder will, ist in meinen Augen nicht besonders radikal, sondern besonders dumm.

Mit in diesem Fall unsolidarischen Grüßen

Willi Wiberg

Eine Antwort

Eben nicht!

Durchschnittlich etwa 50 bis 60 Flüchtlinge werden jeden Tag aus der BRD in das Ausland abgeschoben, rund 20.000 waren es 1996, die Zahlen für das vergangene Jahr wurden meines Wissens nach noch nicht veröffentlicht. Einige hundert dieser Abschiebungen finden jedes Jahr von Bremen aus statt, z.B. über den hiesigen Flughafen. Widerstand dagegen regt sich, auch in 'der' Linken, kaum, von Ausnahmen wie dem Antirassismus-Büro oder der Asylgruppe Ostertor abgesehen. Im *kassiber* ist es leider auch nicht wesentlich anders, schon seit einer ganzen Reihe von Heften ist kein Hintergrundinformationen und Analysen liefernden Artikel mehr zum 'Thema' Abschiebungen, die ja zumindest Teilbereich des (rassistischen) Alltags sind, erschienen. Und so bleibt es dem Autoren überlassen, zumindest die bekanntgewordenen 'Fälle' - und eventuellen Widerstand dagegen - in der Rubrik *Was bisher geschah* möglichst lückenlos zu erfassen.

Der Diskurs zu diesem Thema ist wesentlich bestimmt durch die Politik, die sog. Asyldebatte in den Medien (zu dieser beiden Zusammenhänge und Wechselwirkungen sind in den letzten Jahren einige schlaue Diskursanalysen erschienen) und nicht zuletzt den virulenten Rassismus in großen Teilen der deutschen Bevölkerung. Diejenigen, die versuchen, den Abschiebungen auch praktisch etwas entgegenzusetzen, Flüchtlinge vor den ihnen drohenden Abschiebungen zu bewahren, begreifen dies oftmals nicht Teil

eines allgemeinpolitischen Widerstands, sondern versuchen vor allem, Lobbyarbeit für "Einzelschicksale" bzw. bestimmte "Volksgruppen", z.B. bosnische Flüchtlinge, zu machen. Argumentiert wird da zumeist mit "Menschenrechten", vor allem wird die zumindest bedrohliche Lage in den so Herkunftsländern herausgestellt. Hingegen ist die Forderung *Bleiberecht für alle* (Flüchtlinge), die Abschiebungen - egal wer und wohin - ad absurdum führen könnte, nur höchst selten zu hören. Wiederum von Ausnahmen abgesehen: insbesondere denjenigen Gruppen und Personen, die sich bundesweit der Kampagne *Kein Mensch ist illegal* angeschlossen haben.

Und dann gibt es da noch diejenigen, die auch *in diesem Punkt* ihren Frieden mit dem System schon lange geschlossen haben bzw. ihn nie aufgekündigt hatten: die deutsche Sozialdemokratie, Bündnis 90/Die Grünen, Behörden genauso wie "Hilfsorganisationen" und SozialarbeiterInnen, die sich z.B. bereit erklärt haben - aufgrund vertraglicher o.ä. Abmachungen Kinder von Müttern oder/und Vätern, die sich derweil in Abschiebehaft befinden, zu betreuen. (Die in der Kürze angelegte Plattheit sei mir hier verziehen, das Redaktionskollektiv wollte aber die eingeforderten 20 Seiten nicht genehmigen.)

Was ist also in der im Leserbrief kritisierten *Was bisher geschah*-Meldung der Skandal bzw. der Skandal in Anführungszeichen? Der Rassismus als Strukturelement der hiesigen Gesellschaftsformation; die massenhaften Abschiebungen; die Tatsache, daß sich kaum jemand dafür interessiert, wenn nicht z.B. "Einzelschicksale" zum "'Skandal'" (!) aufbereitet werden; der Fakt, daß die Mitwirkenden im berichteten "Fall" nicht gegen sondern *für* die Abschiebung von Mutter und Kinder waren; "'Willi Leow'" oder gar der Leserbrief?

Natürlich bin auch gegen die Trennung von Mutter und Kinder - dies ist in vergangenen kassiber-Ausgaben nachzulesen, denn das war nicht das erste Mal, daß in *Was bisher geschah* über diese Praxis der hiesigen Behörden berichtet wurde - und die Zwangsunterbringung der Kinder in wechselnden Institutionen. Ich vermag allerdings nicht einzusehen, warum dies für das Kind wesentlich 'schlimmer', denn seelische Folter, als für die Mutter sein soll: nicht nur die zahlreichen Suizide in Abschiebehaft sprechen klar dagegen - auch zum Thema "Abschiebehaftbedingungen" gibt es zahlreiche Veröffentlichungen, die meiner Meinung nach dagegen sprechen. Fast genausowenig leuchtet mir die *"patriarchale[], einfach menschenfeindliche[] Grundlage"* ein, was aber daran liegen mag, daß ich es mit dem "Menscheln" im allgemeinen nicht so habe.

Kritisiert bzw. wie es der Leserbrief nahelegt: denunziert wurde nicht 'der' Feminismus pauschal, sondern Wortmeldungen bzw. eine Praxis von sich größtenteils - soweit dies in der Presse o.ä. verlautbart wurde - feministisch gerierenden Abgeordneten, Sozialarbeiterinnen u.a., denen es aber eben *nicht gegen* die Abschiebung von Margret A. und ihrem Kind ging, sondern die diese Abschiebung (indirekt) unterstützen und - unfreundlich formuliert - eben nur wollen, daß Mutter und Kind, wenn schon, dann *gemeinsam* in der Abschiebehaft sitzen und gemeinsam *abgeschoben* werden. (Und ich bin schon der Meinung, daß selbst ein Mann das kritisieren darf.) Wer hingegen „schlechte Knastbedingungen oder Folterungen während der Abschiebehaft" im konkreten „Fall" kritisiert, ist zumeist zumindest nicht mit der *jeweiligen* Abschiebungen einverstanden. Zugespitzt taucht die Frage auf: Was ist die Trennung von Mutter und Kind in der Abschiebehaft gegen die dann anschließende Abschiebung in Verfolgung, Folter oder Tod?

So ging es in der Bürgerschaftsdebatte am 10. Juli über den Tagesordnungspunkt „Mütter in Abschiebehaft" ausweislich des Protokolls Bündnis 90/Die Grünen und ihrer Rednerin, der Abgeordneten Spieker, nicht darum *„eine Debatte um die Berechtigung von Abschiebung oder um die Sinnhaftigkeit von Abschiebehaft (zu) führen, sondern (um) eine Debatte ..., die vom Wohl des Kindes ausgeht. Das ist mir hier noch einmal ganz wichtig zu sagen, denn ich spreche hier als Jugendpolitikerin und nicht als Fachfrau für Ausländerpolitik."* Und: *„Wenn man versucht zu sagen, die müssen ausreisen, und wir müssen sicher sein, daß das Verfahren läuf,t kann man sich zum Beispiel in der Ausländerbehörde auch überlegen, daß es eine enge Meldepflicht gibt, daß zum Beispiel diese Personen sich öfter in der Woche melden müssen, so daß man in dem Sinne eine Kontrolle darüber hat, aber es muß nicht zu diesen unnötigen Härten kommen, die dann zu Lasten der Kinder gehen."* Daß es zu *nötigen* wie auch zu unnötigen Härten in puncto Abschiebung kommen muß, diese Ansicht und Politik haben die Grünen in vier Jahren Ampelkoalition mitvertreten. Dennoch: mich überzeugt haben sie nicht.

Wie gesagt: Mit keinem Wort sprachen sich Bündnis 90/Die Grünen, obwohl von vornherein klar war, daß der Antrag abgelehnt werden würde, hier gegen die Abschiebung von Frau A. und ihrem Kind bzw. anderen Frauen, Kindern und Männern aus. Auch Frau Wulff, die zu den wenigen einigermaßen fortschrittlichen SPD-Bürgerschaftsabgeordneten gehört, will abschieben und findet, daß es *„dem Senat gut an(stände), wenn er in dieser Frage das Angebot der Wohlfahrtverbände annehmen würde, eine alternative Unterbringungsmöglichkeit zur Verfügung zu stellen"*. Im übrigen hofft sie, daß der Umzug auch des Polizeigewahrsams zur Kaserne in der Vahr bald stattfindet: *„Dann wäre es sicherlich auch gleich gut zu berücksichtigen, daß dann auch Männer und Frauen getrennt untergebracht werden können, so daß es dann vielleicht auch möglich ist, ein Kind zu der Mutter zu bringen."* (Und zwar im polizeilichen Abschiebegewahrsam!) Auf die Debattenbeiträge der Abgeordneten Marken (AFB) und Motschmann (CDU) sowie Innensenators Borttschellers soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Aus den o.g. Gründen erscheint eine Kritik, die sich nur auf das vermeintlich Wohl des abzuschiebenden Kindes bezieht, deutlich zu kurz gegriffen. Ich würde eher sagen, daß wer von (tagtäglichen) Abschiebungen zumindest schweigt bzw. an ihnen (indirekt) mitwirkt, auch hier das Maul halten könnte.

Ähnlich verhält es sich mit Elisabeth Motschmann. Wer von diesen Aktivitäten, die zumindest für die Vergangenheit bewiesen sind, nichts wissen will, sollte sie zumindest nicht als „bürgerliche Rechte" bzw. „katholisch-erzkonservativ" entschuldigen - schließlich sind wir hier nicht bei der taz Bremen, wo Frau Motschmann gern „Frau Pastor" oder die „Pfarrersgattin" genannt wird. Die studierte Theologin und Pädagogin, die ihren Religionslehrerinnen-Job „der Familie und den drei Kinder zuliebe" aufgegeben hat, und im Bürgerschafts-Handbuch „Journalistin" als Beruf angibt, ist erstens evangelisch, wie ihr Herr Gemahl. (Der Pastor der Bremer St.-Martini Gemeinde ist ein übles rechtsradikales Subjekt und wird zumindest in der Leserbriefspalten von Weser-Kurier und Bremer Kirchenzeitung unwidersprochen als „rassistisch", „sexistisch", „rechtsaußen", zum „äußersten rechten Rand" gehörend und dergleichen mehr beschrieben.)

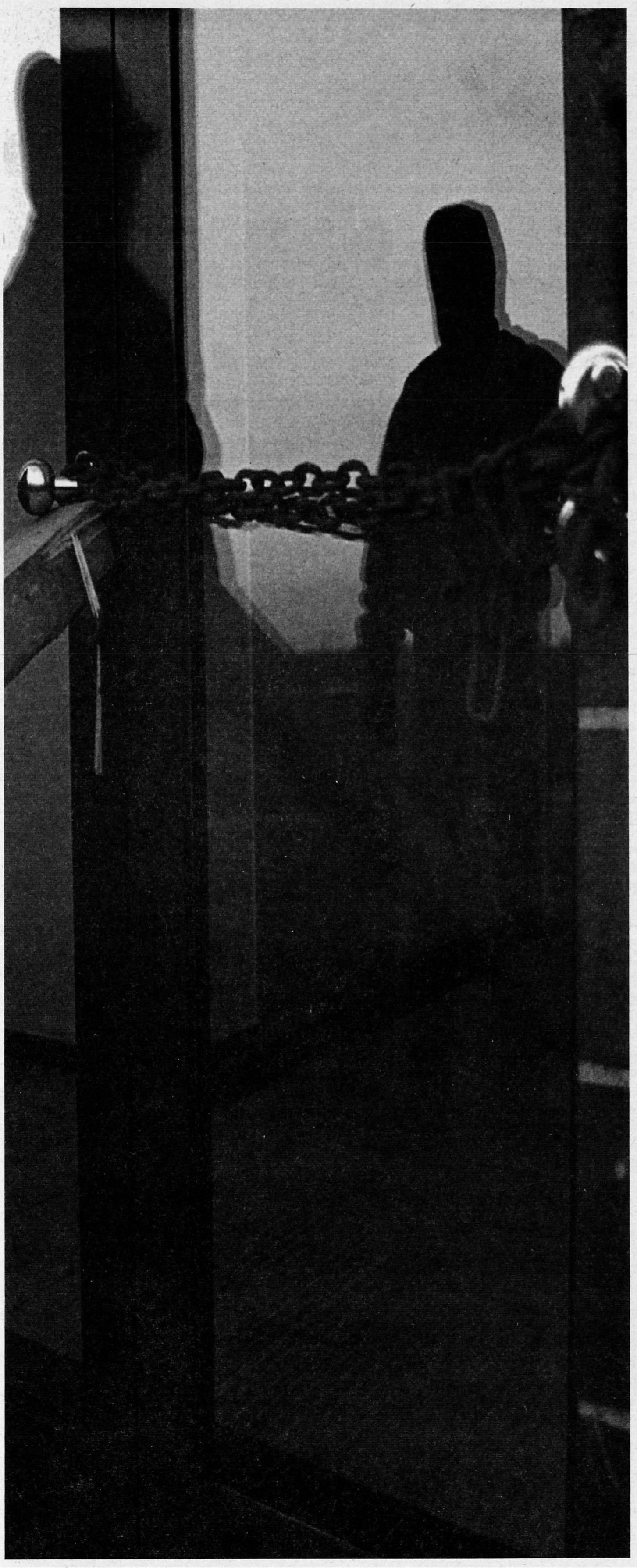
Zweitens ist die stellvertretende Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU sowie frauen- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion und Sprecherin der Kulturdeputation nicht nur verbal-radikale Abtreibungsgegnerin, „Lebensschützerin" sowie Kummerkasten-Tante bzw. „Lebensberaterin" in der Springer-Zeitung „Funk Uhr", sondern kämpfte auch mit der „Konservativen Aktion", als sie schon längst Mitglied der CDU war, für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, gegen die „Überflutung Deutschlands durch Ausländer" sowie mit „allen anständigen Deutschen auf der Seite der Polizei gegen den roten Straßenpöbel". In dieser doch wohl kaum „erzkonservativen" Organisation brachte sie es immerhin zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden (1982/83); 1987 veröffentlichte sie in der zur sog. Neuen Rechten gehörenden Zeitung „Mut". Daß sie ihre Meinungen in den letzten Jahren wesentlich geändert hat, ist durch nichts deutlich geworden.

Wer behauptet, daß der Autor in *Was bisher geschah nicht* zwischen bürgerlichen Rechten und Nazis unterschieden kann, muß sich zur Strafe die entsprechenden Rubriken der letzten etwa 25 Ausgaben durchlesen - und darf dabei zugleich überprüfen, daß rechte und bürgerliche Frauen dort nicht „als Frauen" angegriffen und nicht nicht ernstgenommen werden. Die Titulierung Elisabeth Motschmanns als „Nazisse" bildet da eine Ausnahme. Zwar sollte „Nazisse" nicht die weibliche Form von „Nazi", hier halte ich es in den seltenen Fällen aus politischen Überlegungen doch eher mit der „Faschistin", sondern vielmehr eine Art Mittelding zwischen bürgerlicher Rechter und Faschistin sein, doch ist diese Bezeichnung natürlich schon, da keine männliche Entsprechung existiert, sexistisch. Dahingehend gelobe ich Besserung.

Willi Leow

Schwerpunkt Unistreik

Mit einfallsreichen Ideen, wie Blut spenden, Schuhe putzen, in der Weser baden gehen usw., beeindruckten die Bremer Studierenden im vergangenen Dezember die kritische Öffentlichkeit und hofierten bei den PolitikerInnen. Was die an deren Aktionen gut fanden, jedoch darin keinen Grund für eine Änderung ihrer bildungspolitischen Linie sehen, warum die Protestbewegung mehr im Interesse der tatsächlichen MachthaberInnen funktioniert, und wie kritische StudentInnen den Streik sehen, ist auf den folgenden Seiten zu lesen.



Eine Bewegung in der Falle ihrer neuen Freunde?

Als Studierende die Frankfurter Börse besetzen wollten, wurden sie freundlich hereingebeten, mit heißem Kirschsaft bewirtet, mit 26 Computern sowie zehn weiteren Praktikumsplätzen beschenkt und mit Ratschlägen eingedeckt: Examen nach sechs Semestern, Graduiertenstudium vielleicht nach einer Zeit der Bewährung im Beruf, Konkurrenz zwischen den Unis um die Student(inn)en und wohl auch zwischen den Abiturient(inn)en um die begehrteren Studienorte. So berichtete die "Frankfurter Rundschau". Die räumlich benachbarte "Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland", die Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und der Rektorenkonferenz sowie der Bundeskanzler bekundeten Verständnis für die Aktionen der Studierenden.

Da nach einer einflußreichen sozialwissenschaftlichen Lehre Politik als Marktverhalten interpretiert werden kann, in dem es auf Stimmen-Maximierung ankommt, und da andererseits auch Gewerbeunternehmen - nämlich große Zeitungen - an der Würdigung des Protests beteiligt sind, lohnt es sich, den Vorgang auch unter diesem Aspekt zu betrachten. Dabei lernt man nicht unbedingt, wie die Welt wirklich ist, aber wie sie angeschaut wird und welche Konsequenzen aus dieser Wahrnehmung gezogen werden.

1,8 Millionen Studierende sind ein interessantes Marktsegment, das sich - im Unterschied zur Landwirtschaft - überdies rasch erneuert. Die Absolvent(inn)en bleiben auch nach dem Examen als Kundinnen und Kunden erhalten. Die zahlreichen Anzeigenzeitungen, die zu Beginn jedes Semesters in den Universitäten verteilt werden und ausschließlich auf ein jungakademisches Publikum zielen, entstehen aus diesem Kalkül. Aus dem gleichen Grund machen die drei großen Wochenzeitschriften im April und Oktober gern mit Hochschul-Themen Aufschlag.

Studierende waren nicht nur von jeher mobilisierungsfähig (wodurch sie sich zumindest gegenwärtig von Sozialhilfeempfängern unterscheiden), sondern die Intelligenz, zu der sie gehören, ist heute - anders als früher - eine Massenschicht. Im Umgang mit ihr lohnt sich eine spezielle, auf sie abgestimmte Politik. Diese ist zugleich notwendig, da 1968 zumindest gezeigt zu haben schien, daß Akademiker sich aus ihrer historischen Anhänglichkeit an die Machteliten zu lösen vermögen. Das ist schlecht für Staat und Kapital. Schon vorher, 1942, hatte Schumpeter darauf hingewiesen, Kopfarbeiter würden gefährlich, wenn sie sich vor allem als kritische Intellektuelle benehmen. Dieselbe Befürchtung äußerte 1975 ein Bericht an die Trilaterale Kommission.

Intelligenzpolitik wird deshalb immer wieder auch darin bestehen, eine Bindung dieses Potentials an die politischen und ökonomischen Eliten entweder zu erhalten oder wiederherzustellen. Hier sind antagonistische Kooperationen möglich, bei denen selbst Protestbewegungen mehr im Interesse der tatsächlichen Machthaber funktionieren, als dies auf den ersten Blick sichtbar wird.

Unter diesem Aspekt wäre eine Erinnerung an die Dialektik der Studentenbewegung von 1967/68 ratsam. Zu ihren Ergebnissen gehörte immerhin auch die Durchsetzung einer durchaus kapital-dienlichen Hochschulreform, welche die staatlichen Administrationen ohne diese Unterstützung kaum gegen die Ordinarien hätten verwirklichen können.

Ideologisch hatte sich das allerdings etwas anders dargestellt. Für das Verhältnis von roter Fahne und objektiven Ergebnissen des Protests gilt alles, was bereits der sehr junge Marx über die Beziehung von Idee und Interesse notiert hat. Auf der anderen Seite war es ebenso: Während das politische Establishment aufatmend die Chancen nutzte, welche sich durch die Erschütterung der Ordinarienherrschaft boten, wurde da und dort einmal das Verbot des SDS gefordert, und Tote gab es ja auch.

Unistreik: Fallturmblockade am 16.12.97

Dann kam 1973

Das konfliktgeladene produktive Wechselspiel zweier ungleicher Partner wurde auch noch einige Zeit fortgesetzt, nachdem die gewerkschaftlich orientierte Studentenbewegung an die Stelle der antiautoritären getreten war. Selbst die Berufsverbote ab 1971 taten der - nennen wir es mal so: - Freundschaft kaum Abbruch.

Dieses Datum erweist sich im nachhinein als das Schlüsseljahr der gesellschaftlichen Entwicklung nicht nur in der Bundesrepublik. Es war die allerletzte Zeit jener Vollbeschäftigung, die später als "Überbeschäftigung" gelten sollte. Die Lohnzuwächse waren noch einmal hoch, auch unter dem Druck reger Streiktätigkeit. Gleichzeitig, fast ruckartig, wurden Gegensteuerungen bemerkbar. Am wichtigsten war die Aufkündigung des Wechselkurs-Regimes von Bretton Woods. Die Bundesbank triumphierte: nunmehr, nach der Ausschaltung von Außenstörungen, könne sie sich dem Hauptziel der Bekämpfung der Inflation, die in diesem Jahr tatsächlich einen Höhepunkt erreicht hatte, widmen. Das war zu früh gefreut, denn im Herbst zeichnete sich ab, daß ein neues internationales Großereignis auf den Binnenmarkt einwirken werde: die Ölkrise. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung deklamierte: "Gleicher Rang für den Geldwert". In der Praxis sollte das heißen: wenn die Rohstoffe teurer werden, müssen die Löhne sinken. Die Öffentlichen Hände stellten sich auf den Stop der Expansion ein.

Am 31. Mai desselben Jahres verbot das Bundesverfassungsgericht die Drittelparität in den Hochschulgremien bei Entscheidungen über Berufungen und Fragen der Forschungsorganisation.

Die gesamte Bildungspolitik der beiden nachfolgenden Dezennien bestand - etwas verallgemeinert ausgedrückt - im Nachvollzug der 1973 getroffenen Entscheidungen, auf diesem Feld am deutlichsten sichtbar in der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes 1975 (es ist 1976 in Kraft getreten), in seinen späteren Novellierungen, in den daran orientierten Veränderungen der Landeshochschulgesetze sowie in der Stagnation und schließlichen Rückführung der Wissenschaftsetats.

Es gab in den Folgejahrzehnten immer wieder Hochschulstreiks - zum Beispiel 1977, 1988, 1993, 1996 - von beträchtlicher Breite. Sie fanden in den Medien kaum Resonanz. Tatsächlich handelte es sich nur noch um die Verteidigung der Reformen von gestern. Der Gleichklang mit den Interessen der politischen und ökonomischen Eliten bestand nicht mehr. Die Kooperation mit den Gewerkschaften war zwar von einigen Studentenverbänden gewünscht, doch ihre Bitte um Kooperation stieß de facto auf Ablehnung.

Im Ergebnis dieser Mißerfolge regredierte die Studierendenbewegung seit ca. 1980 zur Selbstverwaltung im schlechten Sinn - mit den Finanztöpfen des jeweiligen AStA als Lebensmittelpunkt.

Ihr nunmehriges Erwachen findet zeitgleich mit der Forcierung eines neuen Projektes vor allem durch die medialen und ökonomischen Eliten statt. Es geht um die Umwandlung der Hochschulen nach betriebswirtschaftlichem Modell zum Zweck der Behauptung im sogenannten globalen Standortwettbewerb.

Gegner eines solchen Vorhabens sind nicht in erster Linie die Professoren. Da es sich ihnen in Form von Drittmittelforschung eher reizvoll präsentiert, haben sie wenig dagegen und gehören zum Protestpotential deshalb auch nur dort, wo über die finanzielle Austrocknung der Hochschulen zu klagen ist.

Das ehemalige Feindbild des Ordinarius ist durch das der Kultusbürokratie und überhaupt einer zu wenig dynamischen politischen Klasse ersetzt. Das "Focus"-Uni-Ranking 199~ und Herzogs zweite Ruck-Rede zählen hier zu den wichtigsten ideologiepolitischen Quellen.

Überraschenderweise werden die Studierenden dabei als potentielle Verbündete wahrgenommen. Die Aufforderungen, welche zu Streikbeginn in sie hineingerufen wurden, stießen keineswegs ausschließlich auf taube Ohren. In Vollversammlungen war schon mal zu hören, man wolle ja zügig und durchaus auch karriereorientiert studieren, aber die dürftige Ausstattung der Hochschulen hindere solches Vorankommen und sei auch schlecht für den Standort Deutschland. Dies war kompatibel mit dem, was ein Kommentar in Wickerts "Tagesthemen" verlauten ließ.

Kein breites und komfortables Integrationsangebot

Im Fortgang des Streiks hat sich das da und dort wohl wieder gelegt. Das egalitäre Motiv wurde in den Vollversammlungen lauter, vielleicht auch deshalb, weil diejenigen Studierenden, denen es zunächst um eine nur eher ständische Interessenvertretung ging, teils wegblieben, teils sich relativ rasch nach links politisierten. Der Anteil an Erstsemestern lag durchgehend hoch, und wohl auch deshalb gingen Lemprozesse schnell. Die Säle wurden zunächst nicht leerer.

Es bleibt aber, daß die Vorgabe von rechts oben: Hochschulen als Kombination aus Berufsakademie für viele und Graduiertenkolleg für wenige, zur Zeit das einzige durchgearbeitete Modell bietet, so daß es leicht als alternativlos erscheint. So lange das so bleibt, hat es seinen bauernfängerischen Appeal.

Wichtiger als eilige " Gegenmodelle " ist vielleicht die Festigung und Begründung von egalitären Impulsen, die im Lauf der Streikbewegung doch spürbar wurden. Einige Formeln, die noch aus den verlorenen Kämpfen um die Reformen von einst herüberwehten - z. B.: " Geld ist genug da " -, hatten hier immerhin eine Art Initialfunktion. Es läßt sich schnell begreifen, daß die Mehrzahl der Studierenden bei der Verwirklichung des wissenschaftspolitischen Betriebswirtschafts-plus-Elite-Modells keine Chance hätte. Dieses gehört nämlich zu dem gesellschaftlichen Großversuch "Ungleichheit als Projekt". Hierfür zu kämpfen lohnt sich für die meisten Student(inn)en wirklich nicht. Der Konsum der Medien, welche streikführend zu agieren sich bemühten, kann durchaus lehrreich sein. Ein älterer "Spiegel" - aber noch von 1997 - nannte die Jahrgänge, deren studentischer Teil jetzt protestiert, die "unerwünschte Generation". Sie sind als Kund(inn)en willkommen, auf dem Arbeitsmarkt aber schwer unterzubringen.

Dies erst ist der wahre Unterschied zur Revolte der Damen und Herren Eltern. Ihnen wurde damals ja tatsächlich ein sehr breites und komfortables Integrationsangebot gemacht, das heute nur noch für eine Minderheit gilt. Deshalb schlägt die ideologiepolitische Spekulation auf ein Bündnis zwischen den Studierenden und den machtpolitischen Eliten vielleicht doch fehl. Es könnte nämlich sein, daß die angeblich auf Null nivellierten Gesamtschulen und Gymnasien ihre Absolvent(inn)en doch nicht so unbedarft entlassen haben, wie sie sein müßten, wenn sie sich durch ein letztlich recht plumpes Manöver für dumm verkaufen ließen.

Georg Fülberth

Georg Fülberth ist Hochschullehrer an der Universität Marburg

(aus: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/97)

"Wir leben nur von unserem Wissen und Können"

Anmerkungen zu den StudentInnenunruhen 1997

Seit sich Anfang November eine breite nationale akademische Bewegung formierte, sind viele Artikel erschienen über das seltsame Phänomen LUCKY STREIK, den sozialen Protest, der sich nach einer Zigarettenmarke benennt. Einer der Allgemeinplätze, die in jedem Artikel über die StudentInnenbewegung auftauchten, ist, daß sich diese Bewegung grundlegend von allen früheren StudentInnenprotesten unterscheidet.

In goldene Worte gefaßt hat diesen Umstand der direkte Adressat der Proteste, Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers. Er sah die Proteste als berechtigt an, da die StudentInnen *"nicht die Weltrevolution fordern, sondern lediglich bessere Studienbedingungen"*. Dieser angenehme Realismus hat viele liberale FeuilletonschreiberInnen zu ironischen Spitzen gegen die StudentInnen veranlaßt, die sich durch kostenloses Autoputzen, Bockspringen durch die Innenstadt oder gar Marathon- und Fackelläufe Gehör zu verschaffen versuchten.

Doch Herr Rüttgers ist als eloquenter Vertreter der deutschen Bourgeoisie und ihres zeitgemäßen Bildungs- und Gesellschaftskonzeptes weitaus klüger, als manch eine denkt. Hinter seiner Aussage steckt der Gedanke, daß diese StudentInnenbewegung ehrlicher ist als frühere, weil sie offen zugibt, auf welchem sozialen Boden sie steht und nicht vorgibt, für die allgemeine gesellschaftliche Befreiung zu kämpfen und gar die Produktionsverhältnisse umwälzen zu wollen.

Mit der Selbsttäuschung ist es jetzt vorbei. Die Massen der Streikenden, die im November und Dezember 1997 auf die Straßen der Republik strömten, machten deutlich, daß sie nicht die Weltrevolution wollen können. Viele von ihnen vollzogen sogar die Denkbewegung vom abstrakt-allgemeinen zum sinnlich-konkreten: *"Wir streiken nicht für Asylbewerber!"* hieß es programmatisch auf einer Marburger Vollversammlung.

Diese Wende in der ideologischen Ausdrucksform der StudentInnenbewegung überraschte wohl viele. Rüttgers quittierte sie - und mit ihm viele Herrschende aus Wirtschaft und Politik - mit einer offenen Sympathiebekundung (die dann von den StudentInnen als Zusage verstan-

den wurde, den Mißständen abzuhelfen - so daß einige von ihnen sauer waren, als sich herausstellte, daß dem nicht so war). Der offensive Realismus der StudentInnen von heute stellt die Effektivität der Bewegung in den Vordergrund, zu deren Behufe ein eiserner Konsens in puncto Forderungen, Auftreten und Koordinierung der Bewegung erzeugt werden sollte. Eine panische Angst machte sich unter den AktivistInnen breit, daß jegliches Abweichen von diesem Konsens das Fehlschlagen der Proteste und damit schließlich das Scheitern der je eigenen Lebensperspektive zur Folge haben würde.

Der internationale Block und der nationale Konsens

Das beste Beispiel hierfür sind die Aktivitäten der ausländischen und linken StudentInnen, die sich in der Formierung einer Kampagne ausdrückten, die sich Internationaler Block nennt. Zu Beginn der bundesweiten Streikaktionen wurde am 4. November an der Universität Bremen eine Resolution verabschiedet, in der die Abschaffung aller AusländerInnengesetze gefordert wurde. Auch wenn diese zentrale Forderung immer wieder von einigen "Aktiven" ausgelassen wurde, sobald es um die Selbstdarstellung der Streiks ging, haben die Aktivitäten ausländischer uns antirassistischer Studierender einen wichtigen und an der Uni selbst unüberhörbaren Teil der Kämpfe ausgemacht. Auch in Marburg bildete sich eine Gruppe ausländischer Studierender, die im Rahmen des Streiks auf ihre Situation hinwies. Zusammen mit solidarischen antifaschistischen und feministischen StudentInnen organisierten sie für eine Großdemonstration in Marburg einen internationalen, linksantipatriarchalen Block. Daraus entwickelte sich die Idee, auch auf der bundesweiten Demonstration in Bonn am 4. Dezember einen solchen Block zu formieren. Ziel des Blockes war es, offensiv die Forderungen nach Abschaffung der AusländerInnengesetze und finanzieller Unterstützung für alle, egal welcher Herkunft, zu vertreten (BAföG steht nur StudentInnen mit deutschem Paß zu - und von denen bekommen es nur noch 15 Prozent). Wir hielten diese grundlegenden Forderungen für einen unverzichtbaren Bestandteil der StudentInnenproteste und wollten die DemonstrantInnen sowie die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen.

Nach Absprachen mit der zentralen Demoleitung setzten wir uns an die Spitze des Demonstrationszuges und erreichten es mit Megaphondurchsagen, daß sich spontan mehrere hundert ausländische und antifaschistische Studierende zusammenfanden, um zu zeigen, daß eine Einheit der StudentInnenbewegung nur dann möglich ist, wenn auch die Forderungen der am meisten Unterdrückten artikuliert werden können. Die Demoleitung jedoch reagierte plötzlich gereizt: Sie handelte mit der Presse aus, nicht eher zu fotografieren, bis geeignete Titelbilder gemacht werden konnten, und kümmerte sich darum, den Block aufzulösen, indem StudentInnen an der Teilnahme gehindert wurden, mehrfach durch OrdnerInnen Gewalt angewandt wurde und schließlich 200 willige HelferInnen angeworben wurden, die sich mit einem medienwirksamen Transparent vor den Block setzen sollten. Als der Demozug losging, wurde dem Troß hinter dem internationalen Block befohlen, mindestens 50 Meter Abstand zu den *"Kanaken und Chaoten"* zu halten. Die Demoleitung benutzte die offensichtliche Falschmeldung, daß vorne *"Steine geschmissen"* würden, dazu, um dem Block die Polizei auf den Hals zu hetzen, die den Lautsprecherwagen entwenden sollte. Einen Block, der überwiegend aus Leuten ohne deutschen Paß besteht, zu isolieren und die Polizei zu bitten, gegen diesen Block einzuschreiten, heißt nichts anderes, als gezielt die Mißhandlung von AusländerInnen zu provozieren. Als die Provokation mißlang, wurde dann der Block von mehreren Zehnergruppen von StudentInnen infiltriert, die mit ihren Sprechchören wie *"Bildung! Bildung!!!"* oder *"Schnauze!"* die Slogans aus dem Block zu übertonen versuchten.

Unistreik: StudentInnen streiken für Bildung

Die Anwendung von Gewalt gegen ausländische MitstudentInnen, ob unmittelbar durch studentische OrdnerInnen oder mittelbar durch die Polizei, ist nur der deutlichste Ausdruck der Grundhaltung der Masse der StudentInnen in politischen Fragen.

Das Vorhandensein dieser Grundhaltung ist mittlerweile wohl unbestreitbar, zumal ihre VertreterInnen auch bereit sind, sie vehement zu verteidigen, wenn sie darauf angesprochen werden. Es ist der Initiative verschiedenster Hochschulgruppen ausländischer und linker Studierender in verschiedenen Anstalten nicht gelungen, diese Grundhaltung zu durchbrechen und die grundsätzlichen Forderungen nach Abschaffung der AusländerInnengesetze, finanzieller Unterstützung für alle, egal welcher Herkunft, sowie einem Ende der sexistischen Diskriminierung in Hochschule und Gesellschaft durchzusetzen. Sie wurden bisher nicht in dieser Form in den ominösen Bundesweiten Maßnahmen- und Forderungskatalog aufgenommen, und an den wenigen Universitäten, an denen sie auf Vollversammlungen verabschiedet wurden, blieb dies allzu oft folgenlos. Nicht einmal die rein studentische Forderung nach einem politischen Mandat für die Studierendenvertretungen, ohne das eine Meinungsäußerung zu politischen Themen bei Geldstrafe untersagt ist, fand so recht Anklang bei den Streikwütigen, die ja sowieso "gegen Funktionäre" sind und daher die ASten ebensowenig brauchen wie Menschen, die ihnen zeigen, wo Kurdistan auf der Landkarte liegt.

Wenn eine StudentInnenbewegung teils aus Unwissen, teils aus Überzeugung die Angriffe auf die Meinungsfreiheit studentischer Interessenvertretungen ignoriert und ratifiziert, so bedeutet dies, daß sie nicht einmal am abstrakten Recht interessiert ist, politische Äußerungen überhaupt machen zu dürfen. Vor diesem Hintergrund darf es umso weniger verwundern, daß im konkreten die politische Artikulation der ausländischen und linken StudentInnen nicht nur übergangen, sondern mit offensiven Mitteln bekämpft wird. Die Arbeit der antirassistischen und antisexistischen StudentInnengruppen bestand fast ausschließlich darin, die erwähnten Forderungen in die Bewegung "hineinzutragen". Es ist ohne Zweifel richtig, anzumerken, daß diese Arbeit noch beharrlicher und besser koordiniert hätte geschehen sollen. Doch zeichnete sich das definitive Scheitern dieser Versuche mitsamt seinen objektiven Grundlagen ab einem bestimmten Punkt deutlich ab. Denn solche Versuche widersprechen den materiellen Interessen eines Großteils der StudentInnen. An diesem Punkt wäre ein deutlicher Bruch und eine systematische Reflexion über die Lage und das Bestimmen einer neuen Arbeitsweise nötig gewesen.

Ein deutlicher Bruch vollzog sich in der Praxis, als nach vielen Wochen der Proteste mehrere hundert TeilnehmerInnen der zweiten Großdemo in Bonn am 18. Dezember in die Bannmeile eindrangen. Vom Rest der Demo getrennt, wurden sie von berittener Polizei niedergeknüppelt. Es erfolgte keinerlei Solidarisierung der Demo-

leitung mit den Verletzten. Vielmehr exklamierte ein Sprecher eiligst: *"Wer in die Bannmeile eindringt, gehört nicht zu uns!"* Den Mut, StudentInnen die Köpfe einzuschlagen, ohne weitere Proteste zu erregen, schöpfte die Einsatzleitung der Polizei aus dem Verhalten der Demoleitung. Vor weniger als einem Jahr hatten die BergarbeiterInnen weithin Applaus für ein und dieselbe Aktion geerntet. Von den StudentInnen werden diejenigen KomilitonInnen, die zur gleichen Protestform greifen, zu gemeinen *"Krawallmachern"* und *"Störern"* degradiert werden. Die Feigheit und Servilität des Verhaltens der WortführerInnen der StudentInnenbewegung läßt sich am besten natürlich, wo auch sonst, im Internet nachprüfen. Dort schreibt das zuständige Pressebüro WiSo-Köln: *"Informationen bezüglich der Ereignisse in der Bannmeile entnehmen Sie bitte der Pressekonferenz der Polizei."*

Die BündnispartnerInnen und deren Standort

Der Arbeitgeberpräsident Hundt, dessen Vorgänger von einer aus der StudentInnenbewegung hervorgegangenen Gruppe exekutiert worden war, schickte eine Solidaritätsadresse. Die Frankfurter Börse machte im Rahmen der neoliberalen Öffnung deutlich, daß Sponsoring öffentlicher Einrichtungen nicht nur Staatsaufgabe ist und schenkte den streikenden FrankfurterInnen 25 Computer. Der Immobilienmakler Peter Sommer aus Berlin wünschte in einem Solidaritätsfax den Studierendenvertretungen *"allen nur denkbaren Erfolg"* bei ihrem *"ehrenwerten Versuch, die Bundesrepublik Deutschland aus ihrem bildungspolitischen Schlaf zu wecken"*. Da die Hochschulen die *"geistigen Visitenkarten eines Landes"* seien, kann Herr Sommer nur hoffen, daß *"die vereinigte deutsche Studierendenschaft"* doch über *"genügend schöpferische Phantasie"* verfüge, um endlich *"Taten sprechen"* zu lassen.

Eine Betrachtung der Aktionsformen, der Forderungen und Äußerungen der Streikenden zeigt, daß es ihnen genau um diese BündnispartnerInnen geht. Auch wenn die eigentlichen Forderungen ersteinmal "unpolitisch" in dem Sinne sind, daß sie einen außerakademischen Rahmen bewußt vermeiden, so steckt doch gerade in dieser Selbstdefinition der StudentInnenbewegung eine klare politische Aussage, mit der sich die TeilnehmerInnen letztendlich identifizieren, ob bewußt oder nicht. Am prägnantesten ist diese Aussage in einem Schreiben der Giessener StudentInnen ausgedrückt, die ja das Banner der Bewegung, LUCKY STREIK, in Anlehnung an eine Zigarettenreklame entworfen hatten. Sie fordern alle Unis dazu auf, sich mit ihrem Streik zu *"solidarisieren"*. Dann folgt der Nachsatz *"Unser Motto: Deutschland ist kein Agrarland. Wir haben keine Bodenschätze. Wir haben keine billigen Arbeitskräfte. Wir leben von unserem Wissen und Können."*

Erst einmal stellt sich die Frage, ob z.B. Brasilien, weil es Agrarland ist, über Bodenschätze verfügt und billige Arbeitskräfte zu Hauf hat, nur aus der Gnade der imperialistischen Nationen heraus noch lebt und sowieso keine Bildung braucht. Dann erschreckt das widerstandslose Nachbeten der chauvinistischen Standortlogik. *"Bildungsnot ist Deutschlands Tod"* war ein anderer Slogan auf der Demonstration in Düsseldorf, und Leute, die andere Forderungen als die opportunen stellten, bekamen *"Anpassen oder Maul halten"* zu hören. Spätestens hier stellt sich heraus, daß die Tonangebenden bei den Protesten nicht etwa aus reinem Egoismus handeln und nur ihre eigenen Studienbedingungen verbessert wissen wollen, sondern daß sie sich durchaus unter das nationale Kollektiv unterordnen und sehr genau wissen, daß ihre persönliche Karriere nur dann einen Sinn macht, wenn sie der Konsolidierung der Vormachtsstellung Deutschlands in der Welt dienlich ist.

Die Studibewegung ist ein Reflex der Gesellschaft, die sie hervorgebracht hat: Der Anschluß an den Standort hat den Ausschluß von Flüchtlingen/MigrantInnen und Frauen zur Voraussetzung. Dementsprechend ist auch die Form, in der sie für ihre Ansprüche kämpft, nach oben zu buckeln und nach unten zu treten. So produziert das bloße Streben, die je eigenen Studienbedingungen und Karrierechancen zu verbessern, solange die Voraussetzung akzeptiert wird, daß dies im Rahmen des von der herrschenden Klasse vorgezeichneten großmachts-chauvinistischen Kurses zu geschehen hat, eine Situation, in der ganz normale Studis - langhaarig, unpolitisch, streikmotiviert - sich verhalten wie ausgebildete KaderInnen rechtsextremer Organisationen, indem sie systematisch die Zerstörung der politischen Äußerung ausländischer und linker StudentInnen betreiben, und dies unter Inkaufnahme von Gewalt, die sonst den Studierenden, die immer lustig wirken wollen, ja so verhaßt ist.

Der schon oben beschriebene Drang, zur Supermacht Deutschland dazuzugehören, äußert sich in den Worten einer Rednerin auf der Marburger Demonstration, die anmahnte, heute sei Deutschland noch eines der wirtschaftlich mächtigsten Länder der Welt, aber bei dieser Bildungspolitik stehe in Frage, wie lange noch ... Instinktiv zumindest wissen die StudentInnen darum, daß die Vormachtstellung des eigenen Imperialismus in der Welt notwendige Bedingung dafür ist, den eigenen Standort im Standort Deutschland zu sichern. Empörung macht sich in unserer Überflußgesellschaft breit, wenn die Folgen jahrzehntelanger Politik den Umstand ans Tageslicht zerren, daß eine riesige akademische Reservearmee existiert, die unter den Bedingungen des gegenwärtigen neoliberalen Kurses abgebaut oder deren gesellschaftliche Funktion zumindest radikal umgestaltet werden muß. Daher der hilflose Appell an die Vernunft der herrschenden Klasse, doch mehr Kapital in Bildung zu investieren, weil es doch in dieser Reproduktionssphäre die Zukunft des Landes viel besser zu sichern vermöge als in so abwegigen Projekten wie dem Eurofighter. Gegen den sind die StudentInnen nicht etwa, weil er in Kurdistan oder über Afrika Bomben abwerfen wird, sondern einzig deshalb, weil sie meinen, er nähme ihnen Seminarleiter und Bücher weg. Ökonomisch gesehen ist das Unsinn (und der zeugt wiederum davon, daß der Bildungsstandard tatsächlich nicht sehr hoch ist) - das System braucht viel weniger unproduktive Arbeit als zur Zeit vorhanden. Daher verhallen die Appelle der StudentInnen auch ungehört. Die Umstrukturierung der Hochschulen ist unterwegs und sie wird durch die gegenwärtigen Proteste eher beschleunigt als aufgehalten. Die politische Ausrichtung der StudentInnenbewegung allerdings sieht einen ehernen Konsens in Tat und Gedanken derjenigen vor, die zu den GewinnerInnen der bevorstehenden Umstrukturierung der Hochschulen gehören wollen. Dieser Konsens darf nicht durch die Forderungen der VerliererInnen gefährdet werden.

Unistreik: StudentInnen tragen die Bildung zu Grabe

Und eben diesen VerliererInnen bleibt deshalb nichts anderes übrig, als sich vom großen Konsens der einheitlichen Studibewegung abzuwenden und mit den gesellschaftlichen Gruppen zusammen zu kämpfen, die außerhalb der Hochschulen zu den VerliererInnen des Systems gehören. Daß unsere Probleme allgemeinpolitischer Natur sind und nicht exklusiv hochschulpolitischer, werden wir dann schon zeigen, wenn wir auf den Straßen sind.

Brian (Internationaler Block)

Hochschulreform und Studentenstreik: Die Bildungspolitik entläßt ihre Kinder

Der Studentenstreik: Eine falsche Bildungstheorie wird praktisch

Deutsche Studenten streiken - gegen die schlechte materielle Ausstattung der Universitäten, gegen Bafög-Kürzungen, Studiengebühren und gegen staatliche Pläne zur Neuorganisation von Studium und Hochschule. Die diversen Beschwerden, die sie vortragen, fassen sich in einer zusammen: Die sozialen und materiellen Umstände, unter denen man heutzutage an deutschen Universitäten studieren muß, erschweren bis verunmöglichen es, sein Studium in den vorgeschriebenen Fristen und mit der Aussicht auf die Erreichung eines Abschlusses abzuwickeln. Deshalb verlangen die Studenten von den Bildungspolitikern, dafür zu sorgen, daß den Studenten an den Hochschulen ein materiell abgesichertes, ordnungsgemäßes Studium auch möglich sei.

Auch mit diesem bescheidenen Anliegen haben die Studenten bei der herrschenden Bildungspolitik nicht landen können. Zwar wurden ihr Streikaktionen von oben mit viel Wohlwollen bedacht; irgendwelche materiellen Zusagen wurden aber nicht gemacht. Woraus man eines immerhin lernen könnte: Von wessen Beschwerden Politiker sich beeindrucken lassen, entscheiden sie nach ihren eigenen Prioritäten und nicht danach, wie energisch und ernsthaft ein Stand - handele es sich nun um Studenten, Bauern oder Werftarbeiter - sein spezielles Anliegen der Politik zur Kenntnis bringt. Es ist eben ein Fehler, sich die eigene *Angewiesenheit* auf die Leistungen des Bildungssystems in ein *Recht* zu übersetzen, das einem doch - irgendwie - auch nach dem Willen der Politik zusteht, und zu meinen, mit Appellen an bessere Einsicht könnte man bei den Veranstaltern des Ladens namens "Standort Deutschland" Eindruck machen.

Die wohlwollende Aufnahme, die der Studentenstreik von oben erfuhr, hat ihn in manchen studentischen Kreisen suspekt gemacht. Vermißt wurden gesellschaftskritische Töne; "unpolitisch", so hieß es, sei der Streik - ein Mangel, dem z.B. die Vollversammlung der Bremer Uni-Studenten dadurch abhelfen wollte, daß sie die Streikziele um eine bunte Palette von Forderungen bereicherte: Gegen Tierversuche, Sexismus, Ausländerfeindlichkeit ... Als Einwand, als *Kritik* an den Parolen vom "Bildungsklau" und von der "Bildung auf Tauchstation", mit denen sich die Streikenden vor dem Bundestag aufbauten, waren diese phantasievollen Ergänzungen nicht gemeint. Da waren sich alle Streikfraktionen nämlich wieder ziemlich einig: Daß es sich bei der gegenwärtigen Bildungspolitik nicht um eine Re-, sondern um eine *De*form und bei der Sparpolitik im Bildungssektor um ein "Kaputtsparen" handele, gegen das das eigene *Recht auf Bildung* verteidigt werden müsse.

"Unpolitisch" ist dieser Standpunkt nicht, im Gegenteil. Den Streikaktionen ist vielmehr zu entnehmen, daß die Studenten auch ohne weitere Ursachenforschung ein fix und fertiges politisches Urteil über die Gründe ihrer Misere in Kopf haben. Die beruht auf einem einfachen Dreisatz: Erstens sind Universitäten *nützlich,* und zwar sowohl für den Staat, der sie einrichtet, als auch für die Studenten, die in ihnen studieren. Zweitens wird die Sicherstellung dieses Nutzens von den zuständigen Bildungspolitikern schlecht bis gar nicht *erledigt*. Deshalb liegt hier drittens ein Fall von politischem *Fehlverhalten* vor, der die Studenten zu Protest berechtigt und die Politiker verpflichtet, Einsicht zu zeigen und ihren Kurs zu ändern. Daran stimmt leider nichts.

Natürlich, soviel ist unbestreitbar: Der Staat richtet die Unis zur Erlangung akademischer Berufsqualifikationen ein; Studenten sind ausweislich ihres Abiturs berechtigt, solche Qualifikationen anzustreben, also zu studieren; Bildung wird also von beiden Seiten *gebraucht*. Mit dieser schlichten Feststellung haben sich die Studenten glatt die Frage erspart, *worin* der "Nutzen" der Universität für beide Seiten besteht, *ob und inwiefern* sich die Interessen von Staat und Studenten an "Bildung" überhaupt decken, und *wie* die Unversitäten ihrem allgemeinnützlichen Auftrag nachkommen. Das rächt sich: Zur vorurteilsfreien Klärung der Frage, warum die staatlichen Stellen mit ihren Bildungseinrichtungen immer so schnöde umgehen, kommt es deshalb gar nicht erst. Da wäre ja zu klären, ob die für mangelhaft befundene Ausstattung der Universitäten - wie übrigens auch die der Schulen, Berufsschulen etc. - sich nicht vielleicht gerade aus dem *geltenden Auftrag* der hiesigen Bildungspolitik ergibt; ob es nicht vielleicht mit dem *Ausbildungsziel* der Bildungsstätten zu tun hat, wenn ein beträchtlicher Teil der Lernenden ihres Aufenthalts in ihnen nicht recht froh wird. Da wäre also die Überlegung fällig, ob der Nutzen, den man *sich selbst* von der Uni verspricht, eventuell mit dem *Zweck des Bildungsysstems* gar nicht übereingeht - so daß man mit den Erwartungen, die man als Student an die Stätte "Bildung" knüpft, nicht bloß schlecht bedient wird, sondern ganz prinzipiell schief liegt. Die streikenden Studenten sind mit der Feststellung einer *Diskrepanz* zwischen der allgemein anerkannten Nützlichkeit von Bildung einerseits, der schlechten staatlichen Erledigung des Bildungsauftrags andererseits aber schon am Ende der geistigen Anstrengung, sich ihre Lage zu *erklären*.

Lieber lassen die Studenten an die Adresse der Politiker die Beschuldigung los, sie würden *ihre* Bildungsstätten vernachlässigen. Die paart sich mit viel Bereitschaft zu deren *Ent*schuldigung; an Verständnis für die "Sparzwänge" und "Haushaltsprobleme", mit denen die Politik angeblich auch im Bildungsbereich zu kämpfen hat, haben sie es jedenfalls nicht fehlen lassen. Mit ihrer Beschwerde über *"Kaputt*sparen" wollten sie keine Kritik an der offiziell verbreiteten Sichtweise anmelden, daß es sich beim Sparen des Staates an seinen Bürgern um die Konsequenz von "Sparzwängen" handelt, denen der Staat *selbst* unterliegt. "Sparen" - aber immer! Aber bitte richtig und verantwortlich; also nicht an *unseren* Studienbedingungen. (1) Wer so argumentiert, der hat sich die von oben verbreitete Sichtweise einleuchten lassen, nach der alle Mißlichkeiten, mit denen *man selbst* zu kämpfen hat - Bafögkürzungen, fehlende Bücher, volle Seminare - in Wahrheit nur der Ausfluß der guten oder schlechten Bewältigung von Problemen sind, die der Staat mit der Erfüllung *seiner* Aufgaben hat. So gesteht auch der Akademikernachwuchs der Politik zu, daß *sie* es schwer hat, weil sie sich mit einer *schwierigen Lage* herumzuschlagen habe; weshalb das höchste, das man fordern kann, ist, daß sie diese Aufgabe *verantwortlich* erledigt. (2) Die zu dieser verständnisvollen Anklage passenden Aktionen lassen nicht lange auf sich warten. Gegen verantwortungs*lose* Politik demonstriert man den *eigenen Bildungswillen* - mit Vorlesungen am Brill, bitteren Pillen in der Sögestraße und einem kalten Bad am Unisee. So macht man Politiker in aller Höflichkeit, aber auch Dringlichkeit darauf aufmerksam, daß sie den Studenten, dem gesellschaftlichen Fortschritt und letztlich auch sich selbst keinen Gefallen tun, wenn sie ohne Rücksicht auf soziale und bildungspolitische Notwendigkeiten an den Unis herumreformieren.

So sicher sich die Studenten sind, *daß* die deutsche Bildungspolitik versagt, sowenig wissen sie allerdings zu sagen, bei der Erfüllung *welchen* Bildungauftrags denn eigentlich; und als Beleg für ihre Behauptung vom "Bildungs*klau*" haben sie bloß ihre eigenen Schwierigkeiten beim Studieren vorzuweisen. Irgendeine genauere Vorstellung davon, was das Bildungssystem *anderes* zu leisten habe, als es leistet, haben sie gar nicht anzubieten; außer eben der, das das

Lernen und Lehren "effizienter" im Sinne ihres Ausbildungsziels zu erfolgen habe: Mehr Bücher, Räume, Professoren ... Daß die Universität für genau *die* Aufgaben, Tätigkeiten, "Funktionen" ausbildet, die *diese* Gesellschaft als höhere Berufschancen zu vergeben hat, versteht sich für die streikenden Studenten einerseits so sehr von selbst, daß sie weder einen kritischen Gedanken auf den *Gehalt* dieser Funktionen verwenden noch sich gar die Frage stellen, welcher Art die "Kenntnisse und Orientierungen" eigentlich sind, die dazu befähigen, in unserem Lande den Beruf des Lehrers, Sozialarbeiters, Journalisten, Rechtsanwalts, Parteivorsitzenden oder Bundesbankpräsidenten auszuüben. Andererseits scheuen sie sich nicht, Parolen wie "Bildung für alle" und "Chancengleichheit" vor sich herzutragen - obwohl ihnen schon im Zuge ihres 13jährigen Aufstiegs vom Erstklässler zum Abiturienten durchaus einmal hätte auffallen können, daß in einem Bildungssystem, das heranwachsenden Jugendlichen die für ihren *jeweiligen* "Platz" in dieser Gesellschaft *nötigen* Kenntnisse und "Orientierungen" - also auch *bloß* die! - verabreicht, solche menschenfreundlichen Ideale wohl kaum der Maßstab für die Verabreichung der jeweiligen Wissenshäppchen sind. (3) Es ist eben ein etwas widersprüchlicher Standpunkt, Leistungen des Staates in Sachen akademischer Ausbildung einzuklagen und gleichzeitig zu behaupten, man wäre in Sachen eines allgemeinen Menschheitsdienstes namens "Bildung" unterwegs - es sei denn, man versteht unter diesem hohen Gut eben doch bloß das, was dieses schöne Gemeinwesen seinen diversen Insassen jeweils an Kenntnissen und allgemeinen Sinnstiftungen, das Zurechtkommen im demokratischen Kapitalismus betreffend, zukommen lassen will.

Das Bekenntnis der Streikenden, wirklich nicht mehr oder anderes fordern zu wollen als das, wozu man ausweislich seines Status als Student doch berechtigt sei, beruht in all seiner Bescheidenheit auf einer ziemlich verkehrten Sichtweise dessen, was der Staat mit seinem Bildungswesen eigentlich bezweckt, wofür man selbst als Besucher dieser Anstalt also "eingeplant" ist. Mit dieser verkehrten Sichtweise präsentierten die streikenden Studenten sich als gut ausgebildete Produkte des deutschen Bildungswesens. Sie selbst sind der beste Beweis dafür, daß dieses "System" keineswegs "versagt" hat, sondern im Gegenteil recht gut funktioniert - nämlich im Sinne seiner Auftraggeber. "Lernen", sich bilden, Geist und Verstand betätigen soll die nachwachsende Generation nämlich schon - aber nur, um sich *gegen* jede schlechte Erfahrung den Glauben an die guten Absichten der Politik und an das letztliche *Zusammenpassen* der eigenen Anliegen mit diesen Absichten zu erhalten. Genauso haben sich die Streikenden aufgeführt. Sie haben die Politik auf dem Felde von Bildung und Ausbildung daran erinnert, was *ihr* eigentlicher Dienst und Auftrag zu sein hätte, und ihre *eigenen* Beschwerden haben sie als bloßen Beleg dafür vorgeführt, was passieren könnte, wenn die Politik ihren Auftrag verfehlt. So haben sich auch noch bewiesen, daß sie die Lehre beherzigt haben, nach der Kritik in unserem Lande mit der Klärung der *Gründe* für das organisierte Scheitern von jeder Menge hoffnungsfroher "Lebensperspektiven" nicht verwechselt werden darf, sondern in der geistigen Übung zu bestehen hat, die Politik am Maßstab ihrer eigenen Ideale zu blamieren. Und sie haben sich als gelehrige Schüler des Wissenschaftsbetriebs benommen, dessen Auftrag in der geistigen Verwaltung und der jeweils passenden aktuellen Ausgestaltung dieser Ideale besteht. Wo man also einerseits genau solche Sinnsprüche lernt wie die, daß es bei der Bildungspolitik um "Deutschlands Zukunft" geht, aber auch um so hehre Dinge wie den "sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft", der durch ein "Abgleiten von immer mehr Jugendlichen in die Orientierungslosigkeit" nicht gefährdet werden darf. Wo man sich andererseits aber auch den zu jedem Ideal dazugehörigen Realismus einleuchten lassen kann, der da besagt, daß diejenigen, die "es" nicht schaffen, nach bewährter begabungstheoretischer Logik auch nicht "geeignet" waren. Dann weiß man zwar nicht, worum es bei Bildung und Bildungspolitik in unserem Gemeinwesen *geht* - aber man kennt wenigsten ein paar Gesichtspunkte, unter denen man sich beides als mehr oder weniger sinnreiche Veranstaltung einleuchten lassen kann.

Bildungspolitik und Bildungskritik - zwei Seiten der gleichen Medaille

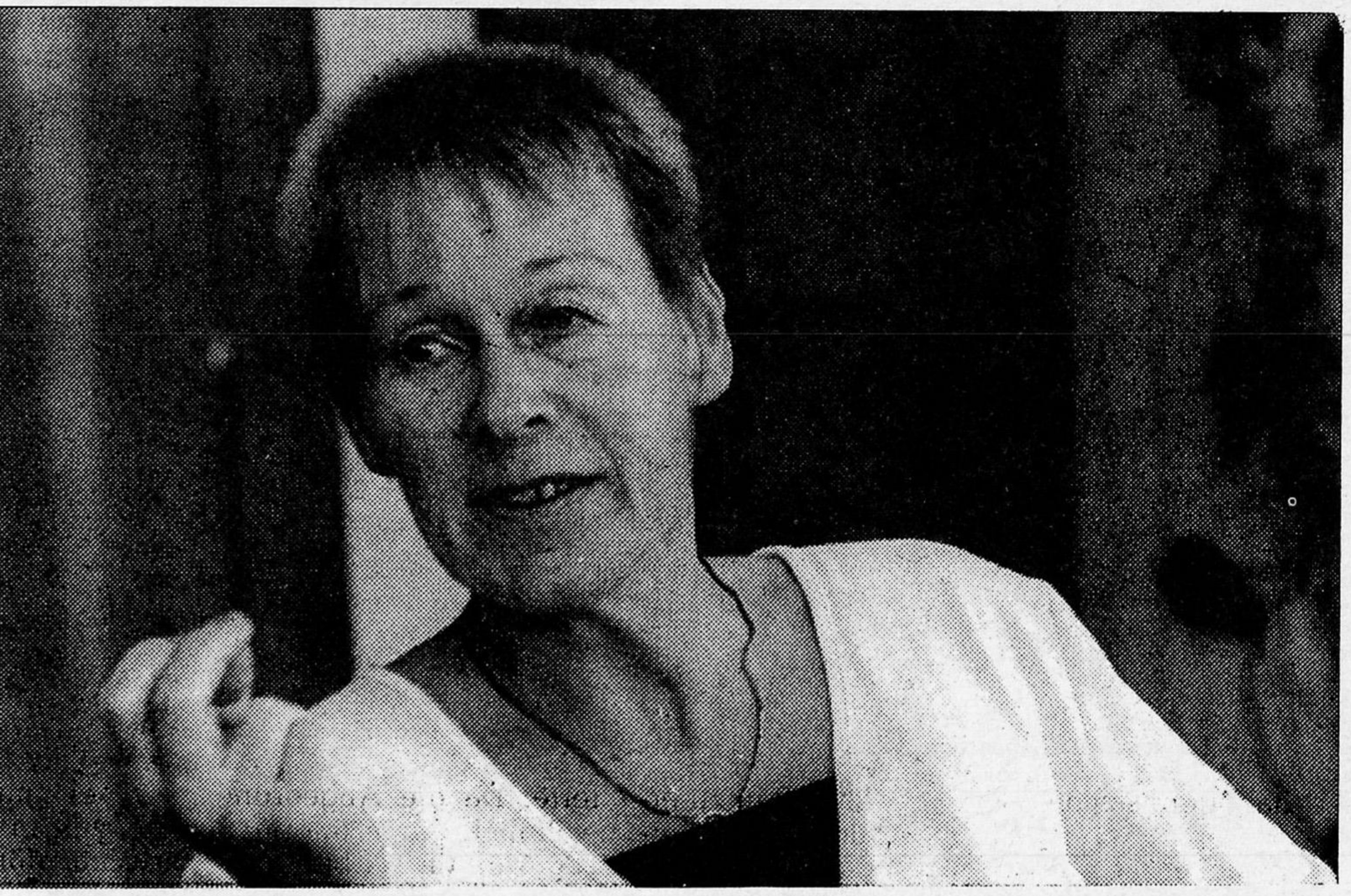
Daß das politische, ökonomische, kulturelle Fortkommen der Nation - jedenfalls *irgendwie* - von den Leistungen des Bildungssystems *abhängig* sei, sich an der "richtigen" Organisation von Bildung also der nationale Erfolg auch - wenigstens "mit-"*entscheidet,* gehört zur unverwüstlichen Einbildung derer, die das Bildungswesen organisieren und in ihm tätig sind. Dabei stimmt das Argument von der Bildung als "nationaler Ressource" nur in einem Sinn: Wissen, Fertigkeiten und die rechte staatsbürgerliche Einstellung der Bürger werden als *Voraussetzung* dafür gebraucht, daß der demokratische Kapitalismus seinen Gang gehen kann. Die Leistung des Bildungswesens besteht darin, diese Voraussetzung für die Erledigung der politischen und ökonomischen Vorhaben der Nation *bereitzustellen;* in Form von neuem Wissen einerseits, in Gestalt des ordentlich für die Berufshierarchie vorsortierten, mehr oder minder ausgebildeten Nachwuchses andererseits. Wissen und Fertigkeiten sind aber eben auch *bloß* Voraussetzungen für das Gelingen ökonomischer und politischer Vorhaben; am Vorhandensein von Wissen und von qualifiziertem Personal *entscheidet* sich der Erfolg der Nation nicht. Erstens entscheidet das Bildungssystem nicht über die *Verwendung* seiner "Produkte"; es ist Sache von Politik und Wirtschaft, was sie mit dem produzierten Wissen und den Fertigkeiten des ausgebildeten Nachwuchses jeweils *anfangen* wollen oder können. Zweitens hat das Bildungssystem aber deshalb auch keinerlei Einfluß darauf, mit welchem *Erfolg* Unternehmen wie staatliche Instanzen die gesellschaftlich verfügbaren Qualifikationen nutzen. Das ist einerseits Sache der verfügbaren ökonomischen Mittel, also von Markt und Konkurrenz, und hängt andererseits ab vom erfolgreichen Einsatz der politischen Macht, nach innen wie außen.

Das Verhältnis zwischen der Produktion von ausgebildeten Leuten, die für die Erledigung der politischen und ökonomischen Vorhaben der Nation verwend*bar* sind, und deren tatsächlicher *Verwendung* als Mittel von Staat und Kapital ist als Arbeitsmarkt organisiert. Jahr für Jahr verlassen Haupt-, Real- und Handelsschulabsolventen, Bankkaufleute, Abiturienten, diplomierte Soziologen, Lehrer etc. die Bildungsstätten: Leute mit einer staatlich bescheinigten Qualifikation, die sich dann einen Job zu suchen haben. Auch für sie erfüllt die erfolgreich absolvierte Bildung, d.h.: die amtliche Bescheinigung einer bestimmten *Abschlußstufe* den Tatbestand der *Voraussetzung.* Haben muß man den Schein, damit man überhaupt zur Bewerbung um bestimmte Posten antreten kann. Ob er überhaupt und wenn, zu welchem Posten er dann im Ernstfall taugt, hängt einerseits ab von der Nachfrage seitens derer, die die entsprechenden Berufspositionen einrichten, andererseits von der Masse der Bewerber mit entsprechender Qualifikation. "Nachfrager" sind der Staatsapparat mit seinen vielfältigen Funktionen, Behörden und Diensten, sowie die privaten Unternehmen. Das *ist* der ganze "Praxisbezug", den Bildung in der freien Marktwirtschaft hat: Das staatliche Bildungswesen stellt das Material von Ausgebildeten bereit, aus dem sich diejenigen, die diese "Produkte" benötigen, sich die für sie Geeigneten heraussuchen. (4)

Der Staat befriedigt mit seinem Bildungswesen zum einen seinen eigenen Bedarf an halbwegs gut erzogenen Staatsbürgern, die über die nötigen Zivilisationstechniken verfügen müssen, um sich überhaupt auf dem Arbeitsmarkt, in der Familie, auf der Sparkasse und in der Wahlkabine korrekt aufzuführen. (5) Zum anderen bedient er den Bedarf von Arbeitgebern *aller* Art so, daß er den je besonderen und mit der Umwälzung der Produktionsweise wechselnden Bedarf von konkurrierenden Interessenten in eine Art *Durchschnittsangebot* übersetzt, dem er mit einem Bildungswesen unter seiner Regie, also *getrennt* von den Subjekten der Nachfrage, entspricht. Eben weil sein Bildungssystem diesen wechselnden Anforderungen dient und dienen soll, macht es sich vom jeweils aktuellen "Stand" der Nachfrage frei. Wie soll auch ein mehrjähriges Studium für einen Beruf geplant werden, wenn die nachgefragte Qualifikation XY doch nur ein *Konkurrenzmittel* ist, folglich andere Arbeitgeber, kaum ist sie auf dem Markt, schon wieder daran arbeiten, sie durch eine rentablere zu ersetzen. So gibt es denn Studiengänge, die sich allgemeineren Lehrinhalten verpflichten - die vielleicht für ein ganzes Spektrum von nachgefragten Qualifikationen gebraucht werden - und sich dann mit Notwendigkeit den Vorwurf der Praxisferne anhören müssen. Und da gibt es andere, die gleich auf einen bestimmten Bedarf abzielen, denen dann vorgehalten wird, sie betreiben Daimler-Benz-Wissenschaft (oder Conti-Wissenschaft).

Weil der Nutzen von Wissensproduktion und Ausbildung seinen Maßstab außerhalb, in der Bedienung der wechselnden Erfordernisse des Marktes und der Politik hat, läßt sich der "Erfolg" des Bildungswesens *an ihm* gar nicht feststellen. Das hat eine quantitative Seite: Ob volle Hörsäle und steigende Studentenzahlen für Erfolg oder Mißerfolg sprechen, kommt eben ganz darauf an. Werden mehr Studenten von Staat und privater Ökonomie nachgefragt, dann werden diese Daten als Erfolg verbucht; umgekehrt umgekehrt. Das hat aber auch eine qualitative Seite. Die "Lerninhalte", die vermittelt werden sollen oder müssen, sollen ja den Erfordernissen des "Arbeitmarktes" entsprechen; dem ist aber gar nicht so ohne weiteres zu entnehmen, ob das

Bildungswesen seinen nationalen Aufgaben gerecht wird. Steht betriebliche Schulung von Führungskräften nun für ein Versagen des Bildungswesens, wo der Betrieb doch Versäumnisse der Hochschule nachbessern muß? Oder verweist dies auf eine solide Grundausbildung, auf der der Betrieb aufbauen kann? Ist die Einrichtung neuer Studiengänge - für Informatik etc. - ein Zeichen für die Anpassungsfähigkeit des Bildungswesens oder ein Beweis dafür, daß die Unis immer erst reagieren, wenn es zu spät ist; d.h. die Studenten, die sich auf diesen Zukunftsberuf stürzen, nach zehn Semestern damit konfrontiert sind, daß ihre Qualifikation durch neue Rechner ersetzt wird? Das ist eine Frage der Betrachtungsweise und sonst nichts: Vom Standpunkt eines Betriebes ist jede DM, die er für die Ausbildung seiner Leute aufwenden muß, unrentabel eingesetztes Geld und eine einzige Anklage an das staatliche Bildungswesen. Vom Standpunkt staatlicher Bildungsverwaltung stellt sich dasselbe Faktum anders dar: Sie können nicht und haben auch gar nicht vor, es jedem Betrieb recht zu machen. Sie können es deshalb als Zeichen für das gute Funktionieren ihres Bildungssystems werten, wenn Schulabsolventen eingestellt werden - auch wenn der Betrieb deren Ausbildung noch nicht für voll betriebstauglich erachtet. Genauso gut aber können sie den Standpunkt der Nachfrager teilen und sich um mehr "Praxisnähe" bemühen.



Wissenschaftssenatorin Kahrs ist nach Ansicht der StudentInnen (mit)verantwortlich für die Misere

Die Bilanz der nationalen Bildungspolitik wird dennoch gezogen. Wenn zum einen der Nutzen des Bildungswesens durch *seine* jeweilige Organisation gar nicht *sichergestellt* werden kann, weil über seinen Erfolg erst *außerhalb* von ihm, nämlich auf den Arbeitsmärkten von diversen Arbeitgebern aller Art befunden wird, wenn zum anderen an diesem Erfolg aber überhaupt nur *am* Bildungswesen *gearbeitet* werden kann, dann bringt das Bildungspolitiker nicht zur Verzweiflung. Dieser widersprüchliche Umstand nötigt ihnen vielmehr *Übersetzungsleistungen* ab. So wird denn *heute* der nationale Standpunkt, daß der deutsche Standort zu wünschen übrig läßt und auf Vordermann gebracht werden muß, in eine Bildungsbilanz übersetzt, in der Haushalts- und damit Kostenfragen regieren und ihre eigene Logik entfalten, und in der die Daten des Bildungswesens schlicht und einfach *wie* Erfolgsindikatoren *bewertet* werden. Das eröffnet Raum für bildungspolitische Spekulationen und interessierte Betrachtungen jeder Art. Ein objektiver Befund ist von der Logik der Sache her nicht zu haben, wenngleich alle daraus folgenden politischen Beschlüsse sofort die Qualität einer neuen Objektivität erhalten; d.h. für Studierende gültig sind.

Die aktuelle Bilanz der Bildungspolitik

Heutezutage betrachten Bildungspolitiker das nationale Bildungswesen durchaus *kritisch;* genauer gesagt: mit einer Mischung aus *Wohlgefallen* und *Mißbehagen.*

Das *Wohlgefallen* bezieht sich auf *Prinzipielles.* Es wird festgestellt, daß der Nachwuchs vollständig das staatliche Bildungswesen durchläuft, vollständig "beschult" ist und daß es auf all seinen Stufen, von der Haupt- und Berufsschule über die Fachschulen bis hin zur Universität immer ein hinreichend großes *Quantum* an ausgebildetem Nachwuchs entläßt, aus dem die Arbeitgeber aus Ökonomie und Staat ihren Bedarf decken können. Diesem Wohlgefallen ist übrigens zu entnehmen, daß Engpässe immer nur in einer Richtung festgestellt werden: Der Bedarf wird auf dem Markt festgestellt und die Hochschulen haben ihm zu entsprechen. Eine Umkehrung der Betrachtungsweise fällt der Bildungspolitik nicht ein. Für sie ist es kein *Mangel,* wenn der Bedarf der Anbieter von Jobs *übererfüllt* wird, also eine ganze Reihe von Hochschulabsolventen keine ausbildungsadäquate Arbeit finden. Für sie fällt das eher unter einen Sonderservice, der es den Abnehmern erlaubt, aus dem Vollen zu schöpfen. Wenigstens in dieser Hinsicht haben sie daran nichts auszusetzen. Daß studentisches Interesse und die gesellschaftliche Funktion der Universität *nicht* zur Deckung kommen, geht so gesehen in Ordnung; ob *alle* Ausgebildeten in dem studierten Beruf unterkommen, ist gar nicht der Maßstab von Bildungspolitik. Sie will mit der Uni nicht die Bedürfnisse von Studierenden bedienen, sondern ihr sind umgekehrt das Studierinteresse und die Studienanstrengungen das *Material,* mittels dessen die Nachfrage von Kapital und Staat nach wissenschaftlichen Qualifikationen bedient wird. Wenn *die Gesamtheit* des ausgebildeten Staatsvolks *einen Fundus* an Qualifikationen bildet, aus dem sich diverse Arbeitgeber aus Politik und Ökonomie für wechselnde Erfordernisse bedienen, dann stimmt die *Volksbildung.*

Das *Mißbehagen,* das Bildungspolitiker heute artikulieren, stellt nur die *Kehrseite* dieses positiven Befundes dar. Wenn Bildungsökonomen etwa herausgefunden haben, daß hierzulande im Vergleich zu Frankreich länger studiert und kürzer gearbeitet wird, und wenn dies an die große (nationale) Glocke gehängt wird; wenn heute mit Besorgnis registriert wird, daß die Verlängerung des Studiums daran liegt, daß Studenten jobben müssen; daß überdies viele Studierende ihr Studium vorzeitig abbrechen; daß es an Praxisbezug fehlt; daß in zahlreichen Ausbildungsgängen mehr Studenten ausgebildet werden, als der Markt nachfragt; und daß es umgekehrt immer noch Studiengänge gibt, für deren Absolventen es längst überhaupt keinen Markt gibt, der von nationaler Relevanz ist, dann benennt die Kritik nur Begleitumstände dessen, was als gelungene Bildung festgehalten wird. Daß der Bedarf "des Marktes" übererfüllt wird, das verweist auf Fehlplanung, die *unnötige Kosten* verursacht. Wenn Studienzeiten durch Geldnöte von Studenten verlängert werden, dann stellt sich die Frage, ob die eigentlich ein Recht aufs Studium besitzen. Und wenn dann noch der Vergleich mit Frankreich eine Rolle spielt, dann ist deutlich gemacht, welcher Maßstab auch an das Bildungswesen angelegt wird: Per Bildung die Überlegenheit der Nation sicherstellen. Das Mißbehagen ordnet also nur das Verhältnis zwischen der *Vorsortierung,* die das Bildungswesen für die Märkte vornimmt, zu der *Endsortierung,* die durch die Nachfrage auf den Arbeitsmärkten geschieht, neu. Bestand das Lob darin, daß die Endsortierung auf das Resultat der Vorsortierung *zurückgreifen* kann, so wird nun vom Kostenstandpunkt kritisiert, daß die Vorsortierung das Ergebnis der Endsortierung nicht schon vollständig *vorwegnimmt,* sprich: es nicht für jeden Ausgebildeten eine Nachfrage gibt.

Helmut Kohl hat all dies vor einigen Jahren so zusammengefaßt: Es sei ein Skandal, daß es inzwischen fast mehr Studierende als Lehrlinge gäbe. Andere Bildungspolitiker merken an: Es könne nicht angehen, daß ca. 40 Prozent eines Jahrgangs studieren, denn soviel "begabte Menschen" gebe es nun einmal nicht. Und Helmut Schmidt räsonierte jüngst in Hamburg, daß das Studium "viel zu vielen, zur Wissenschaft kaum befähigten jungen Menschen" offen stehe (HAB, 9.11.95). Festgemacht wird dieser Befund an Abbrechern und "Bummelanten", an taxifahrenden Lehrern und an überfüllten Hörsälen. Aus dem Umstand, daß heutzutage viele Studienabsolventen keinen adäquaten Job be-

kommen, ziehen Politiker nicht etwa den Schluß, daß zu wenige Jobs angeboten werden, sondern erklären *die Studenten zur Ursache* dieses Überangebots. Wer in seinem gelernten Beruf nicht unterkommt, der *ist selbst zuviel;* und wer zuviel ist, der hat sich *nicht durchsetzen* können; und wer sich nicht durchsetzen konnte, ist *unbegabt* und gehört nicht auf die Uni; und wer sich auf der Uni herumtreibt, obwohl er da nicht hingehört, der nivelliert letztendlich das Niveau "der Intelligenz", aus der sich bekanntlich die nationale Elite rekrutiert. So wird - von Herzog, Kohl, Schmidt u.a. - sehr staatsmännisch weitergedacht und der nächste Punkt der Kritik deutlich: Bei 40 Prozent Studierenden, da verschwimmen doch glatt die Grenzen zwischen dem Volk und der Elite. Das darf nicht sein, weil sich sonst das Volk was Falsches einbildet und die Funktionalität der Elite Schaden nimmt.

Die Bildungspolitiker haben also auf ihre Weise *längst entdeckt* und *moniert,* was die Studenten heute als *ihre Bildungsmisere* festhalten. Nur legen sie an *dieselben Sachverhalte* ganz *andere Maßstäbe* an. Wo Studenten sich über *schlechte Studienbedingungen* beklagen, da entdecken Politiker nichts als *herausgeworfene Steuergelder.* Wo Studenten sich beschweren, daß sie Studium, Job und Prüfungsvorbereitung nicht unter einen Hut kriegen, da sehen Bildungspolitik lauter *zu Unrecht studierende* Menschen, die nicht studientauglich sind. Wo Studierende befürchten, trotz eines aufwendigen Studiums keinen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz zu bekommen, da reklamieren Politiker eine falsche Einstellung, *Fehlinvestitionen* und zusätzlich eine unnötige Belastung der Sozialversicherungen. Wo also Studierende für sich einklagen, daß ihnen das Studium sachlich und finanziell *erleichtert* werden müsse, da bestreiten Politiker einem Teil der Studierenden mit dem Verweis auf dieselbe "Mängel" das *Recht auf ein Studium* und klagen sie der Verschwendung gesellschaftlicher Ressourcen an. Sie sehen den einzigen Mangel in einem *Überfluß an Studierenden* und leiten daraus falsche Ansprüche von Studenten ab, die in die Elite aufsteigen wollen, aber dort nichts verloren haben Wo die Bildungspolitik in ihnen einen *Betrug* an der Gesellschaft entdeckt, sieht der "Studentenberg" dagegen umgekehrt sich um seine *Chancen betrogen.* Gerade dort, wo die Studierenden *mehr Geld einklagen,* erblickt umgekehrt die Bildungspolitik einen entscheidenden *Hebel zum Sparen.* Rüttgers weiß schließlich, warum er nur 40 Millionen zusätzlich für Bibliotheken, und nicht 40 *Milliarden* für neue Hörsäle, mehr Bafög, neue Hochschullehrerstellen usw. bewilligt hat. Nur in der Kritik des fehlenden Praxisbezuges gibt es eine volle Übereinstimmung. Brauchbar sollen die Studenten werden und brauchbar wollen sie *gemacht* werden.

Diese gegensätzlichen Urteile verdanken sich jeweiligen Interessen und Sichtweisen von Machern einerseits, Betroffenen andererseits. *Objektiv* ist an all dem eigentlich nur ein Befund. Beide Seiten - Studenten und Bildungspolitiker - sind damit konfrontiert, daß die Standortpolitik Arbeiter und Angestellte massenhaft überflüssig macht. Sie werden das Opfer von Rationalisierungen, von Kapitalexport, von Pleiten nichtkonkurrenzfähiger Unternehmen, von Invalidität, von Frühverrentung usw. Derselben Logik verdankt es sich, daß Lehrlinge keine Anstellung und eine Lehrstelle nur dann finden, wenn sie subventioniert wird. Da auch im Rahmen der staatlichen Behörden - z.B. im Gesundheits- oder Bildungswesen, bei ehemals staatlichen Einrichtungen wie Bahn und Post im Gefolge der "Privatisierung" - Massenentlassungen durchgeführt werden, gibt es inzwischen nicht nur offiziell gezählte fünf Mio. Arbeitslose, sondern zugleich das feststehende Urteil, daß deren Zahl sich erhöht, in allen gesellschaftlichen Bereichen Arbeitslose anfallen und von einer bleibenden "Sockelarbeitslosigkeit" von -zig Millionen in der Zukunft ausgegangen werden muß. (6)

All diese, auf Erwerbsarbeit angewiesenen Menschen fallen jetzt nicht etwa in das, was Marx die "Reservearmee" genannt hat. Sie gehören nicht zu vorübergehend Unbeschäftigten, die als "Reserve" für Phasen der Prosperität zur Disposition stehen und die es deshalb dem Sozialstaat danken dürfen, daß er ihnen mit ihren eigenen Lohngeldern dabei hilft, alles zu tun, um wieder benutzt zu werden. Vielmehr werden heute immer mehr von ihnen *absolut überflüssig* gemacht und haben keinerlei Aussicht auf Erwerbsarbeit. Sie werden von Betrieben und Behörden *auf Dauer* nicht gebraucht, ihr Einsatz ist entweder nicht rentabel oder er ist politisch unnötig; und folglich stehen sie ohne Einkommen da, gelten in der kapitalistischen Gesellschaft ungeachtet all ihrer vielleicht akkumulierten Bildung nicht als "Humankapital", sondern als ein "totes Gewicht". Das ist ein Befund, von dem Bildungspolitiker natürlich wissen. Auf allen Ebenen der Ausbildungshierarchie lernen und studieren Menschen, die nach den Kriterien, die hierzulande auf den Arbeitsmärkten Gültigkeit besitzen, bereits überflüssig sind, bevor sie überhaupt den Arbeitsmarkt betreten haben. (7) Das ist die "Lage", die Bildungspolitiker heutzutage *am Bildungswesen* "kurieren" wollen. So sieht ihre Reform deshalb auch aus.

4. Die Reform des Bildungswesens

Die Bildungspolitik legt folgende Bilanz vor: Erstens leistet das Bildungssystem alles, was es soll, und zwar im Übermaß. Zweitens fehlt es an Praxisbezug. Drittens treiben sich besonders in den höheren Regionen des Bildungswesens zuviel Menschen zulange herum, die dort nicht hingehören. Viertens ist der ausgebildete Nachwuchs ganz generell gemessen an der Nachfrage zuviel. *Also* erzeugt dieser Sektor nach allen gültigen Maßstäben *überflüssige Kosten,* die beseitigt werden müssen.

Diesen Befund nimmt die Politik zum Ausgangspunkt, wenn sie den Bildungssektor unter den derzeit gültigen Sparauftrag beugt. Da geistert die Vorgabe von drei Prozent durch die Landschaft und legt Zeugnis davon ab, daß nicht etwa die alte, bekannte Kostenfrage auf dem Tisch des Bildungshauses liegt, sondern etwas anderes. Schon immer mußten sich Bildungsverantwortliche der Haushaltsfrage stellen, ob nicht das, was sie an Bildung für nötig erachten, auch billiger zu haben ist. Da wurden sie manchmal fündig und manchmal stellten sie fest, daß nichts zu kürzen geht, weil jede Verbilligung einen Abstrich von ihren politischen Anliegen bedeuten würde. Jetzt stellt sich die Sache anders dar: Jetzt steht erstens der allgemeine staatliche *Sparauftrag* fest, er hat erste Priorität. Und zweitens ist klar, daß der Bildungssektor ein Bereich ist, wo - eben ganz im Unterschied zum Eurofighter! - nicht nur gespart werden *kann,* sondern sogar - wegen "Effizienz"! - gespart werden *muß.* Das nennt sich heute: Reform. Es geht nicht darum *ob,* sondern nur darum, *wo* und *wie* gespart wird. Dabei schließt natürlich auch hier die Sparpolitik die Frage ein, ob nicht etwa in bestimmten Abteilungen sogar *mehr* ausgegeben werden muß, damit das Bildungswesen effektiver arbeitet - im Interesse des gegenwärtig gültigen, obersten politischen Ziels, der Standortförderung.

Es ist also die Bildungspolitik gefordert. Die würfelt nicht, sie setzt auch nicht den Rasenmäher an, sondern sucht nach *Kriterien,* nach denen diese Spar- bzw. Effektivierungsmaßnahmen durchzuführen sind. Diese werden der *Begutachtung* des Bildungswesens entnommen und es wird die Frage gestellt, ob das Bildungswesen noch den nationalen Aufgaben gerecht wird.

a) Die Reformdebatte

Seit geraumer Zeit findet eine eifrige bildungspolitische *Debatte* statt. In der werden zur Behebung aller Beschwerden Konzepte vorgelegt.

Da gibt es zunächst ein Sparkonzept. Eine *radikale Sparpolitik* erklärt jeden Studenten, der länger als vorgesehen studiert, der abbricht oder keinen Job findet, für eine finanzielle Belastung des Bildungshaushalts und plädiert für eine durchgreifende *frühzeitigere Selektion.* Die dazu passenden Reformvorschläge liegen vor - partiell sind sie schon umgesetzt: Da gibt es den Vorschlag, die Abiturientenquote zu reduzieren, eine schärfere Selektion am Gymnasium durchzuführen und die Schulzeit zu verkürzen; Universitätseingangsprüfungen einzuführen, ein strafferes Studium mit Prüfungen und der Androhung der Zwangsexmatrikulation, dazu Kurz- und Langstudiengänge einzuführen (vgl. HRG: Bachelor und Master), eine Konkurrenz zwischen den Universitäten durch leistungsgebundene Geldvergabe, geknüpft an die durchschnittliche Studiendauer, einzurichten und vor allem die Finanzkraft der Studierenden über die Einführung von Studiengebühren und ähnlichem ganz offiziell wieder zum Selektionskriterium zu machen. (8)

Natürlich wissen die Konzeptedrechsler, daß sie sich mit einer solchen Bildungsreform polemisch gegen die erfolgreiche Bewältigung der "Bildungskatastrophe" der 60er Jahre stellen. Damals soll Deutschland unter einem Mangel an Abiturienten gelitten haben. "Bildungskatastrophe" hieß das. Und damals wurden passend zum politischen Bedarf ungeahnte "Begabungsreserven" entdeckt und unter dem Stichwort „Chancengleichheit" dem Nachwuchs aus den unteren Klassen und Schichten der Weg zum Studium geebnet. Heute "leiden" Bildungspolitiker an der erfolgreichen Behebung der damaligen Misere, entdecken eine "Abiturientenschwemme", ziehen das Argument von den "Begabungsreserven" aus dem Verkehr, erklären umgekehrt nun das Volk für ziemlich "unbegabt" bzw. für gerade so "begabt" wie es dem Markt entspricht und wollen von Chancengleichheit nichts mehr wissen, weil die "sozial Schwachen" dank staatlicher Sparpolitik ihr Studium nicht selbst finanzieren können.

Eine solche, auf frühzeitige und straffe Selektion zielende Bildungsreform würde nun den alten Trend umkehren und den "Studentenberg" "nach unten" verschieben: auf Fachhochschulen, Fachschulen oder Berufsschulen. So stoßen Bildungspolitiker darauf, daß dann noch größere Teile des Nachwuchses um jene Plätze Ausbildungs- und Arbeitsplätze konkurrieren, die *unterhalb* der "Jobs der Elite" noch angeboten werden. Das Problem, das sie sparbeflissen an den Universitäten lösen wollen, würden sie auf die unteren Ränge des Ausbildungswesens *verschieben.* Das Gedrängel wäre da nur um so größer. Dies hat zu weiteren Reformvorschlägen geführt. So geistert in der bildungspolitischen Debatte der Begriff des *"Parkstudiums"* herum. Er wird allmählich von einem kritischen zu einem konstruktiven Begriff - Paradigmenwechsel heißt das dann. Aus der Erfahrung heraus, daß der gesamte ausgebildete Nachwuchs für die politischen und ökonomischen Belange dieser Gesellschaft nicht gebraucht wird, kreieren Bildungspolitiker einen *neuen Studienzweck:* Studieren, um *nicht gleich* dem Heer der absolut Überflüssigen zugeordnet zu werden. (9) Studieren, *obwohl* keine Aussicht auf Arbeit besteht. Studieren, um nicht - "auf der Straße" - unangenehm aufzufallen oder auf falsche Gedanken zu kommen. Was im Sparkonzept unter "überflüssigen Kosten", unter "Luxus" kritisiert wird, wird also neuerdings positiv gewürdigt. Und im unteren Bereich des Bildungssektors ist unter Aufsicht ist, treibt sich jedenfalls nicht herum.

Hier geraten sich zwei Anliegen der Politik in die Quere: Die *"Sparbildung"* nimmt den Arbeitsmarkt zum Maßstab und setzt auf frühzeitige Selektion. Die *"Parkbildung"* entdeckt an den Auswirkungen dieser Selektion einen Beitrag zur Verwahrlosung der Jugend und will sie weiterhin staatlicher Aufsicht unterstellen, wenn sie vom Arbeitsmarkt nicht nachgefragt werden. Hier werden Kosten mit "gesellschaftlichen Kosten" abgewogen.

Zur Behebung der *Praxisferne* gibt es aparte Konzepte nach dem Muster "Von den USA lernen". Zum einen gibt den Vorschlag, Studenten sollten sich um Sponsoren kümmern und damit ihr Studium finanzieren. Es gibt die Anregung, die Erlaubnis zur Schaffung oder Stiftung von Privatuniversitäten großzügiger zu erteilen. In denen kann dann ausgewähltes und d.h. entsprechend betuchtes Studentenmaterial auf vorher von Großfirmen garantierte Karrieren vorbereitet werden. Anfänge sind gemacht. Ebenso soll die "Kluft" zwischen "Theorie und Praxis" überbrückt werden, indem Fachbereiche oder Institute "den Kontakt mit der Wirtschaft pflegen". Das wird Betriebe freuen, die sich auf diese Weise die betriebliche Feinarbeit oder Umschulung zu ersparen versuchen, damit bei sich unproduktive Kosten sparen und sich bei der Universität dann mit einem neuen Overheadprojektor bedanken. Der Versuch, den Markt hinsichtlich der gewünschten Qualifikation - eine Arbeitsplatzgarantie wird kein Betrieb der staatlichen Universität geben - auszuschalten, wird andere Marktnutznießer kaum gleichgültig lassen. Immerhin ist die Aufgabe der Hochschule nicht erfüllt, den Bedarf *aller* Nachfrager allgemein zu bedienen und zwar zugunsten einer bedarfsgerechten Ausbildung für eine ganz bestimmte Nachfrage, mit der die anderen dann vielleicht nichts anfangen können. Mit Sicherheit würden solche Beschwerden dann mit Großzügigkeit übergangen, wenn es sich um national bedeutsame Betriebe handelt. (10)

Unistreik: StudentInnen brauchen mehr "Professor'is"

mit der Etablierung dieses originellen Ausbildungszwecks bereits ein Anfang gemacht. Dort ist bereits ein sogenanntes Berufsgrundbildungsjahr für Hauptschüler eingeführt worden, die keine Lehrstelle finden. Weil für immer weniger Menschen, folglich auch für immer weniger jüngere Leute rentable Arbeitsplätze angeboten werden, gilt einigen Bildungspolitikern die "Überwinterung", das "Parken" im Ausbildungswesen als eine Zwischenlösung. Mit der wird zwar kein neuer Arbeitsplatz geschaffen, aber die nicht zu vermittelnde Jugend einer "sinnvollen Tätigkeit" zugeführt, für die es nur ein Ausbildungskonzept gibt: Wer in der Schule

b) Die "Reform"

Zwischen diesen Positionen gibt es ein Hin und Her; für keines der Konzept ist eine Entscheidung gefallen. Bildungsökonomen dürfen ausrechnen, was "uns" teurer kommt. Vielleicht einigen sich die bildungspolitischen Behörden auch darauf, es bei einer "Vielfalt" konkurrierender Konzepte zu belassen. Ohnehin besteht für sie *keine Entscheidungsnot.* Und das liegt daran, daß die Unzufriedenheit mit dem, was in den Unis läuft, so groß nicht ist.

Es läßt sich sogar umgekehrt feststellen, daß dem Status Quo durchaus "reformerische" Seiten abgewonnen werden. Gerade in jenen Bedingungen, *gegen* die Studierende heute protestieren, entdecken manche Bildungspolitiker - im Widerspruch zur Logik des reinen Sparkonzepts - einen relativ kostengünstigen Weg der Bewältigung von Studentenbergen. Sie sehen im *Konkurrieren unter erschwerten Bedingungen* ein voll taugliches *Instrument der Selektion.* Sollen sich dann eben "die Besten" unter härteren Bedingungen durchsetzen, heißt das Motto, dann kommt auch der richtige Nachwuchs für die Elite heraus; wobei "die Besten" solche Studierende sind, die privat über jene günstigen "Studienbedingungen" verfügen, die ihnen die Universität nicht bietet: Die also nicht für ihr Studium arbeiten müssen, die nicht auf die Bibliothek angewiesen sind, die über Beziehungen verfügen und sich Repetitorien leisten können. Für diese Reform muß in der Tat wenig geändert werden. Für sie wäre der *Verzicht* auf neue Hochschullehrerstellen, auf verbessertes Bafög, auf bessere Ausrüstungen usw. gerade das positive *bildungspolitische Mittel.* Studenten müßten sich sagen lassen: „Das, wogegen ihr protestiert, mag zwar für Euch eine Unannehmlichkeit und eine Erschwerung des Studiums sein, für uns, die Bildungspolitiker, die andere, übergeordnete Maßstäbe anlegen und durchsetzen, ist eben dieser Zustand ziemlich wünschenswert, da er die *Selektion zur Leistung Eures Konkurrierens* macht!" Und wenn dabei viele vorzeitig das Handtuch werfen, dann würde dadurch eben mehr Platz frei für den "begabten" Rest. In der Debatte läuft das auch unter dem zynischen Motto "Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit".

Daß damit die Uni auch eine Art Parkplatz wird, ist gewünscht. Allerdings hält sich diese Funktion in Grenzen, denn wenn die Zwischenprüfungen nicht bestanden sind, ist es mit dem Parken auch wieder vorbei. Dann wären die "Begabten" unter sich, und um die Funktionsfähigkeit der "Elite" müßte sich niemand mehr Sorgen machen. Sie dürften sich in der "autonomen Verwaltung" der Hochschule bewähren und würden bei Sponsoren einen guten Eindruck machen. Der gescheiterte weil "unbegabte" Akademiker könnte sehen, ob er in einer anderen, untergeordneten Bildungsanstalt unterkommt. Auf jeden Fall wäre er dort besser aufgehoben, weil die Parkkosten nach unten abnehmen. Und irgendwohin muß er ja. Früh genug werden ohnehin Teile des Nachwuchses erfahren, daß das Bildungswesen keine soziale An-

stalt ist. Die stehen dann "im Leben", "auf eigenen Beinen", sprich: "auf der Straße" und müssen ihre Lage bewältigen - mit der neuen Mischung aus ausbildungsfremder Teilzeitarbeit, Sozialhilfe, Moral und polizeilicher Aufsicht.

Fazit

In ihrem Streik um bessere Studienbedingungen und gegen "Bildungsklau" haben die Studenten das Entscheidende verpaßt. Die so eifrig geführte *bildungspolitische Debatte* um eine Reform der Universitäten ist nur die ideologische Begleitmusik dazu, daß das Ziel der gegenwärtigen Reform - Kosten zu sparen und die Studentenberge loszuwerden - in weiten Teilen *durch den Status Quo der Unis längst praktisch entschieden ist.* Was an den heutigen Unis in Sachen erschwerter Studienbedingungen läuft, ist nicht der Verzicht auf Reform, sondern im Gegenteil eine Methode, mit der die Bildungspolitik ihren aktuellen, selbsterteilten Auftrag erledigt. Wenn die Streikenden dagegen dies Reformprogramm als *Versagen* der Bildungspolitik geißeln, dann lassen sie sich in ihrem Protest nur von dem ziemlich unverwüstlichen guten Glauben leiten, daß "unser aller" politisches Gemeinwesen einen so schnöden Umgang mit seinen akademischen Bildungsstätten und den in ihnen Lehrenden und Lernenden nie und nimmer mit Willen und Bewußtsein im politischen Programm haben kann. Da haben sie unrecht - und diese Täuschung kommt den Politikern gerade recht.

Politiker aller Parteien haben für den studentischen Streik *Verständnis* gezeigt - was nur die herablassende Form der Mitteilung ist, daß sich in der Sache natürlich nichts schiebt. Am Streik haben sie genau diesen Geist des Vertrauens in die Politik entdeckt und ihn herausgestrichen. Dem demonstrierten Interesse an besseren Studienbedingungen haben Politiker einen generellen Reformwillen entnommen, und *den* loben sie. An dem finden sie gut, daß Studenten sich nicht - wie andere, in der letzten Zeit in die Schlagzeilen geratene Jugendliche - politikverdrossen dem "Hedonismus hingeben", ausflippen, "null Bock" haben oder sich der Jugendgewalt-Szene zuordnen. Insofern ist das politischen Wohlwollen, das den Demonstranten entgegengeschlagen ist, auch nicht einfach eine *Reaktion* auf die Proteste; die sind nur *Anlaß* für eine, ganz der eigenen Berechnung folgende politische Mitteilung an die Adresse der studierenden Jugend, die zukünftige Elite. So und nicht anders ist sie *gewünscht:* Studierwillig und zugleich kritikfähig, leistungsbereit und doch selbständig, aufmüpfig und doch der gewählten Politik vertrauend. Ansonsten gilt: Die Zeit ist vorbei, in der den Studenten die Diplome auf dem Silbertablett nachgereicht werden. Sie müssen selbst etwas für die Reform tun. Der Eigeninitiative sind nur die Grenzen gesetzt, die die Politik vorgibt. Niemand hat etwas dagegen, wenn Studierende für Bücher Blut spenden, Sponsoren in der Industrie suchen oder in der Freizeit Bibliotheksdienst schieben.

Noch dem resignierenden Kommentar der letzten Streiktage, die Studenten hätten von den Politikern nur "Lippenbekenntnisse" gehört, war zu entnehmen, daß Studenten von den Politikern nur in ihrer Erwartung *enttäuscht* sind, nicht aber, daß sie ihre Erwartung selbstkritisch reflektiert oder wenigstens die Klarstellungen begriffen hätten, mit denen die Politik das Verhältnis zu ihnen zurechtrückt. Dabei ist ihnen nicht einmal etwas versprochen worden: Die Politiker haben das Anliegen von *Universitätsreform überhaupt* bekräftigt, aber den *studentischen Anliegen* eine Absage erteilt. Die Bildungspolitiker - und zwar die aus allen Parteien - meinen *ihre* Reform und sonst nichts. Sie sehen keinen Grund, die gültige bildungspolitische Linie in Frage zu stellen; Parolen wie "Bildungsklau" beeindrucken sie nicht, weil sie sich an dem Maßstab allgemeiner Volksbildung gar nicht messen lassen wollen. Ansonsten verlassen sich die Inhaber der Staatsmacht in gewohnter Weise auf die gültigen gesellschaftlichen *Zwänge,* die der Jugend gar nichts anderes übriglassen als genau die "Angebote" nach Kräften wahrzunehmen, die ihnen die Politik gerade anbietet, d.h. aufdrückt. Als Student muß man sich dann nur noch die Perspektiven, die einem als "höherqualifizierte" Berufstätige oder als Teil des unbrauchbaren nationalen Menschenmaterials geboten werden, in "persönliche Chancen" übersetzen - dann kann man, bildungspolitisch gesehen, eigentlich gar nichts mehr verkehrt machen.

Margaret Wirth, Januar 1998

(Margaret Wirth ist Hochschullehrerin an der Universität Bremen)

Anmerkungen:

(1) Wer die durch nichts außer einem gutem moralischen Klang untermauerte Behauptung aufstellt, daß ein Lehrstuhl für vergleichende Kulturwissenschaft - um ein beliebig herausgegriffenes Beispiel zu nehmen - "unserer Gesellschaft" doch um ein Vielfaches geldwerter zu sein hätte als ein Eurofighter, muß sich nicht wundern, wenn ihm entgegengehalten wird, daß man Landesverteidigung und gelehrtes Dichten nicht gegeneinander ausspielen darf. Mehr, als daß *ihm* das Ergebnis des staatlichen Abwägens *in diesem Falle* nicht paßt, hat er ja mit seinem Einfall gar nicht zu Protokoll geben wollen.

(2) Eine verbreitete Kritik an dieser "Sachzwangideologie" heißt: Nicht Sachzwänge, sondern fremde, nämlich "Kapitalinteressen" seien es, denen das hohe Gut "Bildung" geopfert werde. Allerdings ist die Erklärung staatlicher Maßnahmen als Wirkung des Einflusses, den eigennützige "Kräfte" *auf* die Politik ausüben, nur eine kritische Fassung der Vorstellung, "eigentlich" habe sich die Politik um das Wohl von "uns allen" zu kümmern, und werde nur durch mächtige Sonderinteressen vom guten Wege abgebracht. Wobei einem immerhin einfallen könnte, daß es doch merkwürdig ist, daß sich die Politik immerzu von *denen* beeinflussen läßt. Steckt da vielleicht "System" dahinter? Oder hat es gar mit dem Inhalt des Staatsprogramms selbst zu tun?

(3) Das häßliche Wort "Selektion", die in unserem Bildungswesen bekanntlich als fortschreitender *Ausschluß* von der Teilnahme an höheren Bildungsveranstaltungen erfolgt, soll ja auch schon in Pädagogikseminaren vernommen worden sein - gepaart mit der kritischen Sorge, ob bei der stattfindenden Auslese auch die unterschiedlichen Interessen, Neigungen und Begabungen der Kinder hinreichend Berücksichtigung finden. "Elite" gilt unter Studenten deshalb als Schimpfwort: Lieber stellt man sich seinen späteren Beruf als Ausübung einer Sachaufgabe in einem sinnreich organisierten arbeitsteiligen Staatsverband vor, in der "nun einmal" die einen zur Müllabfuhr, die anderen zur Genehmigung von Müllverbrennungsanlangen berufen sind.

(4) Natürlich verlangt keiner von denen, die sich über die mangelnde "Orientierung" des Bildungssystems an den "gesellschaftlichen Anforderungen" beschweren, im Ernst, daß *vorher* festgelegt werden soll, wieviel Stahlarbeiter und Bundespräsidenten gebraucht werden und was diese lernen sollen. Das wäre ja glatt *Zwang;* während *Freiheit* ist, daß sich jeder *selbst* für einen Ausbildungsgang entscheiden und in ihm versagen oder bei der Berufswahl auf die Nase fallen darf.

(5) Wie wenig man dafür *wissen* muß, bezeugt die Tatsache, daß das Musterland des sozialen Friedens und des Wirtschaftswunders mit diversen Graden von Analphabetentum in seiner Bevölkerung offenbar gut leben kann.

(6) "Arbeitsbeschaffung" geht inzwischen über den Weg der Umverteilung vorhandener Arbeit auf mehr Arbeitsuchende (610/520-DM, Altersteilzeit usw.). Wer sich theoretisch kundig machen will über diese kapitalistische "Gesetzmäßigkeit", über den Zusammenhang von Kapitalakkumulation und Arbeitslosigkeit, dem sei die Lektüre von K. Marx, Das Kapital, Bd. 1, Kap. 23, empfohlen.

(7) Bildungswissenschaftler, die behaupten "wir brauchen noch mehr Studenten", machen mit dieser absurden Rechnung sich und denen etwas vor. Sie gehen von einem "wir" aus, dem jede materielle Basis abgeht. In Wahrheit sagen sie: "Ich kann mir gesellschaftliche Verhältnisse vorstellen, unter denen es gar nicht genug Studierende geben kann!" So kann man sich auch über die Erklärung der Realität hinwegtrösten.

(8) Es belegt den Idealismus von Studenten, die sich munter an der Debatte über Gebührenmodelle beteiligen, die *allen* das Studieren ermöglichen sollen (vgl. Australien und Großbritannien), wo es der hiesigen Bildungspolitik - im Unterschied zu der in Australien und Großbitannien - gerade darauf ankommt, den "Studentenberg" abzubauen.

(9) Das galt einmal als der Skandal der "verdeckten Arbeitslosigkeit" und wurde vor allem in der ehemaligen DDR entdeckt.

(10) Dasselbe bei der Einwerbung von Drittmitteln für Forschungsaufträge aus der Industrie. Dabei kommt dann sicher die Grundlagenforschung zu kurz.

Die Erforschung neuronaler Grundlagen kognitiver Prozesse an der Universität Bremen.

Grober Unfug: Von Professoren, Affen und Erkenntnis

Seit Oktober ist der umstrittene „Affenfolterer" Kreiter als Professor an der Universität Bremen - bislang allerdings affenlos. Der bei Tierversuchen vorgeschriebene Genehmigungsantrag liegt der Ethikkommission der zuständigen Senatsbehörde für Frauen, Umwelt, Gesundheit und Alles Mögliche vor. Bis von diesem Gremium über den Antrag entschieden wird, mag aber noch viel Wasser die gleichfalls in den Zuständigkeitsbereich dieser Behörde fallenden Weser hinunterfließen.

Stellungnahmen verschiedener Fachinstitute sollen eingeholt werden: Dann wird man weitersehen. Das Öffentlichkeitsreferat der Senatsbehörde gibt darüber Auskunft, daß sich die Kommission „in absehbarer Zeit mit dem Thema auseinandersetzen" wird. Wie lange das dauern werde? Da es in Bremen noch nie Versuche an Primaten gegeben habe, also keine vergleichbaren Fälle existierten, könne man über die Dauer dieses Verfahrens „keine Prognose" abgeben.

Wir werden sehen. Währenddessen wird an einem Gehege zur Unterbringung der Makakenaffen im Botanischen Garten geplant. Vielleicht gibt sogar schon eine Baustelle zu besichtigen? Aber an der Uni werden nicht nur bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der „Affenschande" ergriffen. Einige ProfessorInnen verfaßten ein Memorandum (abgedruckt in der Frankfurter Rundschau) gegen die Primatenversuche. Andere ProfessorInnen konterten mit einer Stellungnahme, die die GegnerInnen der Versuche offen diffamierte: Mit Bestrebungen (so der Tenor), die Freiheit der Forschung einzuschränken, habe man ja gerade in der deutschen Geschichte nicht so gute Erfahrungen gemacht ...

Ca. 50 HochschullehrerInnen haben sich bis jetzt die Verteidigung der „Freiheite der Forschung" auf die Fahnen geschrieben. Uni-intern sind die VerteidigerInnen dieser Position aber auch kräftemäßig klar in der Defensive: Das Memorandum gegen die Primatenversuche wurde inzwischen von 105 HochschullehrerInnen und von 470 wissenschaftlichen und sonstigen MitarbeiterInnen unterzeichnet.

An der Uni, stärker aber noch in der allgemeinen öffentlichen Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn von Kreiters Forschungsvorhaben, verlaufen die Argumentationen pro und contra anhand sattsam bekannter und unergiebiger Linien. Die eine Seite beruft sich auf die Freiheit der Forschung und die von ihnen gepflegte „vorurteilsfreie" wissenschaftliche Grundhaltung. Darüberhinaus wird - auch ein beliebtes Argument! - der Nutzen von Tierversuchen bei der Bekämpfung menschlicher Krankheiten hervorgehoben. Die andere Seite hält Tierversuche überhaupt und Primatenversuche im besonderen aus ethischen Gründen für unzulässig und verweist auf das Problem der Übertragbarkeit der Ergebnisse von Tierversuchen auf den Menschen.

Studenten lehnen Tierversuche ab

Gruppe bekannte sich zu Farbanschlag

(rog) Eine Gruppe mit dem Namen „Aktion Tierbefreiung Bremen" hat sich gestern zu dem Farbanschlag auf ein Labor in der Universität Bremen bekannt. Wie berichtet, sollen zukünftig in dem Bereich Experimente mit Makakenaffen stattfinden.

Die Tierversuchsgegner nannten die geplanten Experimente in ihrem Schreiben „brutal und unethisch". Sie seien ein Ausdruck der menschlichen Arroganz gegenüber Tieren. Die Vollversammlung der Studierenden sprach sich gestern mit großer Mehrheit gegen Primatenversuche an der Universität aus. Die Planungen für die Unterbringung der Affen müßten sofort gestoppt werden. Der Direktor des Instituts für Hirnforschung, Professor Gerhard Roth, betonte gestern gegenüber unserer Zeitung, daß bisher nur ein kleiner Kreis von Studenten die Experimente ablehne. Bei den radikalen Tierversuchsgegnern handele es sich vermutlich sogar um Externe. Zugleich forderte Roth die Universitätsleitung auf, das Institut und die Räume besser als bisher zu sichern. Die kleine Gruppe von radikalen Gegnern könne man nicht durch Argumente überzeugen. Nach Auskunft der Universität richteten die Unbekannten einen Schaden in Höhe von rund 8000 Mark an.

Artikel des Weser-Kuriers vom 11.7.97

Neben der moralischen Frage, ob es zulässig ist, aus wissenschaftlicher Neugier Affenköpfe aufzuschrauben und zu zerstören, stehen aber auch theoretische und wissenschaftspolitische, die in der bisherigen Auseinandersetzung zumeist ausgeklammert werden: Wer erforscht was? Warum wird ausgerechnet das erforscht? In welchen institutionellen Kontexten steht diese Forschung? etc. Wer allein moralisch gegen die Primatenversuche Kreiters argumentiert, übersieht leicht, daß auch dann gute Gründe gegen sein Forschungsprojekt gäbe, wenn es nicht mit Affenversuchen verbunden wäre.

Ein solcher Grund ist die Tendenz zu „naturalisierenden" und „reduktionistischen" Erklärungsansätzen in der Hirnforschung, das heißt: der Versuch, Bewußtseinsphänomene auf Gehimprozesse zu reduzieren oder zumindest zurückzuführen. Manchmal wird das auch so formuliert, daß es verschiedene „Beschreibungsebenen" eines Phänomens gäbe, und es gelte, die Beschreibung von Bewußtseinsprozessen auf die Beschreibung physikalischer Prozese zurückzuführen. Dies ist im späten 20. Jahrhundert (anders als zu Marxens Zeiten?) offensichtlich kein emanzipatorisches Projekt. Daß das Sein das Bewußtsein bestimmt ist hier im rein physikalischen (bzw. neurophysiologischen) Sinne gemeint: „Bewußtsein ist das Produkt eines Informationsverarbeitungsprozesses; es ist das Produkt der repräsentationalen Aktivität des Nervensystems." (So der Bremer Prof. Flohr, Denken und Bewußtsein, S. 351) Und leicht bedauernd (man ist ja liberal) wird konstatiert: „Die wichtigste - und erschreckendste - Konsequenz dieser Entwicklung [einer naturalistischen Erklärung des Bewußtseins] wird sein, daß das Konzept des Subjekts, die Idee, daß ein 'Ich' diejenige Instanz sein wird, die Träger mentaler Phänomene ist, fragwürdig und hinfällig werden wird." (Ebd., S. 352). Prof. Roth (ebenfalls an der Bremer Uni tätig) hat dies auf die unsinnige These zugespitzt, daß Willensfreiheit nur eine Illusion sei, die 'uns' unser 'Gehirn' vorgaukele.

Prof. Roth und Prof. Flohr sind beide Mitglieder sowohl des interdisziplinär ausgerichteten „Zentrums für Kognitionswissenschaften" an der Bremer Universität als auch des neuen Sonderforschungsbereichs „Neurokognition" bzw. „Kognitive Lei-

stungen und ihre neuronalen Grundlagen", der prestigeträchtig und großzügig mit 4,5 Millionen DM von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird. Diesem Sonderforschungsbereich (SFB) ist auch die Professur von Andreas Kreiter zugeordnet: *„Das Ziel des SFB 'Neurokognition' ist die Untersuchung der Frage, wie im Gehirn von Tier und Mensch kognitive Leistungen, d. h. Wahrnehmungen, zeitliche und räumliche Orientierung, Lernen, Erkennen, Erinnern, Vorstellen, Denken, Planen und Verhaltenssteuerung zustandekommen,"* heißt es in der Selbstdarstellung des SFB vom Dezember 1995. Auf dieser Grundlage versucht Kreiter zu erforschen, wie im Falle visueller Wahrnehmung im Gehirn Bedeutungen entstehen. Während den Affen Bilder von durchgehenden oder unterbrochenen Balken vorgeführt werden, wird in ihrem Gehirn die neuronale Aktivität gemessen.

Diese Art von Forschung kann aber die Frage nach dem Entstehen von Bedeutungen prinzipiell nicht beantworten - weil sie die Möglichkeit bewußt ausklammert, daß die Erforschung der Entstehung von Bedeutungen sinnvollerweise in sozialen und kulturellen (statt in neuronalen) Kontexten angesiedelt wäre. Anders ausgedrückt: Sogar wenn sich erforschen ließe, was angesichts einer gegebenen Wahrnehmung der Gehirnzustand des wahrnehmenden Subjektes wäre (und daß hier ernsthafte Schwierigkeiten bestehen, räumt ja auch Kreiter ein [1]), wäre das Phänomen der *Bedeutung*, die aus einer unbestimmten Wahrnehmung erst ein sinnhaftes Vorkommnis macht, nach wie vor völlig ungeklärt. Es ist die erklärte Absicht des SFB „Neurokognition", zu einer Erklärung „kognitiver Leistungen" (Denken, Erkennen, Wahrnehmen, Erinnern etc.) beizutragen. Dabei wird allerdings ein höchst eingeschränkter Erklärungsbegriff zugrundegelegt: „Eine Erklärung kognitiver Leistungen besteht in der Angabe gesetzmäßiger Zusammenhänge zwischen neuronalen Prozessen und beobachtbaren kognitiven Leistungen (einschließlich der Berichte von Versuchspersonen über innere Erfahrungen)."

(Selbstverständniserklärung vom Dezember 1995) Da wundert es nicht, wenn zwar Interdisziplinarität beschworen wird, in der allein kognitive Leistungen wirklich erforscht werden können (Roth im April 1996) - gleichzeitig (kritische) Sozial- und Geisteswissenschaften aus dem Forschungsvorhaben aber ausgeklammert bleiben.

Kundgebung von TierschützerInnen auf dem Bremer Marktplatz am 18.11.97

Daß die Bremer Gehirnforscher sich nicht selbst als in sozialen und kulturellen Zusammenhängen Handelnde reflektieren, versteht sich von selbst. Was hätte auch Gehirnforschung mit der sozialen Positionierung ihrer AkteurInnen zu tun? Ob erklärtes Ziel oder nicht: Gehirnforschung à la Kreiter, Roth und Flohr trägt dazu bei, Perspektiven einzuschränken: „Der Mensch" wird auf ein naturwissenschaftliches Phänomen reduziert, und soziale, kulturelle und damit auch politische Dimensionen werden ausgeblendet, verschwinden aus dem als relevant wahrgenommenen Bereich. Diese Einwände gegen Kreiters und andere Forschungsprojekte bestehen unabhängig von stattfindenden oder nicht stattfindenden Affenversuchen. Es geht hier letztendlich auch nicht um Affenversuche, sondern um die Definitionsgewalt über Bedeutungen. Eine rein moralische, vom Inhalt der Forschung losgelöste Kritik an Kreiters Versuchspraktiken greift darum zu kurz.

Radikale TierschützerInnen randalierten in den NW 2-Arbeitsräumen der HirnforscherInnen und richteten erheblichen Sachschaden an.

Wenn all dies mit der von Roth und Co. beschworenen Verbesserungen bei der Krankheitsbekämpfung nicht viel zu tun zu haben scheint, dann liegt das daran, daß es damit tatsächlich nichts zu tun hat. Der Hinweis auf zu gewinnende Erkenntnisse für die Behandlung irgendwelcher schrecklichen Krankheiten wie Alzheimer, Multipler Sklerose oder Schizophrenie hat bloß legitimatorischen Charakter. Dies muß genauso deutlich gemacht werden wie die Mahnung an TierschützerInnen, daß das Problem der Gehirnforschung auch über die Frage der Tierversuche hinausgehende Dimensionen hat.

Susanne Klickerklacker

Anmerkung:
(1) Vgl. z.B. die Einleitung in seine Dissertatiton, S.8f

Literatur:

Flohr, H.: Denken und Bewußtsein, in: J Fedrowitz/ D. Matejovski/ G. Kaiser (Hg.), Neuroworlds. Gehirn - Geist - Kultur, Frankfurt/ New York 1994.
Kreiter, A., Kodierung neuronaler Assemblies durch kohärente Aktivität: Korrelationssysteme im Sehsystem von Säugetieren, Dissertation, Tübingen 1992.
Roth, G.: Die Fähigkeit zur Selbstbewertung ist eine der hervorstechendsten Eigenschaften von Gehirnen. Ziele und Arbeiten des Sonderforschungsbereichs „Kognitive Leistungen und ihre neuronalen Grundlagen" an den Universitäten Bremen und Oldenburg. Universität Bremen: Impulse 21, April 1996.
„Sonderforschungsbereich Neurokognition bewilligt". Uni Pressestelle, Dezember 1995.

Lesetip der Redaktion zum Thema Hirnforschung:
O. Breidbach: Die Materialisierung des Ichs. Zur Geschichte der Hirnforschung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1996.

Erklärung des Kurdisch-Deutschen Solidaritätsvereins

Zu der Durchsuchung am 10.12.1997 und den darauffolgenden Presseberichten.

Unser Verein wurde im Dezember 1995 gegründet und hat seit dieser Zeit intensiv an einem Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen, wie Parteien, Verbänden, Kirchen und der kurdischen Bevölkerung in Bremen mitgewirkt. Daneben liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit in der sozialen Betreuung kurdischer Flüchtlinge und Migrant/innen, der Pflege und Weitergabe der kurdischen Kultur und der Verbreitung von Informationen zur Verfolgung der Kurd/innen in ihren Heimatländern und im Exil.

Der Verein ist Treffpunkt und Diskussionsort für den größten Teil der kurdischen Bevölkerung in Bremen, die hier ihren sozialen und kulturellen Bezugspunkt bilden. Mit den staatlichen Angriffen, mit denen wir durch die Durchsuchungen und den anschließenden Äußerungen von Staatsanwaltschaft und Politik konfrontiert werden, droht unserer Arbeit und dem begonnenen Dialog ein Ende bereitet zu werden.

Unsere Haltung, den Dialog auch einseitig voranzubringen, damit friedliche und demokratische Wege gesucht werden können, den Krieg gegen das kurdische Volk zu beenden und hierfür Partner und nicht Gegner in Europa zu finden, schlug sich in den Aktivitäten und Erklärungen des Vereines nieder. Zuletzt in einer klaren Absage an jegliches gewalttätiges Vorgehen in Stellungnahmen und Leserbriefen anläßlich der Berichterstattung zu vermeintlichen Konflikten zwischen kurdischen Aleviten und sog. PKK-nahen Kurden in der Bremer Presse.

Die Durchsuchungen stellen einen schweren Einschnitt in dieser Zeit der Kooperation dar. Ein Ermittlungsverfahren gegen fünf Kurden aus Bremen wurde zum willkommenen Anlaß genommen, den Verein zu durchsuchen. Der Vorwand, Beweismittel in o.g. Ermittlungsverfahren zu sichern, diente nur der weiteren Verunglimpfung des Vereins, der Einschüchterung seiner Mitglieder und Besucher. Nicht zuletzt wird das wiederholte - fast schon lächerlich wirkende - Vorzeigen von Bildern des PKK-Vorsitzenden Öcalans und Flugblätter zum Beweis für den Erfolg der Maßnahme herangezogen.

Die Offensichtlichkeit des reinen vorgeschobenen Beweissicherungsinteresses der Polizei zeigt sich nicht allein in der absurden Mitnahme von Photos und Flugblättern in einem Ermittlungsverfahren zu vermeintlicher Spendengelderpressung.

Die Phase des Dialoges wird durch solche Maßnahmen einseitig durch die Verantwortlichen in der Bremer Politik gefährdet. Der "Kurdisch-Deutsche Solidaritätsverein" setzt weiter auf Verständigung und lehnt jede Form von gewalttätigem Vorgehen ab.Im Vorwahlkampf sollen die Themen „Innere Sicherheit" und „Ausländerkriminalität" durch das Schüren der Angst vor den „kriminellen Kurden" angeheizt werden.

Ursachen liegen in den Profilierungssüchten der Politiker, die im Vorwahlkampf auf der Woge einer Welle von Angriffen und Vorurteilen gegen Teile der ausländischen Bevölkerung sich als Gewinner einer Stimmung wähnen, die, wie in Hamburg, allein neonazistischen und anderer rechten Kräfte dienen. Mittlerweile wird der Bremer Innensenator nur noch in einem Atemzug mit seinen Kollegen in Bayern und Berlin genannt.

Ursachen liegen aber auch in dem Ablenkungsmanöver von der Menschenrechtssituation der Kurd/innen in der Türkei und Kurdistan, die durch die Reden von Yasar Kemal und Günther Grass eine neue Aktualität gewonnen hat und die aus Sicht vieler Türkeilobbyisten wieder verstummen muß. Durch die Abstempelung der Kurden/innen als ‚kriminell' soll ihnen nun endgültig der Anspruch auf Menschenrechte und nationale Selbstbestimmung verwehrt werden.

Auch in den Tatvorwürfen gegen die fünf beschuldigten Kurden sehen wir einen Versuch, diese "Kriminalisierungskampagne" weiterzuführen. Sie ist aber auch Ergebnis der unsäglichen Aufrufe der Bremer Polizei, die kurdische und türkische Mitbürger zur Denunziation anhält, Versprechungen materieller Art und Erleichterung in Aufenthaltsproblemen zusagt. Damit werden Leute angespornt, sich zu melden und kurdische Mitbürger zu belasten, die hierin Vorteile für sich selbst sehen. Mit kriminologischer Arbeit hat das nichts zu tun.

Im Resultat werden den Kurd/innen dann Spendengeld-Erpressungen unterstellt. Diese Vorwürfe richten sich im Ergebnis, in den Medien und der öffentlichen Wahrnehmung, nicht gegen einzelne, sondern diffamieren alle hier lebendenen Kurd/innen. Und das ist mit solchen Verfahren auch gewollt.

Während der Pressekonferenz des Kurdisch-deutschen Solidaritätsvereins am 13.12.97

Kurdisch-Deutscher-Solidaritätsverein

Kurdisch-Deutscher-Solidaritätsverein e.V, Faulenstr. 9, 28195 Bremen, Tel.: 0421/1692520, Fax.: 0421/1691795

Hausdurchsuchung im Antirassismus-Büro und Sielwallhaus

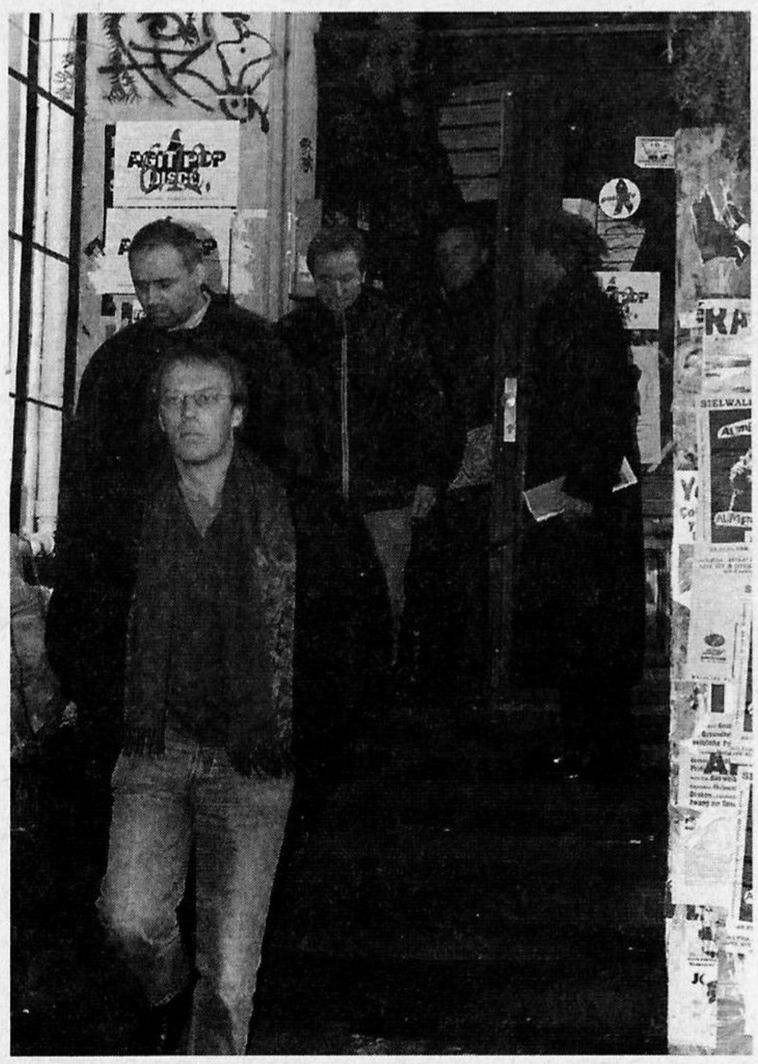
Alle Jahre wieder

Am 3. Dezember wurden das Antirassismus-Büro (ARAB) sowie alle anderen Räumlichkeiten des Sielwallhauses durchsucht. Der Durchsuchungsbeschluß wurde im Rahmen eines laufenden Ermittlungsverfahrens gegen mutmaßliche Verantwortliche des Antirassismus-Büros wegen "Beleidigung, Verleumdung u.a." erlassen.

Diese Vorwürfe beziehen sich auf Publikationen, die im Rahmen der *Aktionstage gegen rassistische Polizeigewalt* vom Antirassismus-Büro und anderen Gruppen veröffentlicht wurden, wie ein vierseitiges Flugblatt, das zu einer Demonstration am 19. September 1997 und den vorausgehenden Aktionstagen aufrief, sowie ein Flugblatt zur Erteilung von Fahrverboten gegen Schwarze in Bremer Bussen und Straßenbahnen.

Der Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichts Bremen vom 10. November soll wohl eine Art schlechter Scherz sein. Strafbar als "Beleidigung" und "Verleumdung" sollen inzwischen schon Formulierungen wie "rassistische Kriminalitätsdebatte" und "Polizeiterror" sein. Es ist pauschal die Rede davon, daß "Straftaten gebilligt" würden. Ein Beschluß, der nicht einmal konkret benennt, worum es eigentlich gehen soll, und sich stattdessen mit "u.v.a." behilft, hat mit der stets hochgehaltenen Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun. Offenbar scheint es inzwischen grundsätzlich strafbar zu sein, wenn sich das Antirassismus-Büro zum Thema Polizei und Rassismus äußert.

Es versteht sich von selbst, daß sämtliche in den Flugblättern gebrauchten Formulierungen von



Hausdurchsuchung am 3. Dezember 1997; im Vordergrund Polit-Staatsanwalt Picard

dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sind. Etwaigen Gerichtsverfahren sehen wir von daher mit größter Gelassenheit entgegen. Es sei darauf verwiesen, daß das mit großem (finanziellen) Aufwand gegen ARAB-Mitarbeiter betriebene Verfahren wegen angeblicher "Volksverhetzung" (inkriminiert und zeitweise beschlagnahmt war die Broschüre *Polizisten, die zum Brechen reizen)* mit Freispruch endete. Die Kosten trägt die Staatskasse (Rechnungshof?).

Die Arbeit des ARAB ist richtig, fundiert und erfolgreich. Die vom Antirassismus-Büro angeprangerten Praktiken sind international (amnesty international) und bundesweit aufgegriffen worden. Die Brechmittelvergabe wurde in Hessen und Berlin beendet, nachdem eine Frankfurter Rechtsanwaltskanzlei mit Unterstützung und Beratung des ARAB in einem konkreten Fall eine Grundsatzentscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt erwirkte. Kein Wunder, daß der besagte Anwalt in Frankfurt ähnlichen Anfeindungen seitens der Polizei ausgesetzt ist wie das ARAB in Bremen. Das Zwangsröntgen jugendlicher Flüchtlinge zum Zwecke der Altersfeststellung mit nachfolgender Anklage wegen schwerer mittelbarer Falschbeurkundung wurde nach Kritik und Protesten des ARAB im September 1995 von der Gesundheitssenatorin unterbunden. Die Kritik des ARAB an den Aufenthaltsverboten für Asylbewerber und den gegenüber Afrikanern ausgesprochenen Fahrverboten in Bussen und Bahnen der Bremer Straßenbahn AG ist bundesweit aufgegriffen worden - siehe einen großen Artikel in der Frankfurter Rundschau im Oktober 1997 sowie den Bericht in der ZDF-Sendung "Nachbarn" am 6. Dezember.

Die Bremer Innenbehörde und die Staatsanwaltschaft sind erkennbar daran interessiert, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln jegliche Kritik an den Praktiken der Bremer Polizei zu unterbinden. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß der Innensenator des kleinsten Bundeslandes mehrfach glaubte, mit wütenden Beschimpfungen ("Angriff auf den Rechtsstaat" etc.) die Glaubwürdigkeit von amnesty international in Zweifel ziehen zu können.

Wenn der Innensenator, der Bürgermeister, die Staatsanwaltschaft und die Polizeiführung tatsächlich ernsthaft behaupten wollten, es gäbe keine rassistischen Polizeipraktiken in Bremen, dann wäre das allerdings nichts weiter als interessengeleiteter, dumm-dreister Unsinn. Es sei daran erinnert, daß sich in Hamburg ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuß zwei Jahre lang (Oktober 1994 bis Oktober 1996) mit dem Thema beschäftigt und einschlägige Ergebnisse zutage gefördert hat.

Die von der Medienrazzia am 19. August 1996 in Bremen zum Teil betroffene und insgesamt darüber empörte Presse sollte in diesem Zusammenhang zur Kenntnis nehmen, daß es bei den gegen das Antirassismus-Büro gerichteten Maßnahmen nicht um die Aufklärung von Straftaten geht, sondern einzig und allein darum, eine unbequeme und für die Behörden nervige Stimme mundtot zu machen. Die Durchsuchungen sind ein Angriff auf das Grundrecht der freien Meinungsäußerung.

Antirassismus-Büro

(redaktionell überarbeitet)

Antirassismus-Büro (ARAB), Sielwall 38, 28203 Bremen, Telefon: 0421-706444, Fax: 0421-706445, eMail: arab@is-bremen.de

AStA-Pressemitteilung zur Hausdurchsuchung am 16.01.98

Am 16. Januar um 8.30 Uhr wurden die Privatwohnungen ehemaliger AStA-Mitglieder durchsucht. Aufhänger war ein Flugblatt, des „Komitees für unzensierte studentische Politik und freie Presse" vom vergangenen Sommer, in dem sich das Komitee gegen die Zensur studentischer Politik ausgesprochen hat. Seit über einem Jahr versucht ein Student dem AStA jede politische Äußerung gerichtlich zu untersagen. Aber das scheint ihm nicht zu reichen. Die Hausdurchsuchungen fanden vermutlich auf Grund einer Anzeige des Klägers wegen Verleumdung statt. Dem Staatsanwalt Picard war diese Verleumdung anscheinend so wichtig, daß er für diese Durchsuchung mehrere Beamte des K 73 (Komissariat für politisch motivierte Straftaten) einsetzte. Durchsucht wurden nicht allein die Räume der Beschuldigten, sondern auch die von MitbewohnerInnen. Die Beamten beschlagnahmten trotz vorgelegtem Eigentumsnachweis auch deren Computer. Der AStA der Uni Bremen sieht diese Vorgänge im Zusammenhang mit den Versuchen, den AStA politisch mundtot zu machen, und dem Vorstoß der Bremer CDU, im Rahmen der geplanten Änderung des bremischen Hochschulgesetzes, die Verfaßte Studierendenschaft abzuschaffen. Das Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft ist in diesem Zusammenhang völlig unverhältnismäßig. Sollte es zur Regel werden, wegen solcher Bagatellen zum Mittel der Hausdurchsuchung zu greifen, wird die Bremer Polizei mit ihrer Arbeit wohl nicht mehr nachkommen ...

AStA der Uni Bremen, 16.1.98

Solidaritätserklärung

Am 3. Dezember 1997 wurde das ARAB (Antirassismus-Büro) zum wiederholten Mal von der Polizei durchsucht. Anlaß des jüngsten "staatlichen Überfalls" (taz Bremen vom 4.12.97) auf das ARAB waren dessen Aktionstage gegen rassistische Polizeigewalt im September. Gesucht wurden die VerfasserInnen von Plakaten und Flugblättern, in denen die in Bremen vorherrschende rassistische Kriminalitätsdebatte und der hier gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgeübte Polizeiterror benannt werden. Ermittelt wird wegen Beleidigung, Verleumdung u.a.

Wir erklären uns solidarisch mit dem ARAB und verurteilen die polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Verfolgung anti-rassistischer Arbeit auf das schärfste!

Das ARAB stellt sich konsequent auf die Seite rassistisch Verfolgter. Es organisiert Öffentlichkeit und Protest gegen Mißhandlungen von SchwarzafrikanerInnen auf dem 3. Polizeirevier und die schikanöse Brechmittelvergabe; es mobilisisiert gegen Abschiebungen von Flüchtlingen und unterstützt deren Proteste, wie den Hungerstreik im Lager Peenemünder Straße, wie Aktionen von BosnierInnen oder Flüchtlingen auf dem Lagerschiff „Embrica Marcel" für menschenwürdige Lebensbedingungen.

Angesichts der herrschenden Zustände sind antirassistische Gegenwehr und Organisierung mehr als notwendig und wir fordern alle auf, sich daran zu beteiligen!

Seit einigen Jahren wird die Arbeit des ARAB durch kontinuierliche polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Schikanen angegriffen. Der Aufwand, den die Bremer Polizei dabei betreibt, kann nur bedeuten, daß es sich um eine gezielte Strategie handelt, um anti-rassistische Arbeit zu kriminalisieren. Jede Veröffentlichung wird aufs Korn genommen; selbst eine Veranstaltung von Richtern der ÖTV, zu der das ARAB eingeladen war, wurde von Staatsschutzbeamten observiert; auf Kundgebungen wurden Beamte gesichtet, die minutiös mitschrieben. Es hagelt Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren, wahlweise wegen Beleidigung, Volksverhetzung oder Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Allerdings mußte die Broschüre *Polizisten, die zum Brechen reizen* - die gegen die Brechmittelvergabe Stellung bezieht - nach ihrer Beschlagnahme wieder zurückgegeben werden. Dieses Verfahren endete mit Freispruch.

Die Verschärfung von Gesetzen hält mit einer dermaßen hochmotivierten politischen Ermittlungstätigkeit noch nicht ganz Schritt. Es ist offensichtlich, daß es gar nicht um die angeführten Delikte geht, sondern darum, jegliche Kritik an rassistischen Maßnahmen, u.a. der Polizei, zu verbieten.

Aber verändert werden muß nicht die Politik des ARAB, sondern die rassistische Praxis Bremer Behörden!

Es muß Schluß sein mit den Versuchen, Kritik an rassistischen Strukturen und Tätlichkeiten zu verbieten!

Es muß Schluß sein mit Brechmittelvergabe, Platz- und Beförderungsverboten, Abschiebungen, Sondergesetzen für "AusländerInnen", Schluß mit den Lagern!

Bleiberecht für alle - Kein Mensch ist illegal

Solidaritätsbündnis gegen die Kriminalisierung anti-rassistischer Arbeit; Bremen, 9.12.97

Demonstration gegen rassistische Polizeigewalt am 19. September 1997

Diese Solidaritätserklärung wird unterstützt von:

BREMEN: alaska, Zeitschrift für Internationalismus; @narchistische @ltemative; Antifaschistisches Komitee; Autonome Antifa; Azubi Ini „eat the rich"; BAAF (Bremer Anti Atom Forum); BBA-Infoladen, Chiapas-Gruppe, FrauenLesbenInfoladen Mafalda; Infoladen Umschlagplatz; Jugend-Antifa; Jugendinitiative Sielwallhaus eV.; JungeLinke/JungdemokratInnen; KASSIBER, Stadtzeitung; Missing Link, Versandbuchhandlung; Suspekt, Schwul-Lesbische Initiative; Uni VV Bremen;

AK Antirassismus, AK GeKo, AK Lateinamerika, AK Kurdistan, AK Antirepression, AK Kultur, AG Tierrecht, Schwule Unigruppe, alle im ASta der Uni Bremen;

RA Gerhard Baisch; RAin Britta Korgel; RA Horst Wesemann; RA Martin Stucke; Edith Diewald und Michaela Müller, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen der BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport"; Prof Dr. Rudolph Bauer, FB 11 der Universität

BERLIN: BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V.; Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz; Rote Hilfe e.V. OG Berlin

GÖTTINGEN: Autonome Antifa (M); Anti Atom Plenum; FLegS (Frauen/Lesben gegen Sozialabbau; Frauen/Lesben Café im Juzi; Gruppe Rock gegen Rechts; Projekt Zuflucht;

Frauen/Lesben Geschichtsgruppe; Antirassismus Plenum; Basisgruppe Orientalistik, Sozialistische Undogmatische MathematikerInnen und PhysikerInnen Fachschaftsliste (SUMPF), Basisgruppe Jura, Fachschaftsräteversammlung (FSRV) alle Uni Göttingen;

HAMBURG: Antifa Fula; Buch- und Infoladen Schwarzmarkt; Volxcafé Uni Hamburg;

OLDENBURG: Redaktion Alhambra-Zeitung; Initiative für Offene Grenzen und gegen Sondergesetze; Viva Maria im Alhambra;

HGAS (Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen), Antirassistisches Demokratisierungskomitee, alternative Liste alle Carl-von-Ossietzky-Uni;

WEITERE STÄDTE: Initiative GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, Thüringen (Erfurt); Infobüro gegen Rassismus (Erlangen); Antifa (Gronau); Beschallungskollektiv (Gronau); Netzwerk „Kein Mensch ist illegal" (Köln); Anarcho/a Antifa (Rheine); Mumia-Soli (Rheine)

Genitale Korrekturen an intersexuellen Menschen

“It’s easier to make a hole than to build a pole”

Allgemein wird angenommen, daß ausschließlich zwei biologische Geschlechter existieren, Frau und Mann. Diese Einstellung wird nicht näher differenziert und reflektiert, ist doch die Zuordnung nach den Geschlechtsorganen angeblich eindeutig beim jeweiligen Geschlecht angelegt: Eierstöcke oder Hoden. Genetisch werden Frauen und Männer auf die Chromosomen XX oder XY (Karyotyp) festgelegt.

Dabei gab es schon immer Menschen, deren biologisches Geschlecht keine eindeutigen Merkmale trägt: seit nahezu 50 Jahren werden sie einem der beiden Geschlechter chirurgisch und hormonell zugewiesen. Eltern sollen nicht in Verlegenheit kommen, sich mit gesellschaftlich definierten Abnormalitäten auseinandersetzen zu müssen. Für die Betroffenen hingegen entstehen massive Folgeschäden.

Von Hermaphroditen zu Intersexuellen

Bereits in griechischen Sagen tauchen zweigeschlechtliche Mischwesen auf, die sogenannten Hermaphroditen (eine Mischung aus der Göttin Aphrodite und dem Götterboten Hermes). Hermaphroditen wurden in den Göttersagen bewundert. Im alten Rom jedoch wurden die menschlichen Hermaphroditen als Monster betrachtet und in einem ‘Reinigungszeremoniell’ verbrannt.

Im Laufe der Jahrhunderte wandelte sich das Verständnis vom Hermaphroditen zu einem Syndromkomplex mit Krankheits- und letztendlich pränatalem Abbruchswert. Im 6. Jahrhundert hatte der Vater das Geschlecht zu bestimmen, eine spätere Umentscheidung des Erwachsenen wurde mit dem Tode bestraft. Langsam milderten sich die Strafen, eine Neuorientierung im Erwachsenenalter wurde im 17. und 18. Jahrhundert möglich. Gleichzeitig wurde die Feststellung des Geschlechts von der juristischen an die medizinische Hand abgegeben. Diese fühlte sich zunehmend berufen, das ‘wahre Geschlecht’ herauszufinden, denn es herrschte alsbald die Meinung, Hermaphroditen kämen nur bei Pflanzen und niederen Tieren vor, bei Menschen ließe sich entweder das wahre Geschlecht erkennen oder die Geschlechtsorgane seien stark unterentwickelt. Im 19. Jahrhundert wurde die Möglichkeit einer standesamtlich unauffälligen Änderung des Geschlecht per Randvermerk eingeführt. Ab dem 20. Jahrhundert wurden seitens der Medizin bis dato existierende diagnostische Möglichkeiten durch Hormon- und Chromosomenanalysen erweitert. In diesem Rahmen wurde auch der Begriff ‘Intersexualität’ (1) entwikkelt, mit den Untergruppierungen feminine und maskuline ‘Scheinhermaphroditen’. Als dritte Gruppe wurden die ‘echten’ Hermaphroditen beibehalten. Doch dabei blieb es nicht: Man(n) untersuchte die Ursachen dieser medizinerseits verstandenen Abnormalitäten und kreierte etwa 13 verschiedene Syndrome, welche allesamt als behandlungsbedürftig erklärt wurden. Die bekanntesten Gruppen lauten: Turner-Syndrom, Hermaphroditismus Verus, Sweyer-Syndrom, Noonan-Syndrom, Klinefelter-Syndrom, Adrenogenitales Syndrom, Androgeninsuffizienz-Syndrom (auch testikuläre Feminisierung genannt), progestin-induzierte Intersexualität und sind u.a. aufgrund gonadaler, chromosomaler und/oder hormoneller Varianzen vorzufinden. MedizinerInnen schufen sich hier selbst einen Markt und erklärten sich zu Spezialisten.

Ab 1930 wurden zur Therapie der vielfältigen Krankheiten - Hermaphroditen als eigenständige Gruppe waren inzwischen abgeschafft - zeitgleich chirurgische und hormonelle Korrekturmöglichkeiten entwickelt. Zunächst wurden diese ‘Korrekturen’ Erwachsenen angeboten, die jedoch oftmals dankend ablehnten. Daraufhin griff man ab Ende der 40er Jahre auf Kinder zurück. Eine geschlechtliche Zuweisung richtet

Intersexuelle Gottheit in Nepal

sich bis heute primär nach der chirurgischen Machbarkeit, ‘it’s easier to make a hole than to build a pole’ (es ist leichter ein Loch zu machen als einen Stab zu bauen), statt der noch im 18. Jahrhundert gültigen juristischen Richtlinie ‘in dubio pro masculo’ (im Zweifel für die Männlichkeit).

Nur wenige erfüllen die geschlechtliche Norm

Medizinisch entspricht ein Mensch der Norm, wenn er auf dem 23. Chromosomenpaar die Chromosomen X und X - oder X und Y - trägt und bei der Geburt eine Klitoris kleiner als 1 cm oder einem Penis über 2,5 cm hat. Dabei existieren alle Längen des Lustorgans dazwischen sowie verschiedene Ausprägungen - von einer doppelten bis zu keiner Vagina; gleich verhält es sich hinsichtlich der Uterusstruktur; Gonaden (Eierstöcke oder Hoden) können sehr komplex und gemischt angelegt sein; hormonelle Werte verursachen verschiedene Behaarungsausprägungen.

Die Gesellschaft und Medizin definieren hiervon diverse Personengruppen als ‘intersexuell’ (0,4 - 4 Prozent der Gesamtbevölkerung - Statistiken wurden bezeichnenderweise nie erhoben). Unter weiblichen Menschen werden 5-15 Prozent als genital fehl- und mißgebildet angesehen. Davon gelten 70 Prozent gelten als virilisiert, also vermännlicht. Für männliche Menschen gibt es genitale Fehl- und Mißbildungen nur in sehr geringem Umfang, etwa 1-7 Prozent, eine Verweiblichung wird z.B. körperlich bisher nicht als krank angesehen. Allen geschlechtlichen Ausprägungen zufolge existieren mindestens 4000 Geschlechter, oder sogar so viele, wie es Menschen gibt. Keinesfalls jedoch ist Intersexualität das 3. Geschlecht (dies ist ein Synonym für Lesben und Schwule aus den 20er Jahren). Oft wird Intersexualität auch mit Androgynie verwechselt. Androgyn ist eine Frau mit männlicher Ausstrahlung oder ein Mann mit weiblicher. An den Problemen, die die Gesellschaft mit Intersexuellen haben, wird klar, wie sehr sie sich einem dichotomen (zweigeteilten) Denken verpflichtet fühlt. Es fällt der Gesellschaft nichts anderes ein als die Stereotypen zweier Geschlechter.

Die Sexualmedizin unterscheidet nachfolgende sechs Definitionen von Geschlecht:

1. chromosomales Geschlecht: Karyotypen (Definition: weiblich: 46,XX; männlich: 46,XY; intersexuell: 45,X0 47,XXY; Mosaik 45,X0/46, XY u.a.

2. gonadales Geschlecht: Definition: Männlich: 2 Hoden; weiblich: 2 Ovarien; intersexuell: Ovotestis oder Ovar und Testis

3. phänotypisches Geschlecht: Definiert durch das Erscheinungsbild des äußeren Genitale

4. bürgerliches Geschlecht: Definiert durch die standesamtliche Eintragung, wobei es kein intersexuelles Geschlecht gibt

5. praktikables Geschlecht: Geschlechtsrolle, in der ein intersexueller Patient sexuell und sozial am ehesten ein befriedigendes Leben findet. Ausbildung von Penis und Vaginalanlage sind hier entscheidende Faktoren.

6. psychosexuelles Geschlecht: Geschlechterrolle, die ein Individuum aufgrund seines Geschlechtstriebes übernimmt (Vgl. Knorr 1982, S. 138).

Zuweisungsrichtung als medizinische Willkür

Wird eine Person mit sichtbar ambivalenten Genitalien bereits nach der Geburt erkannt, so richtet man sich nur nach dem chromosomalen Befund. Bei XX oder X0 wird fraglos feminisiert, befindet sich ein Y im Chromosomensatz, richtet sich eine Zuweisung nach der diagnoseabhängig zu erwartenden Penisgröße mit zufriedenstellender Penetrationsfähigkeit. Diese hat zwar ideellen Vorrang, setzt jedoch hohe Maßstäbe und führt daher in der Praxis eher selten zu einer Maskulinisierung. Das gonadale Geschlecht spielt hier eine untergeordnete Rolle, ein psychosexuelles Geschlecht konnte sich bei einem Baby noch nicht entwickeln. Syndromabhängig gibt es in medizinischen Fachbüchern haarsträubende Zuweisungstabellen.

Fällt ein Kind erst in späteren Jahren auf und lebte beispielsweise bereits mehrere Jahre als 'Frau', so ist dies nach der Medizin beizubehalten und eine entsprechende 'Korrektur', trotz u.U. gegenläufigen chromosomalen Befundes, zur Fixierung des bisher gelebten Geschlechtes einzuleiten. Sofern ein Individuum als 'Mann' definiert wurde, ist wiederum die tatsächliche oder noch auszureifende Penislänge das entscheidende Kriterium und kann durchaus ein Grund zur Feminisierung des Kindes in späteren Jahren sein. In jedem Falle kann das bürgerliche Geschlecht nachträglich verändert werden.

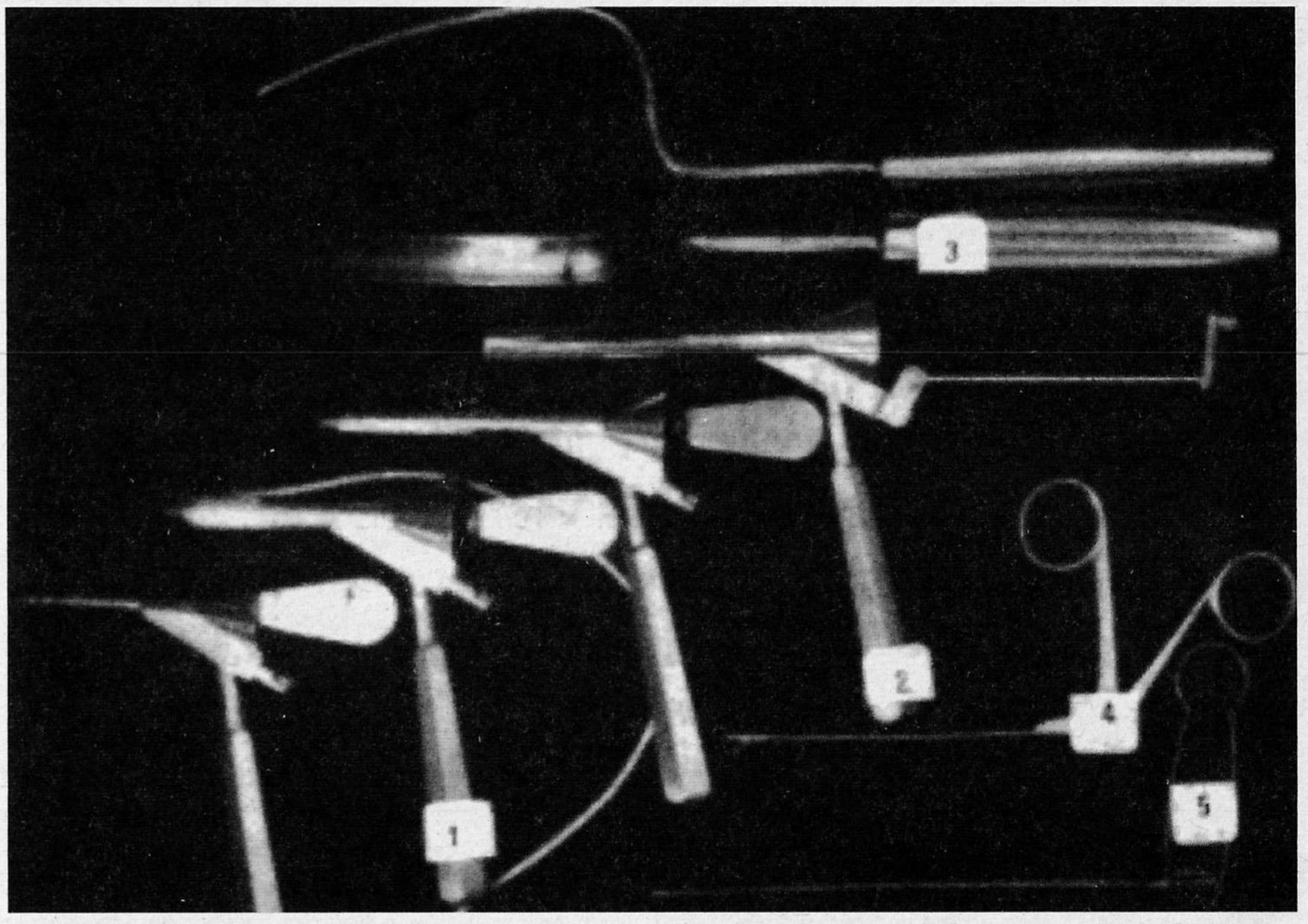
Manchmal werden Intersexuelle unter Vorspielen eines Pornofilmes auch selbst nach ihrer genitalen Wunschrichtung befragt: *"Willst du ficken oder gefickt werden?"* (2) Zusammengefaßt bedeutet dies, daß die geschlechtliche Zuordnung bei gleichem Phänotyp (äußeres Erscheinungsbild) in verschiedenen Kliniken unterschiedlich gehandhabt wird, zumal manche Ärzte Penisaufbauplastiken favorisieren und daher vermehrt Intersexuelle männlichen Geschlechtes produzieren. Generell ist jedoch eine starke und weiter steigende Feminisierungstendenz auszumachen, egal wie schlecht das chirugische Ergebnis ästhetisch und funktionell ausfällt. Es *"herrscht die soziale Anschauung vor, daß es für ein weibliches Individuum mit reduzierter Genitalfunktion leichter sei 'im Leben ihren Mann zu stehen' als für ein männliches Individuum mit verminderter Geschlechtsfähigkeit"* (Bolkenius 1982, S. 249).

Medizinische Intervention ohne Zustimmung

Heute werden etwa 90 Prozent aller ehemals Intersexuellen zu Frauen korrigiert und gesellschaftlich zumeist auch als solche wiedererkannt, bei etwa 30 Prozent der sogenannten genitalen Fehl- und Mißbildungen wird chirugisch interveniert. Je nach Abweichung vom ärztlicherseits definierten Geschlecht werden Hormone verabreicht, chirurgisch ein Penis vergrößert, Hodenimplantate eingesetzt oder eine Klitoris verkleinert, neue Vaginen konstruiert, Gonaden (Eierstöcke, Hoden) entfernt oder Venuslippen (auch: Schamlippen, Labien) wegoperiert. (3) Es können dutzende gynäkologische Untersuchungen folgen, in dessen Rahmen Körpergröße, Phänotyp, Gewicht, Regelmäßigkeit der Hormoneinnahmen kontrolliert und fotografische Abbildungen von Genitalregionen erstellt werden.

Da Diagnosestellungen inbesondere im Rahmen der Intersexualität oftmals bereits ab Geburt erfolgen, beginnen zu diesem Zeitpunkt auch medizinische Maßnahmen. Geschlechtliche Korrekturen sollten in den 80er Jahren vor Ende des 2. Lebensjahres vorgenommen werden, zwischenzeitlich verspricht man sich bessere Erfolge bei einem Eingriff in der 6. Lebenswoche. Hormonelle Substitutionen ('Ersatzhormongabe') werden sofort eingeleitet.

Sofern sich eine Chromosomenvariation bereits pränatal feststellen ließ, wird im Rahmen der medizinischen Indikation zu einem Abort geraten. Bei bereits aufgetretenen Fällen von Intersexualität in der Familie werden der Mutter hohe Hormondosierungen während der Schwangerschaft verabreicht, um intrauterin [in der Gebärmutter, Anm.] eine Virilisierung des Embyos zu vermeiden. Diese Methode zeitigt einen 'Erfolg' von 66 Prozent. Alle anderen Kinder werden dennoch zugewiesen.



Die kindergynäkologischen Instrumente: 1 Vagisnoskop mit Aufblasmanschette, 2 Vaginoskop mit vorgeschalteter Lupe, 3 getrennte Blätter nach Breisky, 4 Faßzange zur Gewebsentnahme, 5 Faßzange zur Fremdkörperentfernung

Eine Erwägung, das Kind bis zum entscheidungsfähigen Alter zu belassen, wie es auf die Welt gekommen ist, findet nicht statt. Eltern werden nicht über Intersexualität informiert, sondern nur über befundene Abweichungen. So wird ausschließlich im diagnostischen Krankheitsbild und oftmals in nicht verständlicher Sprache referiert. Kontakte zu kritischen Gruppen intersexueller Erwachsener werden nicht angeboten. Eltern haben somit keine autonome Entscheidungsmöglichkeit. Auch fehlt eine Kommunikationsmöglichkeit mit unkorrigierten Intersexuellen, da unseres (organisierte Intersexuelle) Wissens nach in Europa keine belassen wurden.

Erfahrungen Zugewiesener

Niemand kontrolliert MedizinierInnen bei ihren Eingriffen. Somit kann keine repräsentative Aussage getroffen werden, ob und in welchem Ausmaß Folgeschäden aus den 'Behandlungen' entstehen. Doch in zunehmendem Maße gruppieren sich ehemals Intersexuelle in Selbsthilfeorganisationen, um auch Öffentlichkeit herzustellen. Begonnen hat 1993 die Intersex Society of North America (ISNA), welche mittlerweile ca. 150 Mitglieder umfaßt und neben einem intensiven Austausch untereinander Kontakte zu WissenschaftlerInnen, Medien sowie vereinzelten, kritischen ÄrztInnen pflegt. Allen derzeit existierenden Organisationen ist gemeinsam, daß sich hieran Angeschlossene trotz korrigierter Genitalien und Körper als Intersexuelle oder HermaphroditInnen definieren.

Unserer Recherchen ergaben, daß etwa 60 Prozent der Intersexuellen Suizidversuche vorgenommen haben. Viele bewegen sich unerkannt im Rahmen des zugewiesenen Geschlechtes. Allen ist gemeinsam, daß sie am Rande des Erträglichen leben. Eine nicht unerhebliche Anzahl (ca. 20 Prozent) hat erfolgreichen Suizid begonnen. Sehr wenige arbeiten politisch zur Thematik.

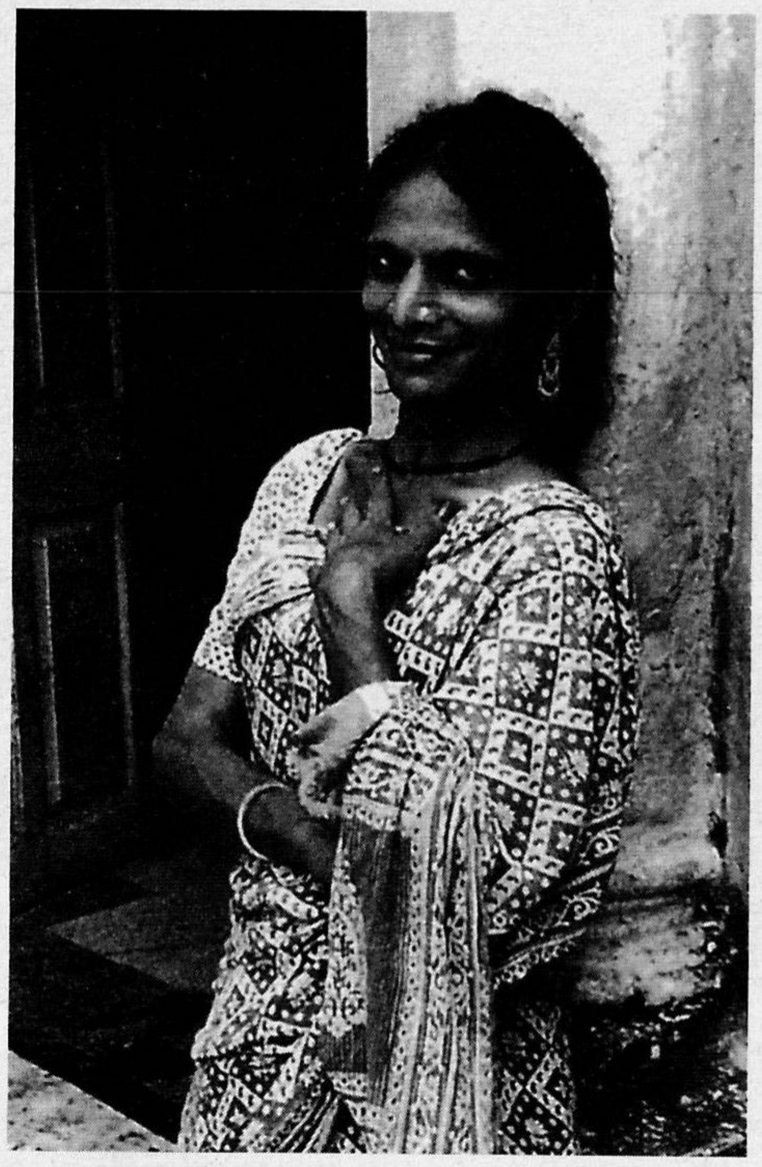
Zur Pro- und Contradiskussion von Zuweisungen möchte ich folgendes Zitat zur gedanklichen Anregung nennen:

"In 70 Fallstudien Heranwachsender und Erwachsener, welche mit sichtbar anormalen Genitalien aufwuchsen ... erachtete man nur eine Person der angeführten als potentiell psychotisch, und diese potentielle Krankheit war ver-

bunden mit psychotischen Eltern und nicht mit sexueller Uneindeutigkeit. ... Sogar Ärzte früherer Interventionen erkannten, daß eine Anpassung an ungewöhnliche Genitalien möglich ist." (Fausto-Sterling)

Organisierte Intersexuelle stellen fest: durch geschlechtliche Zwangszuweisungen an nicht einwilligungsfähigen intersexuellen Kindern entsteht ein erheblich höherer psychischer Schaden, als dies durch Ablehnung seitens der Bevölkerung jemals möglich sein wird, ganz abgesehen von physisch irreparablen Schäden. Menschen besitzen ab Geburt zwar keine ausgeprägte Identität, aber eine Integrität und ein Gefühl für Intaktheit.

Als extrem einschneidend in ihrem Leben als Erwachsene beschreiben alle sich zum Thema Äußernde die genitalen Korrekturen, welche die Möglichkeiten einer erfüllten Sexualität für alle Zeiten versagen, und zwar unabhängig davon, ob eine Reduktion oder eine Totalamputation des Lustorgans erfolgte. Weiterhin wird als äußerst belastend die erlebte Isolation sowie Un-



Hijra (Indien)

kenntnis der Umwelt und damit Unmöglichkeit, sich offen zur Thematik auszutauschen, formuliert. Nahezu alle fühlen sich im 'falschen', da konstruierten Körper. Etwa 15 Prozent der Zugewiesenen wünschen sich eine Revision. Diese Personen werden zumeist fälschlicherweise als Transsexuelle deklariert.

Intersexuelle als 'Laborratten'

Zu den chirurgischen Eingriffen selbst sind ebenfalls äußerst kritische Stimmen bekannt, welche von 'Schlachtfeld' bis 'Totalschaden' zur Bewertung des OP-Bereiches reichen. Von extremen Traumatisierungen durch die Behandlungen ist die Rede, dem Gefühl, sich niemals anderen Kindern zugehörig gefühlt oder extreme Isolation während der gesamten Adoleszenz erfahren zu haben (trotz Zuweisung). Schmerzhafte Untersuchungen sind ebenso in Erinnerung wie auch als Vergewaltigung erlebte Penetrationen während gynäkologischer Untersuchungen und Bougierungen (4). Demütigend und entwürdigend sind körperliche Abtastungen jeder Art sowie Bildmaterialerstellung. Einige beschreiben ihren stationären Aufenthalt schlicht in der Funktion als 'Laborratte' und auch im häuslichen Bereich fühlten sich einige als fortbestehendes 'Krankengut', ohne daß ihre eigene Persönlichkeit wahrgenommen wurde. Viele wünschen sich ihre ehemaligen Genitalien zurück und einige wenige, welche nicht zugewiesen wurden, beschreiben ihre Jugend zwar nicht als besonders glücklich, sind aber froh, keine medizinische Interventionen erlebt zu haben.

Etwa 30 Prozent aller Intersexuellen leben keinerlei Beziehungen. Ein überwiegender Anteil, etwa 60 Prozent, definiert sich im Rahmen des zugewiesenen Geschlechtes als homosexuell. Dies ist insoweit von Bedeutung, als daß Eltern zur Zuweisungslegitimation auch der Wunsch nach einem erfüllten Eheleben prognostiziert und suggeriert wird.

Im Rahmen eugenischer Bestrebungen wird Intersexualität tendenziell nicht mehr existieren. Dies hat zur Folge, daß nicht nur die gesamte Bevölkerungsgruppe der Hermaphroditen systemtisch ausgelöscht wird. Auch jegliche sichtbare Vermännlichung des Weiblichen wird einer 'lolitaorientierten' Sichtweise (Frauen sollen mädchenhaft erscheinen) unterworfen und angepaßt. Zunehmende Ausweitung der Kindergynäkologie auf immer jüngeres Klientel trägt hierzu ebenso bei wie die standardisierten Ultraschall-Untersuchungen, bei welchen auch der genitale Aspekt regelmäßig kontrolliert wird. PädiaterInnen (KinderärztInnen), Kinder- und ErwachsenengynäkologInnen, UrologInnen, PsychologInnen und ChriurgInnen sind in diesem Bereich tätig.

Eine MitarbeiterIn der ISNA, welcher das Geschlecht nicht angepaßt wurde, fragt: *"Wenn Eltern und Mediziner schon diese ganz harmlose persönliche Besonderheit nicht akzeptieren können und unbedingt wegtherapieren müssen, was möchten sie denn dann mit offensichtlich behinderten Kindern machen, die nicht durch eine Operation scheinbar normal gemacht werden können? Sollen sie nach dieser Logik, mit der wir therapiert werden, dann umgebracht werden, nur damit die Umwelt nicht beunruhigt und die Eltern nicht in Verlegenheit gebracht werden müssen?"* Intersexuelle werden in zunehmendem Maße vernichtet, doch bereits heute findet ein 'psychischer Genozid' statt, da Intersexen zwar leben dürfen, ihre Besonderheiten jedoch im OP-Saal ausgelöscht werden.

Eine gewaltätige Philosophie

Grundlage einer phantasierten geschlechtlichen Bipolarität ist das Denken in Zweier-Gegensätzen, das sogenannte dichotome Denken. Diese Philosophie ist äußerst gewalttätig, denn *"sie ist ohne Zweifel die Spaltung in Geist einerseits und in Körper, Materie, Stofflichkeit andererseits; genauer die Herauslösung des Geistes aus dem Leib und der Natur, sowie deren anschließende Herabwürdigung zur geistlosen Materie. Nach dem Vorbild und Modell dieser Trennung sind alle anderen, uns nur zu bekannten und vertrauten Gegensätze wie Natur - Kultur, Leben - Tod, Rationalität - Gefühl, Kopfarbeit - Handarbeit und nicht zuletzt Männlichkeit - Weiblichkeit geformt und formuliert worden. Dabei handelt es sich aber nicht um rein deskriptive Feststellungen, da diese Form der Gegenüberstellung immer schon eine Wertung impliziert."* (Rainer 1995, S. 14) Dichotomes Denken ist daher nicht in der Lage, das Besondere auch als solches zu akzeptieren, da das Besondere kein Gegenteil besitzt und daher keinen Wertevergleich zuläßt, sondern in seine Einheit besteht. Jede Inanspruchnahme einer Dichotomie dient meiner Meinung nach einer lebensvernichtenden Atmosphäre, der Necrosphäre. Jeder Gedanke, Andere - Menschen, Pflanzen, Tiere, Geister - für minderwertig oder untergeordnet zu erachten, dient dem Dichotomie-Leitsatz.

IGM und FGM - ein Vergleich

In westlichen Kulturen werden neben Intersexen Menschen unter weiteren vier verschiedenen Aspekten genital verstümmelt, mit unterschiedlichen Argumentationen und Auswirkungen:

» Afrikanerinnen zur Aufrechterhaltung der Tradition

» Frauen mit genitalen Fehl- und Mißbildungen entweder aufgrund Leidensdruck oder pathologischen Wertes

» Frauen ohne medizinische Indikation gegen Bargeld zur Verschönerung ihrer Genitalien

» Männer zur Vorhautentfernung aus traditionellen oder Reinlichkeitsgründen.

Verstümmelungen an Afrikanerinnen sind in Deutschland illegal, alle anderen Vorgehensweisen legal. Westliche Chirurgen und Gynäkologen sind mit genitalen Verstümmelungen seit der Sklaveneinführung in USA sehr gut vertraut.

Wir unterscheiden zwischen weiblicher Genitalverstümmelung (FGM, Female Genial Mutilation) und intersexueller Genitalverstümmelung (IGM, Intersex Genital Mutilation). Zwischen FGM und IGM existieren erhebliche Parallelen. Nicht thematisiert werden an dieser Stelle männliche Genitalverstümmelung (MGM, Male Genital Mutilation), obwohl auch sie schwere physische und psychische Folgen zeitigt.

Eine gemeinsame Historie

IGM und FGM Verstümmelungspraktiken ist gemeinsam, daß historische Aufzeichnungen kaum vorhanden sind und daher eine Rekapitulation erschwert wird.

Erste Untersuchungen zum Ursprung der FGM gehen auf das 5. Jahrhundert v. Chr. zurück und berichten aus Ägypten oder Äthiopien, da sie sowohl von Äthiopiern als auch Phöniziern und Hetitern durchgeführt wurde (Lightfood-Klein, S. 43). In etwa gleichem Zeitraum verfaßten die Pythagoreer (Pythagoras lebte um 570-500 v. Chr.) erstmalig eine Liste mit zehn Kontrasten als Prinzip zur Deutung der Wirklichkeit, so auch männlich/weiblich (Rainer, S. 33). Der Gedanke der Dichotomie war geboren - und das Ende der Hermaphroditen wurde so auch philosophisch-wissenschaftlich eingeleitet, nachdem das alte Testament bereits in Genesis I, 27-28 besagte: *"Gott schuf also den Menschen als sein*

Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie." Dies führte jedoch lange nicht zu genitalen Verstümmelungen, wohl aber, wie gezeigt, zur Vernichtung durch Verbrennung in Reinigungszeremonien. (Hirschauer 1993, S. 69)

FGM (Klitoris- und Schamlippenreduktion) avancierte im römischen Reich zu einem Statussymbol und war auf diejenigen Frauen beschränkt, die einen hohen sozialen Rang einnahmen. Die Infibulation, das Zunähen der Vagina bis auf ein kleines Loch zum Abfluß des Menstruationsblutes, blieb den Sklavenmädchen reserviert, denn eine zugenähte Jungfrau erzielte auf dem Sklavenmarkt einen weit höheren Preis. Diese wurden von Sklavenhändlern durchgeführt. Es wird auch vermutet, daß diese Praktiken ursprünglich der Geburtenkontrolle in wasserarmen Gebieten dienten. Anderen Theorien zufolge sei FGM aus dem Wunsch des primitiven Mannes heraus entstanden, der die Macht über das Geheimnis der weiblichen Sexualfunktion gewinnen wollte. Streng patriarchale Systeme haben dadurch die Sexualität der Frau auf die Erhaltung der männlichen Erbfolge beschränkt (Lightfood-Klein 1992, S. 44f).

Genitale Verstümmelungen an weißen Frauen, welche der IGM vorausgingen, lassen sich auf Mitte des 19. Jahrhunderts zurückführen. In dieser Zeit wurden Hermaphroditen juristisch für nicht existent erklärt (1804 Code Civil, ca. 1895 BGB). Walker (1993, S. 165) führt aus, daß amerikanische Ärzte fasziniert waren von der afrikanischen FGM, die nackte Sklavinnen untersuchten und lernten, die 'Prozedur' an anderen versklavten Frauen im Namen der Wissenschaft vorzunehmen.

Hermaphroditenphobie als Begründung für FGM und IGM

Mediziner untersuchten im 18. Jahrhundert die Sklavinnen und etablierten Genitalverstümmelungen in den eigenen Reihen zur Behandlung weiblicher Geisteskrankheiten wie etwa Hypersexualität, Hysterie und Nervosität, aber auch lesbische Neigungen und Aversion gegen Männer (Lightfood-Klein, S. 215). Auch 'weiblichen Scheinhermaphroditen' wurde Tribadie unterstellt, sie wurden beschrieben als *"Zwitter weiblichen Geschlechtes, die neben den durch das Ausbleiben der Menstruation entstehenden Mannweibern auch Individuen mit vergrößerter Klitoris umfassen, die die Ausschweifung der Tribadie ermöglicht"* (Hirschauer, S. 72).

Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Begründung genitaler Verstümmelungen an Intersexen und schwarzen Frauen lassen sich vor allem in einer beiden Kulturen immanenten Phobie vor Zweigeschlechtlichkeit, in einer Person vereint, wiederfinden. Aussagen wie die Folgenden mögen einen Eindruck gewähren:

"Genauso, wie man daran glaubt, daß bestimmte Götter bisexuell sind, so glaubt man, daß jede Person mit einer maskulinen und einer femininen 'Seele' ausgestattet ist. Diese 'Seelen' enthüllen ihre jeweiligen physiologischen Merkmale in den und durch die Fortpflanzungsorgane. Auf diese Weise ist die weibliche 'Seele' eines Mannes, so wird behauptet, in der Vorhaut lokalisiert, während die männliche 'Seele' der Frau in der Klitoris sitzt. Dies bedeutet: Wenn der junge Mann heranwächst und schließlich in die männliche Gesellschaft aufgenommen wird, muß er sich seiner weiblichen Merkmale entledigen. (...) Dasselbe gilt für ein junges Mädchen (...), indem man ihre Klitoris oder Klitoris und Schamlippen entfernt. Nur so beschnitten kann das Mädchen behaupten, eine vollständige Frau zu sein, und ein entsprechendes Sexualleben führen." (pharaonischer Glaube der Ägypter; Lightfood-Klein, S. 45, Hervorhbg. d. V.)

"Wenn die Menschen auf die Welt kommen, sind sie sowohl männlich wie weiblich und besitzen Zwillingsseelen. Die 'weibliche Seele' des Jungen ist die Vorhaut, dem weiblichen Element der Genitalien, lokalisiert, und die 'männliche Seele' des Mädchens sitzt in der Klitoris, dem männlichen Element. Vom Moment der Geburt an wird das Bambara-Kind vom Wanzo bewohnt, einer bösen Macht, die in seinem Blut und seiner Haut wohnt und die Kraft der Unordnung im Individuum darstellt." (Dogon und Bambara aus Mali; Lightfood-Klein, S. 55, Hervorhbg. d. V.)

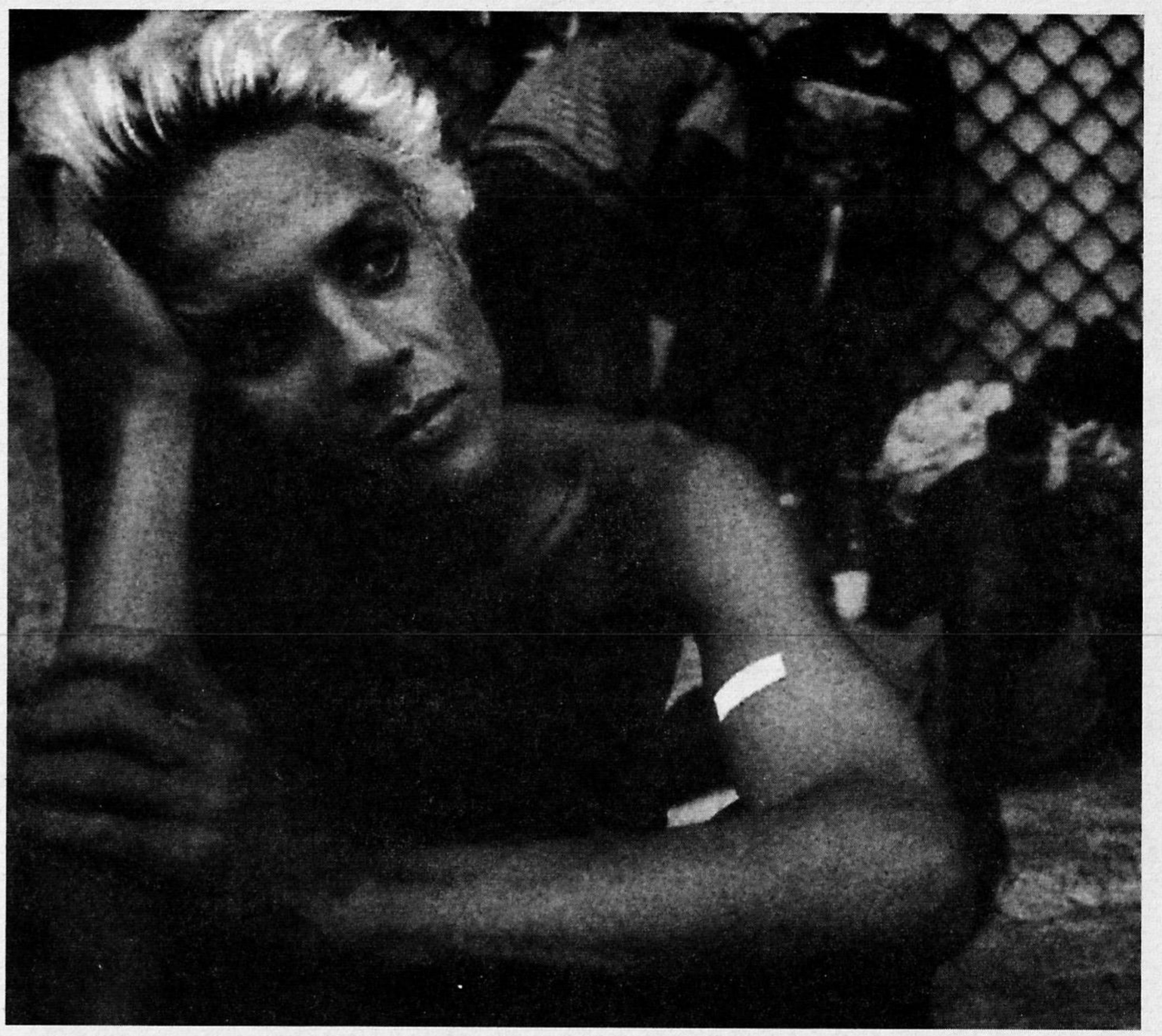
Diese Begründungen sind unlogisch, wie die Entstehungsgeschichte von Vorhaut und Klitoris/Penis zeigt. Zum einen haben beide Organe eine Vorhaut, zum anderen ist der Penis entwicklungsbedingt das gleiche Organ wie die Klitoris. Auch ist die Verstümmelungspraktik inkonsequent, denn wenn Klitoris und Schamlippen entfernt werden, dann müßte dies auch bei Penis und Hoden erfolgen, um ein Äquivalent zu erreichen.

Wir können heute davon ausgehen, daß genitale Verstümmelungen zur 'Behandlung psychischer Auffälligkeiten' seit etwa 1940 nicht mehr durchgeführt werden, wir wissen aber, daß morphologische Besonderheiten an Weißen nach wie vor korrigiert werden. Auch liegt mir ein gynäkologischer Fachaufsatz aus 1959 vor, in welchem neue Methoden der FGM an Schwarzen beschrieben werden.

Verstümmelungen im ausgehenden 20. Jahrhundert

Genitale 'Korrekturen' an Hermaphroditen
Die chirurgische Methodik hat sich seit ihrer Einführung unwesentlich geändert: wurde bis die 60er Jahre noch eine Exstirpation des Phallus, dies bedeutet wörtlich das Herausreißen des Organs, vorgenommen, so wurden bis etwa 1980 Dektomien favorisiert, welches eine Totalamputation impliziert. Seither reden Mediziner enthusiastisch von einer 'Klitorisreduktion', bei welcher 60-70 Prozent des sensiblen Gewebes entfernt werden und die Spitze des Phallus neu verlegt und angenäht wird. Ist das Ergebnis anschließend noch immer unbefriedigend, da der verstümmelte Rest zu sehr sichtbar ist, wird nachkorrigiert. Überstehende Haut wird ebenfalls entfernt, um eine virilisierte, d.h. vermännlichte, Erscheinung zu vermeiden. Die inneren Labien werden versucht, aus der Phallushaut nachzubilden, die äußeren aus einem Hodensack, sofern dieser vorhanden war. Derlei operative Ergebnisse sind durchweg unbefriedigend. Sexuelles Lustempfinden ist nicht mehr möglich.

Genitale 'Korrekturen' an genital fehl- und mißgebildeten Frauen
Die Phalluslänge von Frauen wird gleichen Normierungen wie bei Intersexen unterworfen und nach gleichen Methoden korrigiert. Man spricht auch hier von einer Hypertophie der Klitoris,



Sharon (Bruno)

Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode

Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Christina Schenk und der Gruppe der PDS

- Drucksache 13/5757 -

Genitalanpassungen in der Bundesrepublik Deutschland

Nach Berichten von Betroffenen ist es üblich, bei Kindern, deren äußerliche Geschlechtsmerkmale nicht einer bestimmten Norm entsprechen, mit Hilfe chirurgischer Eingriffe Anpassungen vorzunehmen. Bei einigen Kindern lassen sich physische Charakteristika beider Geschlechter in einer Person oder eine dem äußeren Geschlecht widersprechende Chromosomenzusammensetzung feststellen. Diesen Kindern wird ein Geschlecht zugewiesen und eine entsprechende chirurgische und / oder hormonelle Behandlung eingeleitet. In den meisten Fällen werden Kinder mit männlicher Chromosomenzusammensetzung und uneindeutiger Geschlechtsmerkmale zu Mädchen gemacht, da es als einfacher gilt, weibliche Geschlechtsteile künstlich zu bilden als die männlichen. Die Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt in der Pädiatrie und Gynäkologie weist darauf hin, daß derartige Eingriffe für die Betroffenen häufig mit außerordentlichen physischen und psychischen Belastungen - oft lebenslang - verbunden sind.

1. Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Ausmaß Operationen und Hormonbehandlungen an Kindern vorgenommen werden, um ihre Genitalien normentsprechend zu formen?

2. Ist der Bundesregierung ferner bekannt,
a) ob bei entsprechenden Eingriffen bestimmte Normen beachtet werden (z. B. Klitorisgröße im Kindesalter nicht über 1 cm Länge und Penisgröße bei der Geburt nicht unter 2,5 cm), und wo diese ggf. festgelegt sind,

b) ob entsprechende Normvorgaben auch bei entsprechenden chirurgischen Eingriffen an anderen Körperteilen beachtet werden,

c) welche Gründe für die Beseitigung uneindeutiger Geschlechtsmerkmale maßgeblich sind,

d) woraus sich die Notwendigkeit ergibt bereits im Säuglings- oder Kindesalter ein Geschlecht durch chirurgische Eingriffe zuzuweisen,

e) auf welcher rechtlichen Grundlage bei Kindern die Neuschaffung einer Vagina oder die Verkleinerungen der Klitoris mit dem Risiko einer Einschränkung, wenn nicht eines Verlusts des Lustempfindens vorgenommen wird?

3. Ist der Bundesregierung bekannt, welche medizinische Indikation für eine Neuschaffung einer Vagina bei Kindern vorliegt?

Wenn keine, auf welcher rechtlichen Grundlage wird nach Kenntnis der Bundesregierung dieser Eingriff durchgeführt?

4. Welche möglichen physischen und psychischen Beeinträchtigungen der Betroffenen aufgrund derartiger Behandlungen sind der Bundesregierung bekannt?
Wenn keine, beabsichtigt die Bundesregierung sich um entsprechende Informationen zu bemühen?

5. Warum werden juristisch nur zwei Geschlechter anerkannt, obwohl bekannt ist, daß es schon immer Menschen gegeben hat und gibt, die weder dem Geschlecht männlich noch dem Geschlecht weiblich zugewiesen werden können oder sich nicht zuordnen wollen?

6. Wird die Bundesregierung entsprechende Aufklärungsarbeit gewährleisten?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, in welcher Form?

Antwort der Bundesregierung

Die Fragen 1 bis 6 werden zusammengefaßt wie folgt beantwortet:

Wenn das äußere und innere Genitale nicht eindeutig weiblich oder männlich ist oder die Genitalentwicklung nicht mit den Keimdrüsen übereinstimmt, spricht man von somatischer Intersexualität. Die Behandlung der betroffenen Kinder erfolgt individuell nach den spezifischen Gegebenheiten des einzelnen Krankheitsbildes und den besonderen Umständen des betroffenen Kindes. Um psychische Auswirkungen zu vermeiden, wird eine notwendige Geschlechtskorrektur in der Regel vor Vollendung des zweiten Lebensjahres vorgenommen. Die Behandlung erfolgt nach entsprechender Beratung der Eltern und deren Einwilligung. Die Eltern finden auch Unterstützung bei den Selbsthilfegruppen, z. B. der Selbsthilfegruppe Adreno-Genitales-Syndrom, der über 180 Mitglieder angehören.

Der Bundesregierung ist bekannt, daß hormonelle und operative Korrekturen am Geschlecht von Kindern national und international bei folgenden Entwicklungsstörungen vorgenommen werden:

» Adreno-Genitales-Syndrom (AGS). Hierbei kommt es durch eine vermehrte Bildung von Androgenen in den Nebennieren zu Stoffwechselstörungen, die bei Mädchen zu nicht eindeutigen äußeren Geschlechtsmerkmalen (penisartige Klitorishypertrophie, skrotumartige Veränderungen der Labia majora) führen. Die Mädchen sind jedoch chromosomal weiblich, haben ein vollständiges inneres Genitale und sind fruchtbar. Die Häufigkeit beträgt 1: 8 000.

» Androgenresistenz. Hierbei handelt es sich um ein äußerlich weibliches Erscheinungsbild, chromosomal liegt ein männliches Geschlecht vor. Die Häufigkeit beträgt 1: 10 000.

Fachexperten der pädiatrischer Endokrinologie suchen im Einzelfall in Zusammenarbeit mit Kinderchirurgen oder Urologen, Gynäkologen und Psychologen unter Einbeziehung der Eltern nach Lösungen, die dem betroffenen Kind eine rechtzeitige Geschlechtsrollen-Identifikation ermöglichen. Die medizinische Indikation für operative Maßnahmen bei den betroffenen Kindern ist im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Schaffung einer eindeutigen Basis für die Entstehung der Geschlechtsidentität zu sehen. Der Eingriff ist Teil der Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels. Je mehr die somatischen und psychosozialen Einflüsse bei der Entstehung der Geschlechtsidentität miteinander im Einklang stehen, desto früher und desto stabiler kann die Identität etabliert werden.

Mit der fachlichen und wissenschaftlichen Bearbeitung der Thematik sind entsprechende medizinische Gremien befaßt, z. B. die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendgynäkologie der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, die Deutsche Gesellschaft für Kinderchirurgie sowie die Arbeitsgemeinschaft Endokrinologie der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde und Jugendmedizin, die gerne bereit sind, zu einzelnen fachspezifischen Fragen Auskunft zu geben.

Für die Frage, welche Eingriffe der Arzt zur Behandlung somatischer Intersexualität durchführen darf, gelten die allgemeinen Regeln über die Heilbehandlung hinsichtlich Einwilligung und Aufklärung sowie ggf. hinsichtlich der gesetzlichen Vertretung Einwilligungsunfähiger.

Die rechtliche Grundlage ist der medizinische Behandlungsvertrag, der im Wissen um das Schicksal nicht behandelter an diesen Krankheiten Leidender mit den Eltern abgeschlossen wird. Durch gemeinsame Beratung (Pädiater, Kinderchirurg, Gynäkologe, Psychologe) werden auch ethische Gesichtspunkte berücksichtigt.

Soweit in den rechtlichen Regelungen des bundesdeutschen Rechts der Begriff des "Geschlechts" gebraucht wird, ist dieser immer eindeutig den alternativen Kategorien "männlich" und "weiblich" zugeordnet. Da die rechtlichen Regelungen nicht aussagen, was unter diesen Begriffen zur verstehen ist, müssen diese Begriffe nicht juristisch, sondern medizinisch-naturwissenschaftlich bestimmt werden.

wenn diese über 1 cm (USA: 0,9 cm) groß ist. Hinzu kommt eine Labiennormierung, welche auseinandergezogen 5 cm nicht übersteigen sollte. Ebenfalls pathologisch gewertet wird eine Dysproportion der Labien. Dies bedeutet, daß die inneren Schamlippen größer sind als die äußeren. Auch hier wird interveniert.

Operative Eingriffe an der Klitoris haben ebenso erheblichen Sensibilitätsverlust zur Folge, bei Labienreduzierungen werden oft Teile der Klitoris mitzerstört, wodurch Schmerzen oder Taubheit an Klitoris und Labien verursacht werden können.

Genitale 'Korrekturen' an Frauen als Schönheitsmaßnahme

Pornodarstellerinnen sind oft genital reduziert. Mir selbst ist bekannt, daß eine Labienreduktion in Australien 300 australische Dollar kostet und eine halbe Stunde dauert. Derartige Angebote seien in der dortigen Frauenpresse "gang und

gäbe", wie mir mitgeteilt wurde. Wir müssen davon ausgehen, daß auch die USA diese Methoden ohne (pseudo-)medizinische Begründung kennt, zumal Krankenkassen nicht zur Kostenübernahme verpflichtet sind und daher medizinische Argumentationen zur offiziellen Anerkennung fundierter sein müssen. In Deutschland ist diese Praktik einer anderen Aussage zufolge zwischenzeitlich unter dem Vorwand der Sensibilitätssteigerung angeboten worden, vor allem die Verengung der Vagina. Es ist zu vermuten, daß diese Eingriffe künftig in Deutschland vermehrt durchgeführt werden, da Kassen bei psychologischer Legitimation ('Leidensdruck') zahlen müssen.

Während bei Hermaphroditen und genital fehl- und mißgebildeten Frauen vorwiegend Kinderchirurgen verstümmeln, sind in diesem Bereich plastische (Schönheits-)Chirurgen angesprochen. Wie alle Berufsgruppen ist auch diese an einer Steigerung ihres Einkommens interessiert. Zahlen hinsichtlich der Quantität in diesem Bereich durchgeführter Verstümmelungen existieren nicht, in Australien seien es jedoch "tausende".

Genitale 'Korrekturen' an Afrikanerinnen
Es werden vier, regional unterschiedliche, Methoden angewandt:

» Milde sunna: Einstechen, Ritzen oder Entfernung der Klitorisvorhaut

» Modifizierte sunna: teilweise oder vollständige Entfernung der Klitoris

» Clitoridectomie/Beschneidung: Entfernung eines Teils oder der ganzen Klitoris sowie eines Teils oder der gesamten inneren Schamlippen

» Infibulation/pharaonische Beschneidung: Entfernung der Klitoris und der inneren Schamlippen sowie der inneren Schichten der äußeren Labien. Diese werden, bis auf eine kleine Öffnung zum Harn- und Menstruationsblutabfluß, zusammengenäht. (Vgl. Lightfood-Klein, S. 49f)

Gerade bei letzterer Methode ist mit erheblichen gesundheitlichen Folgeschäden zu rechnen, da Entzündungen entstehen und die Frau zum Geschlechtsverkehr und zur Entbindung aufgeschnitten werden muß, um anschließend zumeist wieder zugenäht zu werden.

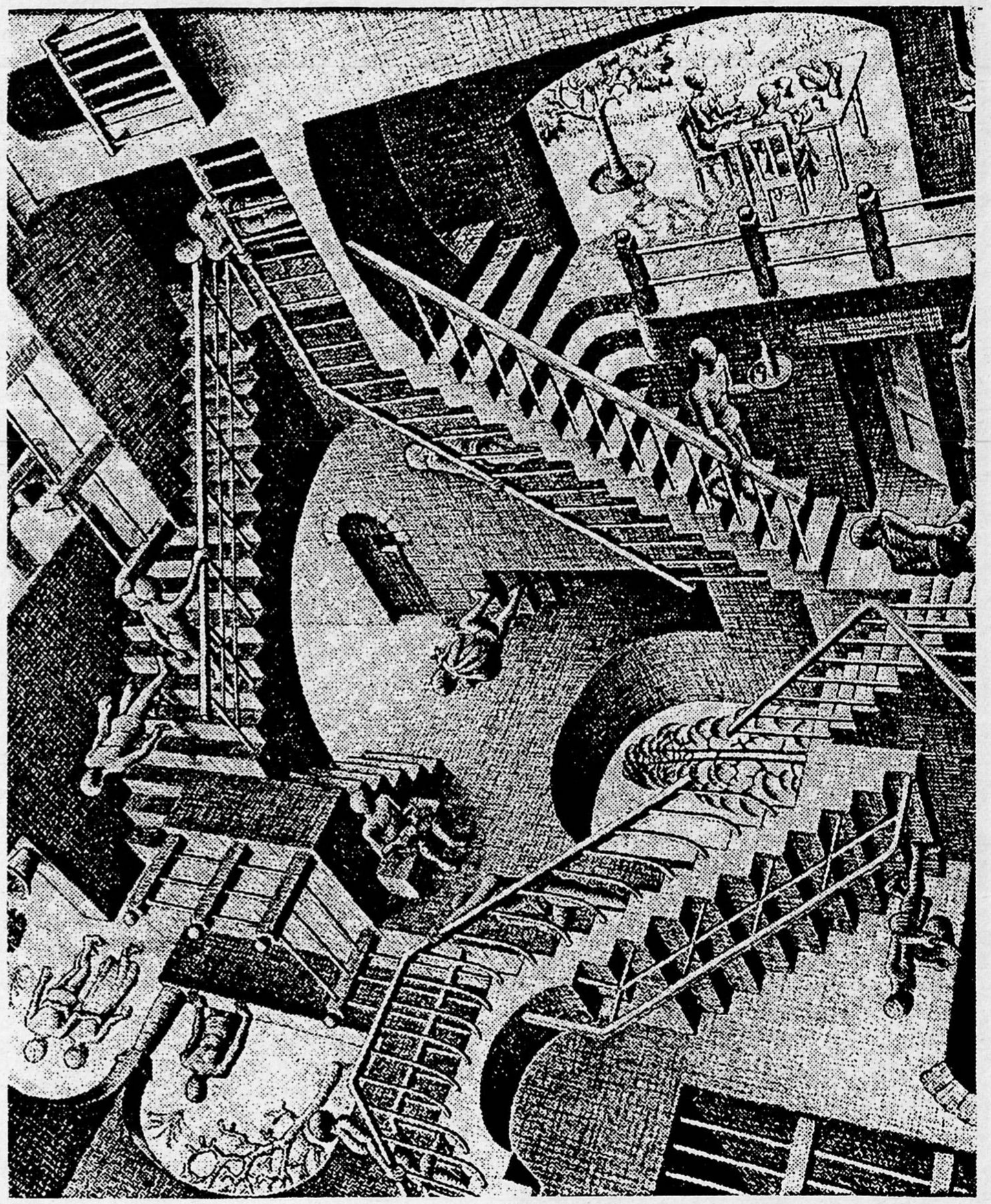
Daher wird zur Abhilfe des 'FGM-Problems' mit diesen direkten Konsequenzen oftmals lediglich die Hinzuziehung eines Arztes empfohlen, welcher mit sterilen Instrumenten arbeiten kann, ohne jedoch die Praktiken selbst in Frage zu stellen.

Familien, die Verstümmelungen derart durchführen können, gelten als privilegiert, da sie für die Unkosten aufkommen können. Quantitative Angaben zur Durchführung in Deutschland existieren auch hier nicht, afrikaweit wird von 80 - 110 Mio. verstümmelten Frauen ausgegangen.

Zusammenarbeit zwischen Anti-FGM- und Anti-IGM-AktivistInnen

Um es in Kürze zu benennen: sie existiert nicht. *"Die Zusammenarbeit mit Anti-FGM-Aktivisten ist schlechter als mit allen anderen Gruppen, sogar schlechter als mit Ärzten."* (pers. Mitteilung Chase vom 13.1.97, GründerIn der Intersex Society of North America (ISNA))

Weltweit wurden Anti-FGM-Organisationen, Einzelkämpferinnen und Menschenrechtsverbände angeschrieben, informiert und um Mitarbeit bzw. Kooperation gebeten. Keines dieser Schreiben hatte den gewünschten Erfolg. So schreibt z.B. Fran Hosken, durch den 'Hosken Report' bekannt geworden, daß sich ihr Interesse in der Beendigung von FGM nicht auf 'biologische Ausnahmen' erstreckt (10/93, Holmes 1995, S. 4). Forward International, eine wichtige Anti-FGM-Organisation, betont, daß der ihnen zugesandte Brief zwar 'sehr interessant' sei, aber sie können nicht helfen, da ihre Arbeit nur FGM beleuchtet, welche als schädliche kulturelle oder traditionelle Praktik an jungen Mädchen durchgeführt wird (Chase 1997, S. 11). Terre des Femmes entzieht sich seit März 1996 einer Stellungnahme, intern wurde argumentiert, Betroffene hätten keine Kompetenz. Amnesty International, Sektion Deutschland, meinte im Oktober 1996, die AGGPG solle die Geschehnisse hinsichtlich einer Beurteilung als Folter stärker differenzieren und wünschte uns *"alles Gute und viel Kraft auf einem äußerst schwierigen Weg"*. Diese Reaktionen, sofern überhaupt Antworten erfolgen, wiederholen sich stereotyp.



Afrikanische Verstümmelungen gelten als 'barbarisch und rituell' durchgeführt, es wird ihnen ein besonderer kultureller Wert zugeschrieben. Eine solche Sichtweise verhindert die Anerkennung gleicher Wertungen für die eigene Kultur und läßt somit eine grundsätzliche Problematisierung weltweit nach gleichem Schemata funktionierenden Sexismen und Biologismen nicht zu. Auch können so Hermaphroditenphobien und Homophobien, welche in engem geschlichtlichen Kontext stehen, nicht artikuliert werden. Plausibel als tatsächliche Motivation weißer Anti-FGM-AktivistInnen scheint mir daher Rassismus zu sein. Dieser ermöglicht es, die eigene Kultur als 'zivilisiert' und 'aufgeklärt' darzustellen. Mit Kenntnisnahme der Verstümmelungen auch in der eigenen, 'zivilisierten' Kultur würde diese Motivation entfallen.

Anti-FGM-Gruppierungen kämpfen für die Befreiung der weiblichen Sexualität, Anti-IGM-Gruppierungen kämpfen für die Anerkennung und Gleichstellung intersexueller Menschen, welches selbstverständlich auch Sexualität impliziert, jedoch vor allem Geschlechter- und Körperbilder hinterfragt. Sie mögen somit in vielerlei Hinsicht der Behinderten-, Antirassismus- und Transsex-/genderbewegung näher stehen, als jene GeschlechterbefreiungskämpferIn-

Video 'INTERSEXED'

Heike und Birgit-Michel erzählen von ihrem Weg, einen Platz in unserer Gesellschaft zu finden, die keinen für sie, so wie sie sind, vorgesehen hat: als Intersexen.
In den beiden Portraits wird geschildert, wie von Geburt an Ärzte und Eltern versucht haben, sie durch chirurgische, hormonelle oder soziale Maßnahmen einem Geschlecht zuzuweisen.
Nach einem qualvollen Weg haben sich Heike und Birgit-Michel von den Kategorien Mann/ Frau befreit, und leben heute selbstbestimmt als Intersexen.

Angaben:
BRD 1997, 60 min., VHS
DM 50,-zzgl. Portokosten

Bestellung über:
K. Jochum
Prinzenallee 81, 2.QG
13357 Berlin
Tel: 030/4940496
email: h0444vum@rz.hu-berlin.de

WEDER MANN NOCH FRAU? BEIDES? ODER GANZ WAS ANDERES?

Diesen Fragen, sowie die ihnen zugrunde liegenden nach der Polarität der Geschlechter, die uns als natürliche verkauft wird, haben wir versucht nachzugehen. Dabei wurde es uns klar, daß es viele Menschen auf dieser Welt gibt, die aus diesen Kategorien herausfallen.

Wir sind vier StudentInnen der Humboldt-Universität, die sich im Rahmen der Gender Studies mit dieser Thematik filmisch auseinandergesetzt haben.
Nach längerem Kontakt mit der AGGPG und der GMSSN haben wir festgestellt, daß die Geschichte der Intersexen mit Tabu und Schweigen belegt wurde. In unserem Film schweigen deshalb die Arzte, Endokrinologen und Eltern, die lange Zeit bei diesem Thema allein das Wort hatten.
Wir hoffen mit diesem Film, Denkanstösse zu geben und das Schweigen zu brechen!

nen, welche sich in streng dichotomen und separatistischen Mustern bewegen.

Fazit

Schwarze Frauen, weiße Frauen mit genitalen Fehl- und Mißbildungen sowie Hermaphroditen werden in allen westlichen Kulturen in unterschiedlicher Quantität genital verstümmelt. Während Verstümmelungen an ausländischen Frauen unter Strafe gestellt ist sowie vielerorts, insbesondere von gynäkologischen Verbänden, scharf verurteilt sowie international als schwere Menschenrechtsverletzung geächtet wurde, wird im eigenen Land weiterhin praktiziert. Für ausländische Frauen werden zumeist Ärzte aus dem Geburtsland eingeflogen, doch auch westliche Ärzte bieten diesen Dienst illegal gegen Bargeld an. Für deutsche Frauen hingegen gilt, ebenso wie für Hermaphroditen, daß die Eingriffe nicht nur legal praktiziert und von der Krankenkasse bezahlt werden, sondern auch umfangreiche wissenschaftliche Erhebungen mittels Analysen zur Kategorisierung, Gruppierung und Katalogisierung durchgeführt werden. In diverser Literatur, insbesondere zur Kindergynäkologie, sind diese Vorgehensweisen seit über 50 Jahren dokumentiert. Hermaphroditen sowie genital fehl- und mißgebildete Frauen stellen die direkte Nachfolgegruppe zu früheren Verstümmelungen aufgrund psychischer Auffälligkeiten dar (welche wiederum auf FGM an afrikanischen Sklavinnen gegründet war).

Zahlenmaterial zu den Vorgehensweisen ist konsequenterweise, analog zur gesamtgesellschaftlichen Tabuisierung, offiziell nicht erhältlich. Die AGGPG schätzt in Relation zur USA die Anzahl genitaler Eingriffe an weißen Babys und Kindern bundesweit mindestens auf 1800 jährlich, davon 600 Intersexuelle und 1200 Frauen mit Fehl- und Mißbildungen. Dies bedeutet täglich rund fünf Verstümmelungen. Zwischenzeitlich müßten somit vorsichtig geschätzt 90.000 genital verstümmelte Menschen in Deutschland leben.

Birgit-Michel Reiter

SprecherIn der AG gegen Gewalt in der Pädiatrie und Gynäkologie (AGGPG)

Kontakt:
AGGPG, Brandtstraße 39, 28215 Bremen
eMail: AGGPGt-online.de
http://home.t-online.de/home/aggpg/index.htm

Anmerkungen:
(1) Intersexuelle Menschen werden von der Gesellschaft heute als nicht der Norm entsprechend angesehen. Sie haben z.B. eine zu große Klitoris oder einen zu kleinen Penis, zuviel Körperbehaarung oder eine fehlende Vagina und erinnern Ärzte und Eltern primär an Mißbildungen, Monster, Bastarde. Kritische Intersexuelle wollen sich nicht auslöschen lassen und bezeichnen sich nach wie vor als Hermaphroditen, Zwitter oder Intersexuelle.
(2) Originalzitat nach John Money, Amerikas berühmtester Forscher zu Intersexualität am John Hopkins-Hospital in Baltimore.
(3) In Australien gilt es als 'weiblich' und 'schön', sich die inneren Venuslippen wegoperiren zu lassen. Das zeigt den Trend zur Unsichtbarmachung des weiblichen Geschlechts in der Genitalregion. Wichtig ist, hier anzumerken, daß die inneren Venuslippen in die Klitoris münden, doch aufgrund dilettantischer Vorgehensweise das Lustorgan oftmals mitbeschädigt wird. Jüngst wurde ich unterrichtet, daß diese Form der Genitalverstümmelung - ohne jegliche medizinische (Pseudo-)Begründung - bereits seit Ende 1996 auch in der deutschen Frauenpresse als 'Sensibilitätssteigerung' angepriesen wird.
(4) Bougierung ist ein medizinischer Fachausdruck für die Dehnung von Körperöffnungen. In hier genanntem Zusammenhang bedeutet Bougierung die Penetration der Vagina mit Metall-, Glas- oder Kunststoffstäben. Man spricht von Hegarstiften nach Alfred Hegar (1830-1914, Gynäkologe). 'Hegar 10' ist z.B. ein Bougierstab mit 10 mm Durchmesser.

Literatur:
Bolkenius, Daum, Heinrich, Willich (1982): Das intersexuelle Genitale beim Kind - kinderchirurgische Therapie unter gynäkologischem und andrologischem Aspekt. In: Wissenschaftliche Information: 1. Europäisches Symposium für Kinder- und Jugendgynäkologie. Frankfurt/Main: Milupa.
Chase, Cheryl (1997): Hermaphrodites with Attitude: Mapping the Emergence of Intersex Political Activism.
Distler, Wolfgang/Volker Pelzer (eds.) (1994): Praxis der Kinder- und Jugendgynäkologie. Stuttgart: Ferdinand Enke.
Fausto-Sterling, Anne (angekündigt für 1998): Building Bodies. Biology and the Social Construction of Sexuality. Basic Books: New York.
Hausman, Bernice L. (1995): Changing Sex. Transsexualism, Technology, and the idea of Gender. Durham, London: Duke Univerity Press.
Hecker, Waldemar Christian (1985): Operative Korrekturen des intersexuellen und des fehlgebildeten weiblichen Genitales. Berlin: Springer.
Hirschauer, Stefan (1993): Die soziale Konstruktion der Transsexualität. Über die Medizin und den Geschlechtswechsel. Frankfurt: Suhrkamp.
Holmes, Morgan (1994): Medical politics and cultural imperatives: intersexuality beyond pathology and erasue. M.A. thesis (interdisciplinary studies), York University, Sept 1994.
Holmes, Morgan (1995): Queer Cut Bodies: Intersexuality & Homophobia in Medical Practice.
Knorr, D. (1982): Endokrinologie der gestörten Geschlechtsdifferenzierung beim weiblichen Kind. In: Wissenschaftliche Information: 1. Europäisches Symposium für Kinder- und Jugendgynäkologie. Frankfurt/Main: Milupa.
Lee, Ellen Hyun-Ju (1994): Producing sex: an interdisciplinary perspective on sex assignment desicions for intersexuals. Providence, RI: Senior thesis, human biology: race and gender, Brown University.
Lightfood-Klein, Hanny (1992): Das grausame Ritual. Sexuelle Verstümmelung afrikanischer Frauen.
Newman, Kurt / Judson, Randolph / Anderson, Kathryn (1991): The Surgical Management of Infants and Children with Ambigous Genitalia: Lessons Learned from 25 Years. Annals of Surgery 215, no. 6.
Pelzer, Volker / Beck,Lutwin (eds.) (1991): Aktuelle Fragen aus der Kinder- und Jugendgynäklogie.
Rainer, Bettina (1995): Euthanasie. Zu den Folgen eines harmoniesüchtigen Weltbides. Wien: Wiener Frauenverlag.
Rathman, W.G. (1959): Female Circumcision, Indications and a New Technique.
Schüßler, Marina/Kathrin Bode (1992): Geprüfte Mädchen, ganze Frauen. Zur Normierung der Mädchen in der Kindergynäkologie. Bern: efef-verlag.
Walker, Alice (1993): Sie hüten das Geheimnis des Glücks.

Der Bremer Esoterik-Kongreß: weltoffen und visionär?

AntiVisionen und linke Perspektiven

Vom 10.-12. Oktober 1997 fand in Bremen zum vierten Mal der Esoterik-Kongreß "Visionen menschlicher Zukunft" statt. Veranstalterin war die "ganzheitliche" Zeitschrift "Forum". Sanft und publikumswirksam begleitet wurde der Kongreß von Bremer PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und der gesamten Presselandschaft. Finanziell gefördert wurde er vom Wirtschaftssenator und eingeleitet unter anderem von Bürgermeister Henning Scherf. Auf der parallel ausgerichteten Messe fanden sich neben esoterischen Verlagen und Kleinunternehmen eine ganze Reihe von vorwiegend aus dem Ökobereich stammenden Betrieben aus Bremen und umzu.

Der Bremer Kongreß steht mit seinem weltoffen-visionären, buntgefächerten Erscheinungsbild exemplarisch für die Entwicklung des New Age in den letzten Jahren. Der Begriff "New Age" bezeichnet keineswegs nur die neureligiöse Orientierung einer kleinen Gemeinde weltfremder SpinnerInnen. Vielmehr werden zahlreiche ehemals New-Age-typische Ideologeme, Praktiken und Argumentationsmuster zunehmend Gemeingut. Astrologie als "Hobby", das Tragen von Amuletten, die Kenntnis des eigenen Sternzeichens und Aszendenten oder der Verweis auf individuellen Bewußtseinswandel als Problemlösungsstrategie sind Beispiele dafür, daß mensch

Jane Goodall ("Keiner von uns kann von selbst fliegen, wir alle brauchen einen Adler der uns trägt") und Frank Siepmann (Veranstalter)

durchaus mal in den spirituellen Warenkorb hineingreifen kann, ohne gleich zur/zum straighten Neureligiösen zu werden. Diese Versatzstücke sind unserer Meinung nach jedoch nicht von ihrem ideologischen Zusammenhang zu trennen, wie es eine Anwendung oder Verharmlosung als "Hobby" glauben macht.

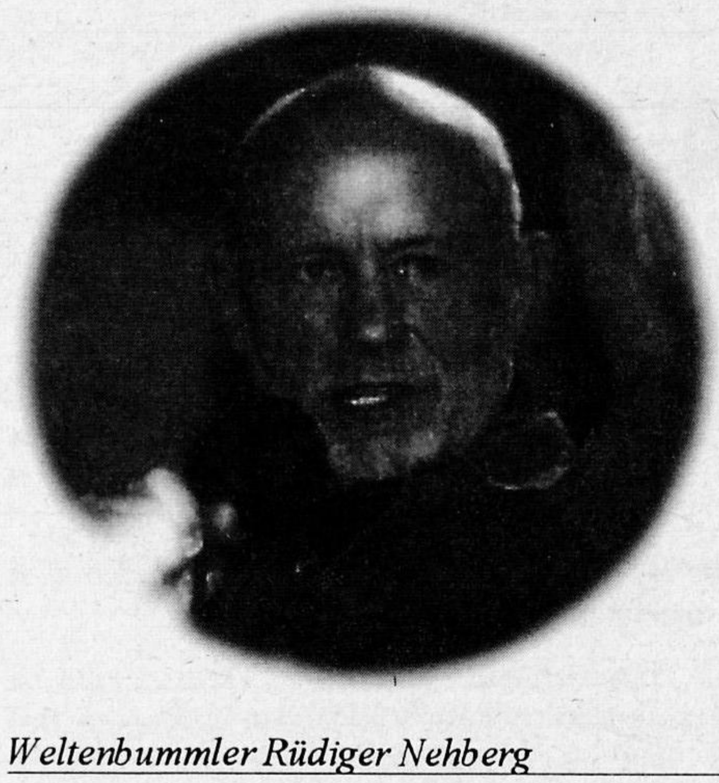
Innerhalb der Esoterik-Szene stehen antimodernistische neben technikbegeisterten Ansätzen, das Heil der Welt wird aus Richtung keltischer oder fernöstlicher Mythologie oder wahlweise von mitfühlenden Außerirdischen, die die Erleuchteten vor Bewußtseinsverfall und Öko-GAU retten, erhofft. Aus solchen Vorstellungen entstammt der Stoff für Fantasy-Geschichten, Mystery-Serien à la „Akte X" oder der Plot für Science Fictions wie „Contact" mit Jodie Foster. Das Geschäft mit Kursen, Psycho- und Ratgeberliteratur floriert und Konzerne schicken ihre gestreßten ManagerInnen zu Meditationswochenenden. Ideologische Versatzstücke finden sich sowohl in Alltagsweisheiten wieder wie auch an Universitäten in sozialpädagogischen oder naturwissenschaftlichen Seminaren. Gerade in der Ökologiebewegung hat die Esoterik eine starke Lobby, so daß es nicht verwundern kann, eine zunehmend auf ökologische Angebote orientierte Messe als Begleitprogramm des Kongresses zu finden. Die Idee vom Neuen Zeitalter, dem ganzheitlichen und naturnahen Leben prägt gleichermaßen viele esoterisch als auch ökologisch denkende Menschen. Und nicht zuletzt sind spirituelle Vorstellungen sowie ideologische Elemente des New Age auch in der Linken verbreitet. Die Wiener Esoterik-Kritikerin Maria Wölflingseder bringt diese Situation auf den Begriff des *"modernen religiösen Supermarktes"*.

New Age als ideologische Modernisierung von Herrschaft

Während einerseits die Herrschenden mit Hilfe der Standortdebatte die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben verstärkt betreiben, wenden sich andererseits immer mehr Menschen esoterischen Praktiken und Ideologien zu.

Eine Kritik, die lediglich herausstellt, daß Esoterik "entpolitisiere", greift angesichts der Verschränktheit des New Age mit den bestehenden Machtverhältnissen zu kurz. Wir fassen den Begriff des New Age deshalb sehr weit, um über eine Kritik an der Irrationalität klassischer esoterischer Praktiken und Vorstellungen hinaus die gesellschaftliche Wirkung des New Age als Ideologie thematisieren zu können. Esoterische Glaubenslehren stehen weder, wie sie selbst oftmals behaupten, im Widerspruch zur Destruktivität der herrschenden Gesellschaftsformation, noch verhalten sie sich unpolitisch oder neutral. Vielmehr sind sie Teil der Herrschaftsverhältnisse und fördern reaktionäre gesellschaftliche Entwicklungen. Das New Age ist bestens kompatibel mit den gegenwärtigen neoliberalen Umstrukturierungsprozessen, der Entsolidarisierung, Atomisierung von Widerstand und der totalen Entwertung bzw. völligen Verwertung menschlichen Lebens. Hier hinein paßt, daß auf dem Bremer New-Age-Kongreß Tierrechtlerinnen wie Jane Goodall auftraten, die, oberflächlich betrachtet, in den Augen vieler - siehe auch autonome VeganerInnen - Gutes wollen, nämlich Tiere schützen und den destruktiven Charakter des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses kritisieren. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings die Konsequenz der im Kern biologistisch angelegten Politik, die in dem konkreten Kontext vorangetrieben wird. Goodall veröffentlicht ihre Aufsätze in Büchern des Euthanasie-Befürworters Peter Singer. Die Forderung nach mehr Rechten für Tiere geht einher mit der Abwertung von Menschenrechten, indem die Grenzen zwischen Tieren und Menschen ideologisch auf physische und evolutionsbiologische Unterschiede reduziert werden. Konsequenzen aus einer Verarbeitung des Nationalsozialismus in Bezug auf die wissenschaftliche Definition von Lebenswertigkeiten und die faschistische Selektions- und Mordpolitik werden nicht gezogen.

Festgemacht werden kann unsere Einschätzung der politischen Ausrichtung des New Age an dessen zentralen, es charakterisierenden Ideologieelementen. Selbstverständlich lassen sich diese Elemente nicht jeweils alle und in gleichem Masse herausarbeiten, dennoch sind sie repräsentativ. Gemeinsam ist den Ansätzen ihre immatrielle Seite, die einseitige Ausrichtung auf geistigen Bewußtseinswandel und zwangsläufige evolutionäre Prozesse. Im Gegensatz zum Materialismus macht die Spiritualität das 'geistige Wesen' zum Kern der Dinge. Zwischen den Dingen wird ein organizistischer, ganzheitlicher Zusammenhang angenommen. Charakterisiert sei dieser Zusammenhang durch universelle Ordnungsprinzipien. Die Prinzipien selbst sind wiederum eine Glaubenssache. Hinzukommt beim New Age die Hervorhebung einer schicksalsgeleiteten Eigenverantwortlichkeit, elitäre Selbstüberhöhung und Gurukult. Betont wird die 'Heiligkeit' von Natur, Mutter Erde, als Ganzem. Dies ist verwoben mit biologistischen und rassistischen Anschauungen, die dem antie-



Weltenbummler Rüdiger Nehberg

Neu erschienen:

DER RECHTE RAND - Sonderheft Nr.2

„Der deutsche Ritt nach Osten“

Daß Deutschland größer sei als die Bundesrepublik und daß es insbesondere in Osteuropa einiges an Territorium anzugliedern gäbe, darin besteht zwischen Teilen der Unionsfraktion, den Vertriebenenverbänden und militanten Neonazis Einigkeit.

Doch was die einzelnen Vertreter am rechten Rand trennt, sind Motivationen, Strategien und konkrete kurz- und langfristige Ziele, die dem bereits begonnenen Ostritt zugrundeliegen.

Ist die Politik der Vertriebenenverbände für die bundesdeutsche Außenpolitik bedeutungslos oder ist sie ein wesentlicher Bestandteil?

Wie erklärt sich, daß hochrangige Vertriebenenfunktionäre die deutsche Regierung für den Verhandlungsverlauf des EU- und NATO-Beitritts von Polen und Tschechien kritisieren?

Wer bezahlt eigentlich den Drang nach Großdeutschland?

Spielen militante Neonazis derzeit im Geschäft um Osteuropa eine untergeordnete Rolle?

Welche Rolle spielen wirtschaftliche Interessen und welche fällt der NATO zu?

Das Sonderheft Nr.2 der antifaschistischen Zeitschrift DER RECHTE RAND versucht, auf zahlreiche Fragen zur Strategie der „deutschen Heimholung des Ostens“ Antworten zu geben.

Wir beleuchten die verschiedenen Akteure und Organisationen mit ihren jeweiligen, durchaus divergierenden, Interessen.

Der antifaschistische Blick soll geschärft werden für die Vielfalt und Bandbreite rechter Wühlarbeit auf dem DEUTSCHEN RITT NACH OSTEN.

Einen Beitrag dazu haben wir versucht, mit diesem Sonderheft zu leisten.

Mit Beiträgen von:

Jörg Detjen, Joß Fritz, Olaf Goebel, Gudrun Hentges, Raimund Hethey, Axel Hoffmann, Ulla Jelpke, Ralf Jürgens, Volker Külow, Holger Kuhr, Felix Krebs, Samuel Salzborn, Sebastian Schwarz, Alexandra Stolze, Bernhard Wagner

DER RECHTE RAND Sonderheft Nr.2 - „Der deutsche Ritt nach Osten“, 40 Seiten, 5,- DM + 1,50 DM Porto. Buchläden erhalten die üblichen Rabatte. Bezug über die Redaktionsanschrift: DER RECHTE RAND, Postfach 1324, 30013 Hannover.

Wichtig für AbonnentInnen!

Das Sonderheft ist nicht Bestandteil des Abonnements der Zeitschrift DER RECHTE RAND, sondern muß auch von den AbonnentInnen unserer Zeitschrift extra angefordert oder in Infoläden, im Buchhandel, etc. erworben werden!

manzipativen Charakter der erstgenannten Kennzeichen des New Age entsprechen.

Die Geschichte der Esoterik in Deutschland ist verknüpft mit der der Völkischen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Wie die Völkische Bewegung gründet sich die Esoterik auf Vorstellungen, die eine ideelle Verbindung zwischen der Kultur und Geschichte eines Volkes, einer Rasse/Blut, und ihrer jeweiligen Heimat, Natur/Boden, sehen. Einer solchen ideellen Verbindung läßt sich eine artgemäße Religionsform, sprich Spiritualität, zuordnen. Auf diesem Argumentationsmuster bauten und bauen nicht nur faschistische Neuheiden ihre Glaubenslehren auf. Sie sind Teil der meisten New-Age-Lehren. Wie eng auch aktuell die Verbindungen zwischen faschistischen Strukturen und New-Age-Szene sind, wird besonders deutlich am Gaia Versand von B. Ulbrich, der versucht, über eine Vernetzung der Neuheiden-Szene im Internet und eine entsprechende Angebotsvielfalt seines Versandes hin bis zu faschistischer Propaganda, faschistische Ideologie in der New-Age-Bewegung zu verankern.

Der Erfolg esoterischer Angebote erklärt sich jedoch zunächst einmal daraus, daß die AnbieterInnen von New-Age-Lehren die Bedürfnisse vieler Menschen aufgreifen. Es wird suggeriert, Alternativen im Bestehenden zu haben, die Sehnsüchte nach Geborgenheit, sozialem Zusammenhalt, Kreativität und Sinnlichkeit zu befriedigen. Statt aber tatsächlich zu Eigeninitiative anzuregen, werden Probleme und Fragen esoterisch umgebogen und zu Schicksalsgläubigkeit kanalisiert. Dabei werden die Angebote so aufbereitet, daß sie der kapitalistischen Tendenz zur warenförmigen Befriedigung dieser Bedürfnisse entsprechen: Das private Glück kann gekauft werden. Konfliktpotentiale werden neutralisiert, da die Herrschaftsverhältnisse und die eigene soziale Lage überzeitlich wirkenden, “kosmischen” oder “karmischen” Prinzipien untergeordnet werden. Das Individuum wird im tiefsten Sinne zur Schmiedin des eigenen Glücks. Selbstverantwortlich gilt es das Bewußtsein auf die nächste Entwicklungsstufe zu hieven und sich so am eigenen Zopf aus der Krise zu ziehen. So wird das New Age zur zeitgemäßen Religionsform schlechthin. Seine Ideologie legitimiert das patriarchal-kapitalistische System. Besonders deutlich wird dies an den diversen Versuchen, aktuelle wissenschaftliche Theorien, wie die Chaostheorie, zur Begründung von New-Age-Ansätzen heranzuziehen. Tatsächlich wird so eine weltanschauliche Brücke zwischen der materiellen, destruktiven patriarchal-kapitalistischen Gesellschaftsstruktur und ihrer symbolischen, immateriellen Reproduktion geschlagen. Eine Funktion, die die großen Religionen im Zeitalter der Säkularisierung, des Verlustes der kirchlichen Definitionsmacht, zunehmend verloren haben.

Das Bündnis AntiVisionen

Nachdem es in den Jahren davor bereits Veranstaltungen einzelner Gruppen anläßlich des Kongresses oder unabhängig davon gegeben hatte, bildete sich 1997 ein überregionales Bündnis unter dem Titel “AntiVisionen”, das durch verschiedene Veranstaltungen und öffentliche Positionierung dem Esoterik-Kongreß etwas entgegensetzen, schwerpunktmäßig aber die innerlinke Diskussion um das New Age vorantreiben wollte. Die überregionale Mobilisierung und Beteiligung sollte ebenfalls der Verbreiterung der Kritik innerhalb der Linken und zudem dem politischen Austausch zwischen bereits zu dem Thema arbeitenden Gruppen dienen: So waren im Bündnis Gruppen/ASten aus Bremen, Göttingen, Vlotho und Hannover beteiligt, die in ihren Städten bereits zu New Age gearbeitet hatten. Im Rückblick auf die bisherige Arbeit und eine weitverbreitete Verkürzung der linken Debatte zu Esoterik auf den Begriff der Irrationalität und Parallelen zu faschistischer Ideologie erschien es sinnvoll, verschiedene Aspekte der New-Age-Kritik zu vertiefen. Hieraus sollte eine politische Kritik entwickelt werden, die einen betont gesamtgesellschaftlichen Blickwinkel einnimmt. Den zweiten Schwerpunkt unserer Herangehensweise sollte die Diskussion linker Perspektiven, die eine Alternative zu esoterischen Ansätzen und der Entfremdung und Entsinnlichung in der patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft sind, bilden.

Zeitgleich zum Esoterik-Kongreß fand schließlich ein Workshop mit sechs Arbeitsgruppen zum Frauen- und Männerbild im New Age, faschistischen Eso-Gruppen, den Zusammenhängen zwischen Öko-, Alternativ- und New-Age-Bewegung und dem Themenfeld Selbst- und Gesellschaftsveränderung statt. Im Vorfeld wurden in Bremen und Hannover Veranstaltungen ausgerichtet, die Interessierten einen Einstieg in die Thematik bieten und auf den Workshop vorbereiten sollten. Durch Plakat- und Flugblattaktionen sowie eine Pressekonferenz am Kongreß-

wochenende wurde in Bremen nochmals öffentlich auf den Charakter der "Visionen menschlicher Zukunft" eingegangen. Von den vielleicht insgesamt an den Veranstaltungen teilnehmenden 180 Leuten besuchten, trotz der beschriebenen relativ intensiven Vorbereitung, lediglich 40-50 den AntiVisionen-Workshop. Das mag unter anderem an der Mischung von aufklärenden und perspektivisch orientierten Themen innerhalb des Workshops gelegen haben, die das Ziel des Workshops von außen möglicherweise schwer einschätzbar machte. Zudem ist die New-Age-Kritik ihr Image als "SpezialistInnenthema" innerhalb der Linken bisher nicht losgeworden, was u.E. nach nochmals den Aspekt der fehlenden gesellschaftlichen Einordnung aufs Tapet bringt. So wurde die Auseinandersetzung um New Age zwar unter den am Bündnis beteiligten Gruppen und ein stückweit darüberhinaus vertieft, im Hinblick auf die beabsichtigte Erweiterung der gesamtlinken Debatte und der Diskussion politischer Perspektiven wurde der Workshop jedoch nicht zum Meilenstein. Dennoch halten wir die von uns bestimmte Ausrichtung der politischen Diskussion um die gesellschaftliche Bedeutung des New Age für notwendig. Geplant ist, die als positiv wahrgenommene überregionale Zusammenarbeit fortzusetzen und zunächst einen Reader zur Dokumentation des Workshops herauszugeben. Intensiver führen wollen wir zudem die Diskussionen um das Verhältnis der Linken zur Spiritualität und zur Bedeutung des Faschismus-Begriffes in der New-Age-Kritik.

Linke und New-Age-Kritik

Die Auseinandersetzung mit New Age innerhalb der Linken hat keine klare Stoßrichtung. Nachvollziehen läßt sich das gut an einer ausführlichen Debatte in den letzten Ausgaben der Hannoveraner Szene-Zeitschrift Razz. Im Extrem stehen sich zwei Pole gegenüber. Auf der einen Seite gibt es immer mehr aktive Linke, die esoterische Techniken übernehmen, sich positiv auf "Spiritualität" beziehen und diese auch in ihr politisches Handeln integrieren wollen. Demgegenüber steht eine Fraktion, die das New Age als eindeutig reaktionär ablehnt. In sich ist diese Contra-Fraktion aber auch noch einmal gespalten. Wo diese Spaltungslinien verlaufen, hat sich während der Vorbereitungsphase des AntiVisionen-Bündnisses gezeigt. Die Partei Ökolinx, die sich anfangs am Bündnis beteiligte, stellte im Gegensatz zur Bündnismehrheit eine stärkere öffentliche und medienwirksame Polarisierung in den Mittelpunkt ihrer Orientierung. Der Titel ihrer in Konkurrenz zum Bündnis getretenen Veranstaltung wurde "Esoterik und Faschismus. Gegen einen Kongreß des Irrationalismus und Antihumanismus". Die Hervorhebung der Parallelen zwischen Esoterik und Faschismus wurde zur Basis der Medienarbeit gemacht. Die von der Bündnismehrheit gewollte kritische Auseinandersetzung mit linken Defiziten und linker Bewegung seit '68 wurde als eine Art Selbstmitleid denunziert und eine vertiefte gesellschaftliche Analyse lediglich als hinderlich und sekundär behandelt.

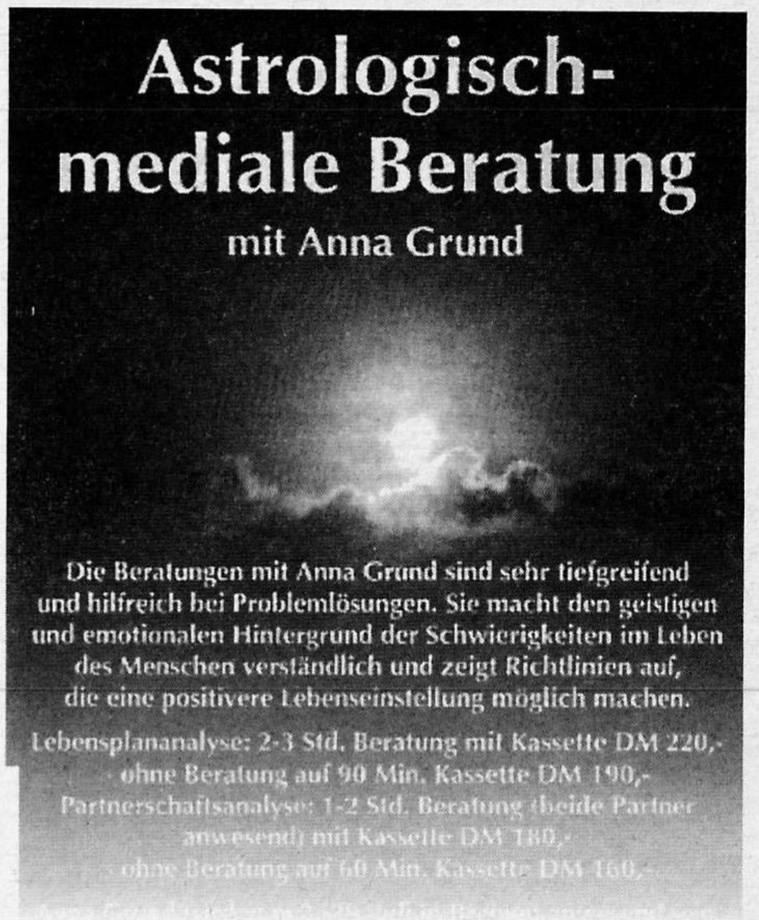
Rei-Ki-Balancing®
Die Reikikraft in der Erdverbindung
Ausgleichung des Yin und Yang durch die Öffnung nach oben und nach unten, durch spezielle Fußöffnungen. **Erdungskurse:**

Entscheidend für den Bruch war neben diesen unterschiedlichen inhaltlichen Standpunkten jedoch, daß die Ökologische Linke ihre Bremer Aktivitäten mit einer Instrumentalisierung des Bündnisses verknüpft hat. Interesse an Parteiwerbung, manifestiert in der Person Jutta Ditfurth, und die Herausstellung der Ökologischen Linken als der Meinungsführerin im Bereich linker Ökofaschismus-Kritik dominierten die politische Haltung gegenüber dem Bündnis. Wahrscheinlich eine nicht verwunderliche Konsequenz für eine sich als Partei konstituierende Gruppe, die nach dem Austritt ihrer Führungskräfte aus den Grünen versuchen muß, ein Profil in der radikalen Linken zu entwickeln. Zuzuspitzen scheint sich diese Situation noch dadurch, daß die inhaltliche Profilierung schwerpunktmäßig auf den Öko-Bereich konzentriert ist, was für die Ökologische Linke eine Abgrenzung sowohl gegenüber dem bürgerlich-ökologischen Lager als auch gegenüber linken Gruppen, die das entsprechende Terrain besetzen, erforderlich zu machen scheint.

Im Ergebnis war die Ökologische Linke nicht in der Lage, aus ihrer Taktik der öffentlichen Polarisierung heraus die Bremer Debatte weiterzuentwickeln. Die pressewirksamen Angriffe der Ökologischen Linken, die wir inhaltlich weitestgehend teilen, liefen aufgrund mangelnder örtlicher Basis und ihrer Abhängigkeit von der Weiterverarbeitung durch die Medien letztlich ins Leere. Eine differenziertere radikale Kritik wurde erschwert und mußte zunächst die von der Ökolinx hinterlassenen Leerstellen füllen, um öffentlich entwickelt werden zu können. Die Stellungnahmen der Ökologischen Linken nach dem Medienrummel beschränkten sich unseres Wissens auf einen hofberichtartigen Artikel in der Konkret 12/97, der eine unserer Meinung nach falsche Sichtweise auf das Bündnis gibt. Wenn wir Jutta Ditfurth nicht als Referentin wollten, dann nicht wegen ihrer zu großen Radikalität - wie in der Konkret behauptet -, es sei denn es ist Verbalradikalität und Radikalität in Hegemoniebestrebungen gemeint.

Unserer Meinung nach relativiert eine selbstreflexive Herangehensweise, die sich auch mit Fehlern der Linken beschäftigt, nicht die Schärfe der Kritik, sondern ermöglicht erst eine differenzierte Auseinandersetzung über die Abgrenzung hinaus. Linke politische Praxis ist immer noch zu sehr von der Trennung des sogenannten Privaten und Politischen und Vorstellungen herrschender Arbeitsethik bestimmt. Die Suche nach Sinnlichkeit, Gesundheit oder irgendwelchen individuellen Glücksansprüchen bleibt zumeist dem Privaten zugeordnet. Dies hat Leistungsdenken, Szene-Normierungen und eine fehlende Berücksichtigung subjektiver Befreiungsversuche zur Folge. Wenn Leute ins New Age fliehen, gilt es daher die der "Flucht" in die Irrationalität zugrundeliegenden Bedürfnisse zu thematisieren und, soweit dies geht, in Fragestellungen zu übersetzen, die emanzipativ-gesellschaftsverändernd wirken können. Beispielsweise sind das Fragen nach geeigneten solidarischen Räumen für Menschen in psychischen Krisen. Nicht möglich ist es, sich diesen Auseinandersetzungen zu stellen, wenn Diskussionen über diese Fluchtbewegungen erst gar nicht nicht zugelassen, sondern gleich als Verrat an der Sache abgekanzelt werden. So ist die Kritik am reaktionären Charakter von New-Age-Therapien nur die eine Seite des Problems. Diesen Punkt abschließend sei betont, daß es sich hierbei weder um eine Herangehensweise, die einen defensiven Charakter hat, noch um eine, die die politische Verantwortung und Teilhabe von New AgerInnen an den reaktionären Gesellschaftsentwicklungen leugnet, handelt.

Die Diskussion um die Esoterik erfordert die Auseinandersetzung um einen emanzipatorischen Kulturbegriff, um einen eben solchen Begriff vom Gesellschaftlichen Naturverhältnis



und die Erarbeitung einer linken Interventionsfähigkeit in aktuelle politische Kämpfe. Wir müssen Widerstand, Gesellschaftsutopien und soziale Zusammenhänge entfalten, die in der Lage sind, eine Gegenkultur in Alternative zum Bestehenden und in Alternative zu esoterischen Angeboten zu entwickeln. Gerade wenn es um Fragen der kulturellen Einbindung linker Ansätze in den Alltag der Gesellschaft geht, reicht deshalb eine Negation und Kritik des Bestehenden nicht aus. Nach wie vor gibt es kein "richtiges" Leben im falschen. Wir müssen uns als Bewegung, und das nicht aus strategischen Erwägungen heraus, in allen nur möglichen Aspekten - auch des Alltags und der individuellen Lebensentwürfe - von der hegemonialen patriarchalen Verwertungslogik absetzen. Schließlich geht es um die Erarbeitung eines Freiheitsbegriffes, der die subjektive und kollektive Befreiung zusammendenkt und in unsere politische Praxis übersetzt. Linke Wertvorstellungen wie Selbstbestimmung und Solidarität müssen den esoterischen und neoliberalen Ideologien entgegengestellt werden. Der Rückzug auf einen überholten linken Begriff von Rationalität genügt hier genausowenig wie der auf die Reste einer scheinbar integeren Restlinken. Wir müssen raus aus der Begrenzung auf unsere eigenen Zusammenhänge. Nicht um uns selbst anzupassen, sondern um wieder politisch handlungsfähig zu werden.

Hazel Henderson/Hans Hansen

Hazel Henderson und Hans Hansen sind beide am Bündnis AntiVisionen beteiligt.
Kontakt: AntiVisionen c/o Levanti, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen

Kurzmeldungen

"radikal"-Verfahren werden eingestellt!

Vermutlich Mitte Februar werden alle neun Hauptverfahren gegen angebliche *radikal*-MitarbeiterInnen eingestellt sein. Nachdem die vier Angeklagten im Koblenzer Prozeß schon im August 1997, gegen Verzicht auf Haftentschädigung (wir erinnern uns: sie wurden bei den Durchsuchungen am 13.6.1995 verhaftet und saßen ein halbes Jahr im Knast) und Zahlung von 1.000 Mark an medico international, einer Einstellung zugestimmt haben, willigten die fünf, gegen die in Düsseldorf der Prozeß gemacht werden sollte, nun auch in eine Einstellung ein. Die bis Ende Januar zu zahlenden Beträge liegen zwischen 2.000 und 6.000 Mark.

Das Verfahren gegen Jutta aus Bremen wurde schon im November, kurz nachdem der Beschluß bekannt wurde, gegen Zahlung von 3.000 Mark beendet. Die anderen beiden BremerInnen, Ulle und Matthes, müssen 2.000 DM bzw. 6.000 Mark aufbringen und diese bis Ende Januar bezahlen. Die Höhe der Summe richtet sich nach der vom Senat angenommenen Stellung bei der begangenen Tat (als sogenannter Rädelsführer zahlt mensch mehr) und nach den Einkommensverhältnissen.

Die Verfahren wurden ohne sachliche Einlassung seitens der Beschuldigten nach § 153a beendet. Als Begründung nimmt das Gericht die Verfahrensdauer von weit über zwei Jahren und die damit verbundene Verjährung der jeweiligen *radikal*-Ausgaben an. Weiterhin liegt die Schwere der Straftat, auch wenn es zu einer Verurteilung wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gekommen wäre, im Rahmen des oben genannten Paragraphen. Die Beschuldigten haben dieser Einstellung zugestimmt, weil es ihnen wichtig ist, daß die angestrebte Verurteilung zu einer „kriminellen Vereinigung" nicht festgeschrieben wird. Bei einem Grundsatzurteil wäre es in der Zukunft einfach gewesen, das auf ähnliche Organisationzusammenhänge zu übertragen. Außerdem waren die Erfahrungen während der zurückliegenden Solidaritätsarbeit nicht immer positiv und alle sind angesichts der Vorstellung, die nächsten Jahre nicht in Düsseldorf im Prozeßbunker verbringen zu müssen.

Drei weitere Verfahren, die in Düsseldorf gegen drei Menschen aus Münster geführt wurden, wurden bzw. werden gegen eine Zahlung von je 1.000 Mark zu den Akten gelegt.

Der Prozeß, der in Berlin gegen Angela Marquadt wegen Unterstützung der *radikal,* sie hatte einen Verweis (link) auf ihrer Homepage eingerichtet, geführt wurde, ist Anfang Januar mit einem Freispruch ausgegangen.

Trotzdem sind die Ermittlungen im Zusammenhang mit der radikal damit noch nicht beendet. Es laufen immer noch weitere Verfahren: so weit bekannt eins in Kiel, eins in Vaals (NL) und vier in Berlin. Es ist offen, ob diese Verfahren fallengelassen werden oder die Bundesanwaltschaft weiterhin daran interessiert istm an der *radikal* als „krimimelle Vereinigung" zu basteln.

Vergessen werden darf auch nicht, daß sie durch die Anwendung der Paragraphen 129 und 129a wiederum erfolgreich gewesen waren. Sie haben in den anderthalb Jahren der Observation bundesweit Aktenberge von Informationen über die jeweilige linksradikale Szene in den verschiedenen Städten gesammelt, die sie auswerten und benutzen können. In dem Zusammenhang haben sie einen konkreten Lauschangriff auf ein Ferienhaus in der Eifel über einen Zeitraum von einem halben Jahr aufgrund eines Landespolizeigesetz durchgeführt, obwohl uns derzeit vorgegaukelt wird, daß das bisher gesetzlich noch nicht möglich ist.

Zum Schluß noch ein Hinweis:

Solidaritätsarbeit ist teuer. Falls Ihr also etwas Knete übrig habt, spendet an:

Rote Hilfe, Stichwort: „13.6.", Konto-Nummer 481912206, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20).

BGH verwarf Revision Karl Wienands

Der 3. Strafsenat des BGH verwarf in einer am 28. November verkündeten Entscheidung die Revision des ehemaligen SPD-Spitzenpolitikers Karl Wienand. Damit ist die Verurteilung des 70jährigen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit für die DDR rechtskräftig. Das OLG Düsseldorf hatte Karl Wienand im Juni 1996 deswegen zu zweieinhalb Jahren Haft und zur Rückzahlung eines angeblich erhaltenen "Agentenlohns" in Höhe von einer Millionen Mark verurteilt.

Nach Auffassung des BGH waren die Einwände der Verteidigung gegen das Urteil unbegründet. Die Verteidigung hatte unter anderem gerügt, daß das OLG auf die Vernehmung möglicher Entlastungszeugen "verzichtet" hatte. Insbesondere von Markus Wolf, ehemaliger Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit der DDR, der die Aussage im Prozeß verweigert hatte, weil sein eigenes Verfahren noch nicht beendet war, hätte zur Entlastung Karl Wienands beitragen können. Markus Wolf wurde am 27. Mai verurteilt (s. kassiber 33, S. 52), später erklärte er in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung,* daß Karl Wienand nie Agent der "Stasi" gewesen sei und auch keinerlei "Agentenlohn" erhaltet habe.

Da in der Revision das OLG-Urteil nur auf Rechtsfehler zu überprüfen sei, hätte diese Aussage Markus Wolfs nicht berücksichtigt werden können, was auch seine Richtigkeit habe, denn das OLG hätte damals aus den o.g. Gründen "verzichten" dürfen. Unerheblich war auch, daß das OLG weder feststellen konnte, welche Geheimnisse Karl Wienand verraten haben soll, noch was seine Motive gewesen sein sollen.

BGH wies Revision von Anti-AKW-AktivistInnen ab

Der Bundesgerichtshof hat in einer am 23. Dezember bekanntgegebenen Entscheidung die Revision von 14 Anti-AKW-AktivistInnen gegen ein Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Celle abgewiesen. Die zehn Männer und vier Frauen waren dort am 14. Februar 1997 zur Zahlung von Schadensersatz an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) verurteilt worden (s. kassiber 32, S. 55). Am 21. Juni 1990 hatten die AktivistInnen zwei Fördertürme auf dem geplanten Atommüllendlager in Gorleben besetzt. Das BfS ließ daraufhin die dortigen Erkundungs-Arbeiten für einige Stunden und forderte anschließend 127.000 Mark Schadensersatz. Wieviel davon gezahlt werden muß, steht noch nicht fest, denn schon das OLG Celle forderte das BfS auf, genau darzulegen, wie diese Forderung zustandekam.

Urteil wegen "geheimdienstlicher Agententätigkeit"

Das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg verurteilte am 22. Dezember einen ehemaligen Angestellten eines Bremer Rüstungsbetriebs wegen "geheimdienstlicher Agententätigkeit" für die DDR zu einem Jahr und neun Monaten Haft auf Bewährung. Außerdem werden dem 61jährigen für zwei Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt, zusätzlich muß er 5.000 von den 30.000 Mark, die er vom Militärischen Nachrichtendienst des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR erhalten hatte, in Raten "zurückzahlen" (sic!).

Der gelernte Elektriker war seit 1974 bei dem Rüstungsbetrieb beschäftigt und hatte von da an bis 1990 geheime Unterlagen über Waffen, U-Boote und Panzer der Bundeswehr fotografiert und in die DDR geliefert. Das Gericht hält dem gegenständigen Angeklagten strafmildernd zugute, daß "die politische Gesamtsituation sich dramatisch geändert hat", soll wohl heißen: daß die BRD sich die DDR inzwischen - ohne die Bundeswehr dafür einsetzen zu müssen - einverleibt hat, denn wäre er während seiner hier inkriminierten Tätigkeit erwischt worden, hätte ihn eine Strafe von bis zu zehn Jahren erwartet.

Verjährungsfrist für "DDR-Straftaten" erneut verlängert

Keine Parteien mehr, nur noch Deutsche sind u.a. immer dann zu erkennen, wenn der Bundestag über die "Bewältigung" der DDR-Vergangenheit debattiert. Mit den Stimmen von CDU/CSU/FDP und großen Teilen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschloß das Parlament am 28. November ein Gesetz, mit dem die Verjährungsfrist für sog. mittelschwere Straftaten auf den 2.10.2000 verlängert wird.

Dies betrifft alle Delikte in der ehemaligen DDR und den "neuen Bundesländern", für die die Höchststrafe fünf Jahre beträgt; Taten, deren Strafmaß höher liegt, verjähren ohnehin erst später. Bereits im September 1993 hatte die riesengroße Koalition im Bundestag die Verjährungsfrist bis Ende 1997 verlängert.

DDR-Juristen verurteilt

In einem Wiederholungsverfahren verurteilt das Berliner Landgericht am 24. November einen Mann, der in der DDR als Richter tätig war, wegen Rechtsbeugung in sieben Fällen zu zwei Jahren Haft. Im ersten Prozeß war der 45jährige vom Berliner Landgericht zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden, hatte dagegen aber beim Bundesgerichtshof Revision eingelegt. Der andere Angeklagte, ein 54jähriger ehemaliger DDR-Staatsanwalt, wurde zu einem Jahr und vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt - zuvor waren es zwei Jahre Haft -, zusätzlich muß er DM 2.000 Geldbuße zahlen.

"PKK-Prozeß" in Celle beendet

Der 3. Strafsenat des OLG Celle verurteilte am 12. November Murat Ekinei zu vier Jahren und sechs Monaten Haft. Der 37jährige Kurde sei aufgrund seiner hochrangigen Funktion innerhalb der PKK, nach Meinung von Gericht und Bundesanwaltschaft ist er "europäischer Finanzminister" der PKK, für sieben versuchte schwere Brandstiftungen und zwei versuchte Brandstiftungen mitverantwortlich. Zwar habe er die Anschläge nicht selbst ausgeführt, doch von den beiden Anschlagserien in Hannover (1995) und im Raum Dortmund (1996) gewußt und sie gebilligt.

Daß der Prozeß in nur zwei Monaten 'abgewikkelt' wird, geht auf die "Deeskalationsstrategie" seitens der PKK und ihr nahestehender Vereinigungen zurück. PKK-Chef Abdullah Öcalan hatte in der Vergangenheit mehrfach erklärt, daß die PKK künftig in Deutschland auf Gewalt verzichten werde. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesanwaltschaft (BAW) 1997 in einer Reihe von Verfahren, so auch im o.g., bestimmte Vorwürfe ("Rädelsführerschaft [bzw. "Mitgliedschaft"] in einer terroristischen Vereinigung") im Vorfeld bzw. in der Hauptverhandlung fallengelassen und die OLG-Strafsenate verkünden nach Absprache mit BAW und Verteidigung schon im laufenden Prozeß eine Strafobergrenze. Die Angeklagten, deren Verurteilung in den "PKK-Prozessen" ohnehin feststeht, akzeptieren dann - ohne Geständnisse abzulegen! - Strafmaße, die ihnen eine Freilassung zumindest zu einem früheren Zeitpunkt als bei herkömmlichen Verfahren ermöglicht (s. u.a. auch kassiber 33, S. 50).

Zum Urteil gegen die DDR-Richterin Jendretzky-Eisermann

Im Rahmen der völkerrechtswidrigen Verfolgung von Bürgern und Amtsträgern der DDR durch Sonderstaatsanwälte und Gerichte der Bundesrepublik Deutschland kommt dem Urteil gegen die Richterin Irmgard Jendretzky-Eisermann makabre Bedeutung zu. Die heute 79jährige wurde am 28. November 1997 vom Landgericht Leipzig zu vier Jahren Haft verurteilt. Ihr wurde vom westdeutschen Gerichtsvorsitzenden "Rechtsbeugung", "Freiheitsberaubung" sowie "Totschlag" unterstellt, weil sie vor 47 Jahren in den sog. Waldheim-Prozessen als Beisitzerin eines Revisionssenats an der Bestätigung erstinstanzlich ergangener Todesurteile gegen Nazi- und Kriegsverbrecher mitwirkte.

Aus der Sicht von heute gab es bei den "Waldheim-Prozessen", die in der unmittelbaren Nachkriegszeit und unter maßgeblichem Einfluß der Besatzungsmächte stattfanden, sicher verfahrensrechtliche und andere Mängel. Aber wer waren die Menschen, deren Verurteilung heute der antifaschistischen Richterin Frau Jendretzky-Eisermann angelastet wird? Dazu gehören unter anderen:

Oberstabsrichter Walter Schmidt. Er hat in vielen Gerichtsverfahren in Frankreich, der Tschechoslowakei und der UdSSR gegen Zivilpersonen, Kriegsgefangene und deutsche Soldaten in mindestens fünf Fällen die Todesstrafe verhängt.

Staatsanwalt Heinz Rosenmüller. Als Generalstaatsanwalt am Sondergericht in Dresden hat er wegen "zersetzender Äußerungen" mindestens 15 Todesurteile erwirkt.

Kriegsgerichtsrat Horst Rechenbach. Als Oberstabsrichter war er an 1.200 Militärgerichtsverfahn beteiligt, von denen 30 mit Todesurteilen endeten.

Karl Steinberg war *Aufseher im KZ Auschwitz* und an Hinrichtungen von Häftlingen beteiligt.

Solche Verbrecher hart zu bestrafen, war die Forderung der Völker. Ihre Verurteilung entsprach den Bestimmungen des Völkerrechts, den Statuten des Internationalen Gerichtshofs von Nürnberg, dem Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 10, Direktive 38 sowie im Fall der Waldheim-Prozesse auch dem Befehl 201 der sowjetischen Militäradministration in Deutschland.

Wenn die BRD jetzt die Verurteilung solcher Verbrecher Unrecht nennt, wenn sie alle in Waldheim Verurteilten per Gesetz pauschal rehabilitiert, dann ist das Unrecht. Dann macht sie sich zur Verteidigerin schwerster Naziverbrechen. Das entspricht der ungeheuerlichen BRD-Praxis, die vom Volksgerichtshof und anderen Nazi-Gerichten gefällten Todesurteile nicht aufzuheben und keinen der dort tätig gewesenen Staatsanwälte und Richter zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Verurteilung von Irmgard Jendretzky-Eisermann und anderer DDR-Juristen erfolgt zu einer Zeit, in der in Deutschland Neonazismus und Antisemitismus an Boden gewinnen, wie das auch die Geschehnisse in den deutschen Streitkräften bis in die höchsten Führungsstellen zeigen.

Wir sind in großer Sorge um die deutsche Wirklichkeit unserer Tage. Die *Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung* und das *Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland* rufen alle Gutwilligen im Land und im Ausland auf: Helfen Sie mit, den nazistischen Umtrieben entgegenzuwirken und DDR-Juristen vor der politischen Strafverfolgung zu schützen. Menschen, seid wachsam!

Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung und Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland, Dezember 1997

"Trash, Trash ...

trash all the nations
we are the feminists generation
we mess up military bases
we destroy fashist nations
bombs and guns and evolution
we gonna make a revolution
we gonna start an insurrection
we gonna find a new direction ..."

Wir, sechs FrauenLesben aus Oldenburg und Bremen haben im September 1997 Strafbefehle vom Amtsgericht Dannenberg bekommen. Beim Nix3 (Castor-Transport im Wendland, Frühjahr 1997) waren wir wegen des angeblichen *"gefährlichen Eingriffs in den Schienenverkehr"* in Pisselberg bei Dannenberg festgenommen worden. Dieser Vorwurf konnte jedoch während der Ermittlungen gegen uns nicht aufrechterhalten werden und wurde fallengelassen. Der Ermittlungsaufwand war ihnen jedoch wohl zu groß, um uns einfach so laufen zu lassen, deshalb griffen sie mal wieder auf den beliebten Anklagepunkt *"Widerstand gegen die Staatsgewalt"* zurück. Zwei von uns haben noch zusätzliche Anklagepunkte in ihrem Strafbefehl: wegen (versuchter) Körperverletzung und eine Frau außerdem noch wegen *"Beleidigung"* und *"versuchter Gefangenenbefreiung"*. Die Strafen betragen zwischen 15 und 65 Tagessätze pro Frau (sprich soviel Tage Knast) bzw. für alle zusammengerechnet eine Summe von DM 7.000 Strafe.

Wir haben erstmal Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt und Akteneinsicht beantragt. Wir sind ganz dringend auf Spenden (auch für die möglichen Prozeßkosten) angewiesen und wünschen uns Unterstützung und Solidarität vor allem von FrauenLesben!

Sammelt auf Veranstaltungen Geld, guckt auf weitere Infos und schickt uns Ideen und Feedback!

Stoppt die Atomindustrie!
Boykott von Siemens!

"... Kein Atommüll nach Gorleben und an keinen anderen Ort
Atomanlagen stillelegen, überall und jetzt sofort!
LesbenFraun mit List und Tücke
sprengen wir den Staat in Stücke
Gewaltfrei oder militant
wichtig ist der Widerstand,
trash, trash!"

Kontaktadresse: FrauenLesben gegen Atomkraft, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen
Spendenkonto: Oldenburger Rechtshilfe, Stichwort "Trash", Konto 100-006154, LzO (BLZ 280 501 00)

Die Autonomen

Die Literatur von und über "die Autonomen" ist, jenseits der reichlich vorhandenen, aber außerhalb der Szene relativ schwer zugänglichen "grauen" Literatur, dünn gesät. Um so mehr Aufmerksamkeit verdient es, wenn in kurzem Abstand gleich zwei umfangreiche Bücher über die Autonomen, ihre Geschichte und ihre politischen Perspektiven erscheinen (zumal die *Dokumentation zum Autonomie-Kongreß* ebenfalls Anfang 1997 im Unrast Verlag erschien). Die beiden Bücher behandeln in unterschiedlicher Weise die Autonomen als - und hier fangen die Probleme auch schon an, als was eigentlich? Als wichtigsten Bestandteil außerparlamentarischen politischen Protestes der 80er Jahre? Als eine an ihr Ende gekommene soziale Bewegung? Als linksradikalen politischen Widerstand, dessen Ende schon oft konstatiert wurde (das erste Mal 1981/82), der aber, dank seines kulturellen "Unterbaues" das Ende der neuen sozialen Bewegungen überleben wird bzw. überlebte?

Für Thomas Schultze und Almut Gross sind ***Die Autonomen*** der in die Krise geratene linksradikale Flügel der neuen sozialen Bewegungen. Sie legen in ihrem, aus einer überarbeiteten politikwissenschaftlichen Diplomarbeit entstandenen Buch eine Geschichte der autonomen Bewegung, der Entwicklung ihrer Theorie und Praxis und einen kleineren Abschnitt zur autonomen Frauen- und Lesbenbewegung vor. Eingeleitet wird der Text, bei einer akademischen Arbeit wohl unvermeidlich, mit einem theoretischen Teil, der die neuen sozialen Bewegungen aus der Krise des fordistischen 'Modells Deutschland` ableitet. Dann werden die Autonomen organisations- und ideengeschichtlich dargestellt und der operaistisch-sozialrevolutionäre Blickwinkel von Zeitschriften wie *Autonomie* (Neue Folge) und *wildcat* kritisch diskutiert, ebenso wird auf die *radikal* eingegangen. Hervorhebenswert an dem Band ist, daß große Teile autonomer Theorie abgedeckt und in ihrer historischen Herausbildung untersucht werden. Das stark ich-bezogene und von der Vorstellung geprägte autonome Politikverständnis, der Wille des/der einzelnen sei relevant für die gesellschaftliche Entwicklung, wird sehr deutlich. Diese Politikvorstellung ist aber durch den Wandel autonomer Politik in den 80er Jahren von der Politik in erster Person zu der einer Politik autonomer Gruppen und erst recht durch die Organisierungsdebatte der 90er Jahre heute nicht mehr so vorherrschend, wie Schultze schreibt.

Das Buch liefert, wenn auch nicht lückenlos oder fehlerfrei, Daten und Informationen zu bestimmten Ereignissen, wie etwa Demonstrationen, Kampagnen oder Kongressen. Die beiden AutorInnen untersuchen die autonome Politik begründenden Merkmale (Identität, Militanz, Staatskritik, Antiinstitutionalismus), ihre Erweiterungen (Bündnispolitik, Patriarchatskritik, Triple oppression) und ihre Widersprüchlichkeiten, etwa in *frühen* 80er Jahren und beweisen, daß die in heutiger Zeit geäußerten Kritiken und Selbstanalysen die autonome Bewegung schon immer begleitet haben.

Bezug auf Organisation. Interessant ist, daß die AutorInnen zur Illustration autonomer Selbstkritik Zitate verwenden, die aus Texten aus heutigen Tagen stammen könnten (etwa aus der FelS oder Antifa/M-Debatte). Aber, im Gegenteil, weit gefehlt: Sie sind aus den

Glut und Asche ist die dritte Veröffentlichung des Berliner Autonomen *Geronimo*. Der unter Pseudonym schreibende Geronimo verfaßte 1990 das mittlerweile in fünfter Auflage verbreitete Buch "Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen". In dem neuen Band erzählt er vier Beispiele linksradikaler Politik der beginnenden 90er Jahre nach: Die Kampagne gegen Berlin als Olympiastandort (Berlin - NOlympic City!), den Tod des faschistischen Funktionär Kaindl und die nachfolgende Repressionswelle, die Diskussion um den Spitzel, der den folgenreichen GSG-9-Einsatz in Bad Kleinen 1993 ermöglichte und schließlich den bundesweiten *Autonomie-Kongreß* 1995. Geronimo geht sehr detailliert vor, untersucht die Vorgänge und ihre Bearbeitung in autonomer Politik. Als Kondensat gewinnt er sein Anliegen einer Verteidigung "des Politischen"; ihm geht es um Streit im, wie er es nennt, "heißen" Sinne des Wortes und nicht um platte "Benimmregeln". Diese entstanden aus dem durch die Frauenbewegung angestoßenen Grundsatz "Das Private ist politisch", der patriarchale Strukturen und Männerverhalten kritisierte. Heute führe er aber dazu, "Politik" mit richtigem "Verhalten" zu verwechseln. Eine "gesellschaftstheoretische Bankrotterklärung ersten Ranges" sei es, so Geronimo, wenn es von Seiten Autonomer nicht einmal mehr problematisiert werde, daß autonome Politik heute in der Verteidigung des Status quo bestehe und "kein Platz für gesellschaftliche Gegenentwürfe" mehr bestünde.

20 Jahre Stammheim

Ein Höhepunkt von Widerstand und Repression in der BRD

Interview mit Irmgard Möller: Was geschah in der Nacht zum 18.10.1977 in Stammheim? +++ 1. Mai in Berlin: Vier Monate Knast für ein Lied +++ Benjamin Ramos Vega: Bange Stunden im Glaskasten +++ Repressionsapparat: Große Koalition für den großen Lauschangriff +++ „Unser Todeskampf ist unser Triumph" – Zum 70. Todestag von Sacco und Vanzetti

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,– DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 75141

DIE ROTE HILFE 4/97

Gross/Schultze unternehmen einen ideengeschichtlichen Zugang, der die Autonomen vorrangig aus der Krise fordistischer Vergesellschaftung ableitet und so das Gewicht von "Strukturen" zu stark macht. Geronimo demgegenüber gibt zu, daß seine Gewichtungen in erster Linie subjektiv sind. Sein Anliegen einer Verteidigung eines "Politischen" erinnert im Hinblick auf die gesellschaftliche Totalität und Realität schon fast an die Forderungen zivilgesellschaftlich gewendeter Ex-Linker. Er setzt unter Bezug auf einen Politikbegriff, der dem Willen zum Handeln die Möglichkeit der Freiheit zuschreibt, auf "Selbstaufklärung", Spontaneität und die Bewahrung des "Eigensinns", die anzustreben oder zu schützen seien und wendet sich gegen die in autonomen Kreisen existierende Sehnsucht nach "Political Correctness".

Gross/Schultze haben keine politische Perspektive anzubieten, die über Anforderungen an ein "Überleben" des "autonomen Widerstandes" hinausgehen. Sie stellen fest, daß die Autonomen - ganz wie die neuen sozialen Bewegungen - nur im Reproduktionsbereich agieren würden und kritisieren richtig die Vorstellung befreiter Räume und den Bezug auf "unser Viertel", gleichzeitig sehen sie aber bestimmte "sozialmoralische Milieus" als Bedingung autonomer Politik an.

Die beiden Bücher sind streckenweise schon veraltet, eine Positionierung der AutorInnen zu den auch aus einer Kritik an autonomer Theorie und Praxis entstandenen Strömungen der Kulturlinken, der Antinationalen oder, noch wichtiger, der Organisierungsversuche (*AA/BO*, *FelS* ...) erfolgt leider nicht. Geronimo gehört zur "autonomen Mitte", für die die Bedingungen von Politik, die Spontaneität und die Selbstorganisierung manchmal wichtiger als die Inhalte zu sein scheinen. Thomas Schultze ist Redakteur der lesenswerten antideutschen (Kultur-)Zeitschrift *17° C* und damit etwas eindeutiger verortbar. Er vertritt stellenweise eine verhaltene, antinational begründete Kritik an autonomer Massenorientierung. Im Widerspruch dazu steht aber sein eher sozialrevolutionärer Wunschgedanke, die Autonomen hätten eine Verbindung zu und eine Verankerung im Produktionsbereich zustandegebracht.

Ein bißchen sind die Texte, vor allem der von Gross/Schultze, Geschichtsschreibung der Sieger. Die Verstummten, die Resignierten, die aus der Szene Verschwundenen, die durch ihre Zeit bei den Autonomen an Seele und Körper Verwundeten und Verletzten kommen nicht vor, obwohl es seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, mehr Ex-Autonome als Autonome geben dürfte. Sie müßten, wenn mensch die Autonomen an ihrem selbstgesetzten Anspruch der Abschwächung der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit mißt, erwähnt werden. Zumal eine Perspektive "von unten" Teil einer Untersuchung der Geschichte der Autonomen sein müsste. Ein solcher Blick ist in einem Lesebuch besser eingelöst, das im Vorfeld des Autonomie-Kongresses erschien und 18 Gespräche über linksradikale Politik enthält (Der Stand der Bewegung, Berlin 1995, noch erhältlich).

Die Bücher haben mit dem Widerspruch zwischen und dem Verhältnis von "Struktur" und "Handlung" zu kämpfen. Dies ist nicht weiter verwunderlich. Daß dieses Problem den AutorInnen aber wenig bewußt ist, verwundert schon: Die eigene Sprechposition, die unterschiedlichen Absichten, Motivationen und Methoden werden nicht ausreichend reflektiert. Während Geronimo sich, außer über sein Alter von ungefähr 35 Jahren, über seine Alltagsexistenz in Schweigen hüllt, geben Gross/Schultze an, heute Sozialpädagogin in einem Frauenprojekt bzw. linker Buchändler zu sein. Sie haben damit den Lebensverlauf der erfolgreichen Reste radikaler Oppositionsbewegungen hinter sich, der in einer Institutionalisierung in den Sektoren mündet, die durch die eigene Polit-Aktivität teilweise erst geschaffen wurden. Diese Biographie ist von der der 68er oder der Grünen nicht verschieden und sollte Anlaß zur kritischen Betrachtung sein.

Weitere Beiträge zur Situation und den Perspektiven linksradikaler Politik am Ende diesen Jahrhunderts sind dringend nötig. Sie könnten weiter klären helfen, ob die Autonomen mit den Ende des Fordismus auch ihr Ende gefunden haben. Im auf Integration und Kontrolle basierenden Fordismus konnte Selbstghettoisierung und das Beharren auf "Anders-sein" und Ausstieg noch oppositionell codiert werden und Freiräume schaffen. Im Postfordismus geht die Drohung mit Ghettoisierung und dem Ausstieg aus dem "System" eher vom politökonomischen System aus, hat insofern sein Drohpotential und seine emanzipative Kraft verloren. Vielleicht finden weitere Beiträge auch den Weg zwischen dem Reduzieren von Geschichte auf Ereignisse und Strukturen (wie bei Gross/Schultze), einer Sichtweise, aus der dann auch keine Konfliktualität mehr entstehen kann und der idealistisch gesetzten Annahme, wie bei Geronimo, daß aus der Asche autonomer Politik doch wieder ein Phönix entsteige. Dieser werde dann die Glut weitertragen, eine Sichtweise, die doch stark an das Pfeiffen im Keller erinnert. Die Autonomen sind weder 'Asche` noch 'Feuer und Flamme` und auch die Metapher der 'Glut` verdeckt, daß die Autonomen Produkt der Gesellschaft sind, wie auch die Gesellschaft Produkt der Autonomen ist. Wer und welche an einer kritischen Auseinandersetzung mit autonomer Politik und Geschichtsschreibung interessiert ist, dem/der sei die vergleichende und kritische Lektüre beider Titel angeraten. So können die jeweiligen Defizite teilweise aufgefangen werden.

Heiner Winkel

Almut Gross, Thomas Schultze: Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Hamburg: Konkret Literatur, 1997. 224 S., 28 Mark

Geronimo: Glut und Asche. Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Münster: Unrast, 1997, 245 S., 24,80 Mark

30 Jahre im Zeitraffer

Eine Besprechung der Ende 1997 erschienenen ***Broschüre Das Ohr auf die Schiene der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD*** - herausgegeben von einer Stuttgarter Broschüren-AG "Ohrwürmer".

Neben einer kurzen Zusammenfassung der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD werden von den "Ohrwürmern" fünf Zeitzeugen und -zeuginnen befragt. Erich, Tanja, Thomas, Klara und Gregor beginnen mit den späten 60ern, erzählen von ihrem Verhältnis zu den bewaffneten Kämpfen der Bewegung 2. Juni und, später, zu den Revolutionären Zellen/Rote Zora, v.a. aber von ihrer Beziehung zum Kampf der Roten Armee Fraktion. Trotz der unterschiedlichen Zeitpunkte ihrer Politisierung, haben sie sich alle irgendwie in ihrem politischen Alltag auf die RAF bezogen. Die Fünf sprechen von ihrer Wahrnehmung der damaligen Ereignisse, von ihrer eigenen politischen Entwicklung, berichten von den Anfängen, der Mai-Offensive 1972, dem Kampf gegen die Isolationshaft und -folter, vom Stammheimer Prozeß, dem Tod Ulrike Meinhofs, dem Deutschen Herbst 1977, dem Aufbruch Anfang der 80er Jahre und seinen neuen sozialen Bewegungen, der gemeinsamen Front und ihrem Zerfall. Diese Erzählungen erfolgen nicht aus dem Blickwinkel der "Prominenten" des bewaffneten Kampfes, die im letzten Jahr in einer Reihe von Büchern und Interviews ihre Geschichte dargestellt haben. Hier ergänzen Leute "von der Basis" als ZeitzeugInnen die von den HerausgeberInnen zusammengefaßte Geschichte.

Zwanzig Jahre nach dem gescheiterten Versuch der RAF, ihre Gefangenen zu befreien, gelang es der Staatsmacht im vergangenen Jahr ihren Siegeszug gegen den ehemaligen "Staatsfeind Nr. 1" medial und politisch zu vollenden. Dem gilt es etwas entgegenzusetzen. So sehen es auch die "Ohrwürmer" und beschreiben ihre Sicht des Vergangenen. Im Zeitraffer, die wesentlichen und wichtigen Daten, Namen und Schlagwörter in Fettdruck nochmals gekennzeichnet. Dazwischen Begriffserklärungen (Guerilla, 129a), ein Interview mit Irmgard Möller, Geschichtsarbeit (Palästina), Zusammenfassung von Diskussionen (Gerd Albertus ist tot) und nicht zuletzt die Befragung der Fünf "von der Basis der Bewegung". Aber "nicht nur als Gegenstandpunkt zur herrschenden Medienmeinung" wollen die "Ohrwürmer" ihre Broschüre verstanden wissen. Ihren Anspruch formulieren sie darin, eine "Basis" für die Aufarbeitung der Erfahrungen und Fehler zu bieten, um eine Auseinandersetzung über eine revolutionäre Perspektive anzustoßen.

Dreißig Jahre, das werden alle zugeben, sind eine lange Zeit und die gesellschaftlichen Verhältnisse änderten sich. Von der Erklärung "Die Rote Armee aufbauen" von 1970 an *"die Jugendlichen im Märkischen Viertel, (die) Mädchen im Jugendhof ... kinderreichen Familien ..."* bis zu ihrer Zäsur 1992 "An alle, die auf der Suche nach Wegen sind ..." schrieb die RAF eine wechselvolle Gezuwenig eingegangen, genauso wie auf die Diskussionen nach der RAF-Erklärung von 1992, den Ereignissen in Bad Kleinen und der Auflösung des Gefangenenkollektives.

schichte. Genauso wandelten sich im Laufe der Zeit die Bewegung 2. Juni, die Revolutionären Zellen und die Rote Zora. Auf die gesellschaftlichen Veränderungen nach dem Kollaps der realsozialistischen Staaten sowie auf das vereinigte Deutschland wird in der Broschüre

Insgesamt zuviel oberflächliche Reflexion und eine geballte Ladung Ratlosigkeit, die die HerausgeberInnen am Ende der Broschüre in Form von Fragen (über Fragen) auflisten. Ob der Versuch der StuttgarterInnen gelingt, ihr Ohr auf die Schiene der Geschichte des bewaffneten Kampfes zu legen, ohne dabei von der Geschichte selbst überrollt oder genauer: enthauptet zu werden, der bürgerlichen Mediengewalt "etwas entgegenzusetzen" und nicht nur den Siegeszug der herrschenden Klasse mit dunkelroten Flecken zu verzieren und mit all dem eine Diskussion anzustoßen, bleibt offen. Darin liegt die Schwäche der Broschüre.

Ihre Stärke: sie kostet nur fünf Mark und ist in Eurem "freundlichen Infoladen" Umschlagplatz in der St.-Pauli-Straße 10/12 erhältlich.

Eugen Reinsch

Broschüren-AG "Ohrwürmer": "Das Ohr auf die Schiene der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD", Stuttgart 1997, 80 S. (DIN A4), 5 Mark.

Wir waren so unheimlich konsequent ...

Ein Gespräch zur Geschichte der RAF mit Stefan Wisniewski

Dieses Interview, das Stefan Wisnieski mit zwei JournalistInnen der *taz* geführt hat, ist ein weiterer Beitrag zur Diskussion um den Herbst 1977. Im Gegensatz zur einseitigen, gefärbten Darstellung der Geschichte der RAF durch die Medien, kommt hier ein Beteiligter zu Wort, der sich kritisch mit seiner Geschichte auseinandergesetzt hat.

Stefan Wisniewski gehörte zu dem „Kommando Siegfried Hausner" der RAF. Nach seiner Verhaftung im Mai 1978 in Paris wurde er an die BRD ausgeliefert und 1981 wegen Entführung und Ermorderung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer zu lebenslanger Haft verurteilt. Abgesehen davon, daß es immer interessanter ist, die Geschichte aus der Sicht von Zeitzeugen zu erfahren, spricht das Interview Details an, die bisher so nicht allgemein bekannt waren. Neben seiner persönlichen Entwicklung, seinem Einstieg in die RAF und dem späteren Bruch mit den anderen Gefangenen aus der RAF, redet Stefan Wisnieswki auch über die unterschiedlichen Konzepte der Stadtguerilla, vertreten in der BRD durch die Bewegung 2. Juni, die RAF, RZ und Rote Zora, und deren Auswirkungen. Auch seine Ausführungen zu Aktionen der RAF von der Stockholmer Botschaftsbesetzung über Schleyer, Buback zu Ponto bis hin zu der Theorie des "neuen Faschismus" zeigen eine selbstkritische Auseinandersetzung. Es entsteht der Eindruck, daß Stefan Wisniewski nicht abschwört, wie andere ehemalige RAF-MitgliederInnen, oder mit den Behörden zusammenarbeitet, sondern sich seiner Geschichte bewußt stellt. Das Interview kann somit als Beitrag zu einer Reflexion der Geschichte gesehen werden, die sich nicht an medien-gerechter und staatlich gewünschter Geschichtsaufarbeitung orientiert und weckt das Interesse nach mehr.

Miriam Rumsch

Stefan Wisniewski, Wir waren so unheimlich konsequent ... Ein Gespräch zur Geschichte der RAF mit Stefan Wisniewski, Berlin: ID, Dezember 1997, 60 S., 10 Mark

Willy Hundertmark: Erinnerungen an ein widerständiges Leben

Der Antifaschist und Kommunist Willy Hundertmark wurde im vergangenen Jahr 90 Jahre alt. Aus diesem Anlaß erschienen in der Edition Temmen die *Erinnerungen an ein widerständiges Leben.*

Bereits mit 14 Jahren fing Willy Hundertmark eine Lehre bei Krupp in Essen an. Zwar war er ein guter Schüler gewesen, doch wollte sein Vater nicht, daß er eine "gehobene Ausbildung" macht, sondern er sollte "Kruppianer" werden. Schon in jungen Jahren war er politisch aktiv geworden, in Episoden werden seine Erinnerungen z.B. der November-Revolution 1918, des Hungers 1916 und 1917/18, des Kapp-Putsches 1920 sowie der Inflation 1923 geschildert. Willy Hundertmark hatte *„an fast allen Demos" - „es gab jede Menge"* -teilgenommen. Im Jahre 1929 folgte dann die Entlassung bei Krupp, 1930 wurde der damalige Organisationsleiter des KJVD-Bezirks Ruhrgebiet von der KPD, in die er 1926 eingetreten war, als hauptamtlicher Funktionär übernommen.

In der Verhaftungswelle nach dem Reichtagsbrand wurde Willy Hundertmark am 3. März 1933 verhaftet und ins KZ Sonnenberg verbracht. Im September entlassen, wurde er schon drei Wochen später wieder verhaftet und kam für mehr als drei Monate in das Lager Brauweiler. Bei der Haftentlassung mußte er aber schriftlich zusichern, nicht wieder nach Essen zurückzukehren. Willy Hundertmark lebte und arbeitete in den darauffolgenden Jahren in verschiedenen Städten, bis er 1939 wieder nach Bremen kam. 1944 folgte dann der - vorübergehende - Umzug in das in der Nähe gelegene Wildeshausen. Mitte Oktober 1946 wurde er Redakteur, später Chefredakteur der KPD-Zeitung (ab Januar 1947 „Tribüne der Demokratie").

Der durchaus kritische Kommunist wurde dann im April 1951, wie vielen andere KPD-Funktionäre, im Zuge der „Tito-Debatte" von der Partei „abgesetzt" und mit einem Funktionsverbot belegt. Diese Maßnahmen wie auch zahlreiche Parteiausschlüsse erfolgten *„ohne daß es in der Partei eine große Diskussion gab"*. Allerdings trat Willy Hundertmark nicht wie viele andere GegnerInnen der innerparteilichen „Säuberungen" aus bzw. machte erst mal nichts mehr, sondern wurde in seiner Wohngebietesgruppe in Gröpelingen - *„Bürgerinitiativen waren damals unser 'Hobby'"* - und in der Gewerkschaft aktiv.

Die parteiinterne „Rehabilitierung" erfolgte am 15. März 1956 und bereits einen Tag später war er wieder hauptamtlicher KPD-Funktionär. Der illegalen Arbeit in den Jahren 1956-1968 folgte der Eintritt in die neugegründete DKP, Willy Hundertmark, inzwischen 61 Jahr alt und bei der Gewoba arbeitend, widmete sich in den kommenden Jahren aber vor allem der VVN. Der heutige Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Bremen ist Tausenden von BremerInnen wohl vor allem durch die von ihm Ende der 70er Jahre initiierte „Antifaschistische Stadtrundfahrt", deren Führung er oftmals selbst übernahm, bekannt.

Grundlage des Buches ist ein rund 15stündiges Interview, das der Herausgeber 1995 mit Willi Hundertmark geführt hatte. Das hat sein Gutes, denn die vielen eingestreuten Anekdoten und Episoden vermitteln Geschichte natürlich viel plastischer als trockene Daten und Fakten. Das hat aber auch Nachteile, denn oftmals läßt das Buch den gebotenen Tiefgang vermissen, interessante Themen werden nur angeschnitten. Statt zahlreicher, umfangreicher und teilweise sehr detaillierter Anmerkungen durch den Herausgeber, die eher lexikalische Informationen geben, wäre es wünschenswert gewesen, bei bestimmten Themenkomplexen nachzufragen - oder aber in die Zusammenhänge in gesonderten Buchbeiträgen einzuführen.

Willi Leow

Willy Hundertmark: Erinnerungen an ein widerständiges Leben, herausgegeben von Hendrik Bunke, Bremen: Edition Temmen, 1997, 128 S., 30 Abb. und Dok., 25 Mark

Impressum

bremer kassiber: Herausgegeben vom Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten (VzVuN). V.i.S.d.P.: J.Kranz, Sebaldsbrücker Heerstraße 234, Bremen.
Redaktionsanschrift: VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen. Fax: 0421-75682, kassiber im Internet: http://www.ohz.north.de/user/kombo/home.htm
eMail: kassiber@bramlift.de
Texte bitte als MS-Word, Winword, ASCII-Dateien, zur Not als Word für Mac, auf Diskette - mit einem Ausdruck - an die Redaktionsanschrift (für Rückfragen bitte Adresse, Telefon-Nr. o.ä. beilegen).

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem oder der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit den Gründen der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird diese Zeitschrift der oder dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur die, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Es gibt viele Möglichkeiten der Agitation ...

kassiber ist eine sanfte - verursacht keine Schmerzen, wirkt langsam aber andauernd und muß nur alle zwei Monate eingenommen werden.

Wer in Kneipen nur Bier trinkt, Bremer Buchläden meidet und alle HandverkäuferInnen für Zeugen Jehovas hält, sollte den Bremer kassiber besser abonnieren:

35 Mark für ein Jahr im Briefumschlag an den VzVuN, St.-Pauli-Str. 10/11, 28203 Bremen

lucky reading

bremer kassiber. stadtzeitung für politik, alltag, revolution
vzvun. stpaulistr 10/12. 28203 bremen. fax 0421 75682
email: kassiber@brainlift.de • http://www.ohz.north.de/user/kombo/home.htm